

ödp

*Wahl zum Europäischen Parlament:
ÖDP klagt gegen 3 %-Sperrklausel* 31

*Einführung eines Elternwahlrechts:
Ohne Verfassungsänderung möglich* 36

*Smartphones, Tablets und PCs:
Faszinierend, aber mit Nebenwirkungen* 38

Das ÖDP-Journal

Nr. 161 Februar 2014

Ökologie Politik

Europa und der Euro



UMSCHAU

Ökolumne: Der Klimawandel geht weiter	4
Umwelt & Gesellschaft	5
Bücher	8

TITELTHEMA: EUROPA UND DER EURO

Verlust der nationalen Souveränität Warum schweigt die deutsche Politik? von Herrmann Striedl	10
Europäischer Stabilitätsmechanismus Wer profitiert vom Euro-Rettungsschirm? von Prof. Dr. Dr. Klaus Buchner	14
Spanien und die Eurokrise Immobilientumor Interview mit Prof. Dr. Christian Kreiß	18
Korrektur der Reich-Arm-Schere Mehr Gerechtigkeit durch Vermögenssteuer? von Philipp Dull	22
Leistungsbilanzen als Krisenursache Exportmaschine Deutschland von Robbert Maris	24
Europäische Mindestlöhne im Vergleich 11 Euro/Stunde sind nicht zu viel von Dr. Klaus Klumpers	26
Geplantes Freihandelsabkommen mit den USA Globale Konzernherrschaft statt autonomer Staaten? von Gerd Zeitler	28

DEMOKRATIE

Organklage gegen die neue 3%-Sperrklausel „Das Salz in der Suppe“ von Günther Hartmann	31
Argumentation des Prozessbevollmächtigten „Jede Sperrklausel ist verfassungswidrig“ von Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim	32
Einführung eines Elternwahlrechts Familiengerechtigkeit ohne Verfassungsänderung von Gerhart Meixner	36

FAMILIE & GESUNDHEIT

Kongress des Diagnose-Funk e.V. Digitale Medien – Faszination mit Nebenwirkungen	38
--	----

TIERSCHUTZ

Tierquälerei durch perverse Züchtung Der Mensch bastelt sich ein Wunschtier von Kai Horstmann	40
---	----

ÖDP INTERN

An alle Mitglieder	42
Neues aus dem Bundesverband	43
Verbände	44
Neues aus der ÖDP	48
Wahlkampf	51
Presseticker	58
Pressespiegel	60
Leserbriefe	64
Impressum	66

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

was haben der „Vertrag von Lissabon“, der „Europäische Stabilitätsmechanismus“ (ESM) und das geplante Freihandelsabkommen „Transatlantic Trade and Investment Partnership“ (TTIP) gemeinsam? Etwas sehr Beunruhigendes: Sie sind Ausdruck einer Politik, die unsere Demokratie zunehmend als überflüssigen Ballast betrachtet und behandelt. Als einen Ballast, den es über Bord zu werfen gilt, damit die „Wirtschaft“ sich richtig „entfalten“ kann. Die „Wirtschaft“ – das ist allerdings eine irreführende Umschreibung für die Interessen international agierender Großkonzerne, die versuchen, über einen starken Brüsseler Zentralismus die Unwägbarkeiten der nationalen Parlamente und der wahlberechtigten Bürger auszuschalten.

Hat die kürzlich beschlossene 3%-Sperrklausel für die Wahlen zum Europäischen Parlament auch etwas damit zu tun? Ja, denn sie zeigt das Selbstverständnis der „politischen Klasse“: Sie möchte gerne unter sich bleiben. Sie kassiert hohe „Parteispenden“, gönnt sich hohe Gehälter und betrachtet ihre politische Tätigkeit oft nur noch als Sprungbrett für lukrative Posten in der Wirtschaft mit noch höheren Gehältern. Entsprechend sieht ihre Politik aus. Kritische Kleinparteien würden da nur stören. Wohl deshalb stimmten fast alle Abgeordneten von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Grüne für eine 3%-Sperrklausel, nachdem das Bundesverfassungsgericht die bis dahin geltende 5%-Sperrklausel als unsinnig und grundgesetzwidrig eingestuft hatte.

Aber ist denn die Nähe zur Wirtschaft nicht sinnvoll und notwendig für eine gute Wirtschaftspolitik? Eine Grundvoraussetzung für Wirtschaftskompetenz? Nein, denn in der Wirtschaft selbst – bei Unternehmern und Bankern – ist das Wissen über die Wirtschaft recht überschaubar. Die sogenannten „Volksparteien“ sind entgegen landläufiger Meinung nicht wirtschaftskompetent, denn ihre Funktionäre müssen keine Zusammenhänge verstehen und erklären, sondern nur zustimmend nicken, wenn Unternehmer und Banker ihre „Weisheiten“ verkünden. Eine wirklich wirtschaftskompetente Politik sieht anders aus: ganzheitlich statt eindimensional, volks- statt betriebswirtschaftlich denkend. Entscheidend ist aber: dass sie gemeinwohl- und nicht parteispendenorientiert ist.

Ihr

und Ihre

Günther Hartmann

Florence von Bodisco



Günther Hartmann
Verantwortlicher
Redakteur



Florence von Bodisco
Stellv. Verantwortliche
Redakteurin



Ökolumne von Ulrich Brehme

Der Klimawandel geht weiter

Die CO₂-Menge in der Luft hatte im Mai 2013 erstmals die Marke von 400 ppm überschritten. Im Jahr 1900 lag der Anteil noch bei 280 ppm. Zwischen 1951 und 2010 stieg die Temperatur um 0,5°C bis 1,3°C an, an manchen Orten sogar um 2°C.

Am 27. September 2013 trafen sich erneut Hunderte von Wissenschaftlern in Stockholm zum Weltklimarat IPCC, um das Ausmaß der

nur 750 Gt Kohlenstoff groß. Damit dürfte die Menschheit für das 2°C-Ziel statt zusätzlicher 500 nur noch zusätzlich rund 250 Gt ausstoßen.

93% der Sonnenenergie, die von den Treibhausgasen auf der Erde gebunden wird, nehmen die Ozeane auf. Die heizen sich aber ständig weiter auf. Vor einem Anstieg der durchschnittlichen Temperaturen um 4°C noch in diesem Jahrhundert warnen international

makonferenzen Ende 2014 in Lima und Ende 2015 in Paris stattfinden.

Die Konferenz in Warschau war ein einziger Betrug. Gastgeber Polen blockiert seit Jahren höhere Klimaziele der EU und der EU-Emissionshandel liegt am Boden. An einem funktionierenden Emissionshandel hängen auch weitere Finanzierungsmechanismen wie der Klimafonds für den Aufbau einer nachhaltigen Infrastruktur, CDM-Klimaschutzaktivitäten in ärmeren Ländern, die Energiewende und der Anpassungsfonds für ärmere Länder, um dort die Klimafolgen zu finanzieren.

Während der Konferenz wurde der polnische Umweltminister Marcin Korolec aus seinem Amt entlassen. Japan und Australien zogen bereits zugesagte Klimaschutzziele zurück. Im Abschlusspapier steht zwar, dass man Ziele für Industrie- und Entwicklungsländer anstrebt, es soll sich dabei aber nicht um verbindliche Ziele handeln. Die Umweltorganisationen haben sich dann kurz vor dem Ende der Konferenz entschlossen, die UN-Klimaverhandlungen in Warschau zu verlassen.

Auf einer Tagung der internationalen Luftverkehrsorganisation ICAO in Montreal haben die Mitgliedsländer beschlossen, bis zum

Die Konferenz in Warschau war ein einziger Betrug.

Jahr 2016 ein internationales System zu Klimaabgaben im Luftverkehr ausarbeiten. Dieses soll 2020 in Kraft treten. Fluggesellschaften müssen dann Lizenzen für den Ausstoß des Treibhausgases CO₂ vorweisen.

PR-Kampagnen der Energiekonzerne versuchen, die Klimaforschung zu diskreditieren und zu bekämpfen.

globalen Erwärmung abzuschätzen. Der IPCC geht davon aus, dass die ausgestoßene CO₂-Menge für das 2°C-Ziel insgesamt 1.000 Gigatonnen (Gt) Kohlenstoff nicht übersteigen darf. Seit Beginn der industriellen Revolution hat die Menschheit rund die Hälfte dieses Budgets, also 500 Gt, bereits verbraucht.

Mithilfe eines neuen hochauflösenden Klimamodells zeigten nun Wissenschaftler, dass eine Änderung der Wärmeaufnahme in den Polarregionen einen größeren Effekt auf die globale Atmosphären-temperatur hat als eine Änderung in Äquatornähe. Stimmen die Ergebnisse des neuen Klimamodells, liegt die Gesamtmission um ein Viertel niedriger und ist statt 1.000

renommierte Klimaforscher. Auf der UN-Klimakonferenz 2010 im mexikanischen Cancún hatten sich alle Staaten auf das Ziel geeinigt, die Erderwärmung nicht über 2°C steigen zu lassen.

Am 8. November 2013 sind durch den Taifun „Haiyan“ 4 Mio. Menschen obdachlos geworden. Nach offiziellen Angaben wurden etwa 4.000 Tote gezählt. Trotzdem scheitern die UN-Klimaschutzverhandlungen immer wieder. PR-Kampagnen der Energiekonzerne versuchen, die Klimaforschung zu diskreditieren und zu bekämpfen, mit dem Ziel, dass umweltpolitisches Handeln verhindert wird. Nach Kopenhagen, Doha, Durban, Warschau sollen die nächsten Kli-

Umwelt & Gesellschaft von Ulrich Brehme

Ausbau Erneuerbarer Energien senkt Strompreise

Nach den Bundestagswahlen startete die Energiewirtschaft eine Kampagne gegen das „Gesetz zur Förderung Erneuerbarer Energien“ (EEG). An der Strombörse hat der Ausbau der Erneuerbaren Energien aber zu einem Sinken der Strompreise geführt. Dies wird an die Endverbraucher kaum weitergegeben. Stattdessen erhöhen die Energieversorger immer weiter die Versorgungspreise und begründen dies mit der gestiegenen EEG-Umlage. Die Energiekonzerne müssen dazu gezwungen werden, die Börsenpreise als Abrechnungsgrundlage zu übernehmen. Die ausufernden Befreiungen von der EEG-Umlage für die Industrie müssen beschränkt werden.

» www.uba.de → Suche: Stromerzeugung



Entwicklung der Bruttostromerzeugung und des Bruttostromverbrauchs

Lebensmittel-Lobbyistin überwacht Risikobewertung

Die EU-Lebensmittelbehörde EFSA ist für die Risikobewertung von gentechnisch veränderten Produkten zuständig. Oberstes Aufsichtsgremium ist der Verwaltungsrat. Der soll nun ein neues Mitglied bekommen: Die EU-Kommission hat Beate Kettlitz nominiert, seit 2005 Lobbyistin beim Verband „Food Drink Europe“. Zu dessen Mitgliedern gehören unter anderem Coca-Cola und PepsiCo, die 2.913 Millionen Dollar investierten, um eine Gentechnik-Kennzeichnung im



Das Hauptquartier der Lebensmittelbehörde EFSA befindet sich im italienischen Parma.

US-Bundesstaat Washington zu verhindern. Eine Interessenvertreterin der Lebensmittelindustrie soll also künftig die Unabhängigkeit der EFSA kontrollieren.

» www.keine-gentechnik.de → Nachrichten → 03.12.2013

Globale Klimaerwärmung schreitet unbremst fort

Die von Klimawandel-Leugnern verbreitete These, der Anstieg der globalen Mitteltemperatur habe nach dem Jahr 2000 aufgehört, ist falsch. Über 90% der Wärme, die dem Klimasystem zusätzlich zugeführt wurde, haben die Weltmeere aufgenommen und gespeichert. Sie sind der größte Wärmespeicher und eine entscheidende Komponente im Klimasystem. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass sich im letzten Jahrzehnt die Wasserschichten unterhalb von 700 m Wassertiefe beträchtlich erwärmt haben. Zwar zeigte die globale Mitteltemperatur im letzten Jahrzehnt tatsächlich einen verzögerten Anstieg, andere Klimaindikatoren – z.B. Ozeantemperaturen, Meeresspiegelanstieg, Gletscherschmelze, Rückgang des arktischen Eises – vermitteln jedoch ein deutliches Bild der globalen Erwärmung. Den aktuellen Stand der Forschung zeigt eine im September 2013 erschienene Infobroschüre des Umweltbundesamts.

» www.uba.de → Suche: Globale Erwärmung im letzten Jahrzehnt



Weltenergieerwartung verschiebt Peak Oil in ferne Zukunft

Trotz zunehmender Bedeutung der Erneuerbaren Energien werden Kohle, Erdöl und Erdgas nach Einschätzung des Weltenergieerwartungsrats (WEC) auch in den nächsten Jahren die Wirtschaft weiter antreiben. „Die Fülle der Energieressourcen weltweit ist heute größer als je zuvor“, hieß es in einer Studie, die im Oktober 2013 dem 22. Weltenergiekongress im südkoreanischen Taegu vorgelegt wurde. „Peak Oil, also der Punkt, ab dem die weltweiten Ölreserven beginnen zu schrumpfen, hat sich ganz weit in die ferne Zukunft verlegt“, sagte WEC-Generalsekretär Christoph Frei. Die bekannten weltweiten Erdölreserven seien um fast 25 % größer als noch 1993 und die Erdölproduktion habe um 20 % zugelegt.

» www.daegu2013.kr → Media Room → WEC Reports



Foto: Bernd Storz/ www.pixelio.de

Verkehrswege brauchen dringend eine Sanierung

Die Verkehrswege Deutschlands sind in einem schlechten Zustand – sowohl Straßen als auch Schienen- und Wasserwege. Um die 730.000 km in Schuss zu halten, müssten laut der Bund-Länder-Kommission „Nachhaltige Verkehrsinfrastrukturfinanzierung“ pro Tag etwa 50 Mio. Euro investiert werden – 15 Jahre lang. Das ist deutlich mehr als bisher und wohl immer noch zu wenig, denn bei Brückensanierungen explodieren die Kosten. Bund, Länder und Kommunen sollten deshalb von ihren immer noch weit überdimensionierten Straßen-Neubauplänen Abstand nehmen und das frei werdende Geld in die Erhaltung des vorhandenen Verkehrsnetzes und die Stärkung der Schiene stecken, um Verkehr dort hin verlagern zu können.

» www.klimaretter.info → Mobilität → 02.10.2013: Wir brauchen eine Verkehrswende



Obwohl Lastkraftwagen die Straßen besonders belasten, träumen viele Politiker davon, den Güterverkehr auf der Straße noch deutlich auszuweiten.

Illegale Abholzungen für deutsche Pellets-Öfen

Heizen mit Holz-Pellets gilt als nachhaltig und wird deshalb vom Staat gefördert. Pellets gelten als Abfall-



Das ARD-Mittagsmagazin berichtete in seiner Dokumentation „Die Holzlüge“ über illegale Waldabholzungen in Osteuropa.

produkt der stofflichen Holznutzung. Doch da die Nachfrage stetig steigt, stammt das Holz zum Großteil aus dem europäischen Ausland. Während in den letzten zehn Jahren die Holzerte in Deutschland weitgehend konstant blieb, stieg sie z.B. in Bulgarien um 107 % an – was nicht mehr nachhaltig sein kann. Gerade in Osteuropa geschieht die Abholzung auch oft illegal. Von den rund 1.200 Holz-Importeuren wird in Deutschland so gut wie keiner kontrolliert.

» www.daserste.de → Sendungen → Mittagsmagazin → Sendungen → 04.12.2013: Die Holzlüge

Korruption nimmt im Krisenland Spanien stark zu

Die Antikorruptionsorganisation „Transparency International“ hat Ende 2013 seinen neuen „Korruptionswahrnehmungsindex“ veröffentlicht. Er umfasst 177 Länder, setzt sich aus verschiedenen Expertenbefragungen zusammen und misst die bei Politikern und Beamten wahrgenommene Korruption. Deutschland erreicht auf einer Skala von 0 (hohes Maß an wahrgenommener Korruption) bis 100 (keine wahrgenommene Korruption) 78 Punkte und rangiert damit auf dem 12. Platz – Kritik ernten hier vor allem die hohen Parteispenden der Automobilindustrie. Im europäischen Vergleich belegen Dänemark mit 91 Punkten, Finnland mit 89 und Schweden mit 89 die vordersten Plätze. Das korrupteste Land bleibt Griechenland mit 40 Punkten, aber auch Italien ist mit 43 Punkten nur wenig besser. Spanien verschlechterte sich von 65 Punkten im Jahr 2012 auf nun 59 Punkte.

» www.transparency.de → Korruptionsindizes → Corruption Perceptions Index → 2013



Aufklärung über Operationen der US-Geheimdienste

Der NDR und die Süddeutsche Zeitung haben gemeinsam ein Projekt zur Recherche und damit zur Aufklärung von Operationen der US-Geheimdienste und der von diesen beauftragten Firmen gestartet. Sie nennen das Projekt „Geheimer Krieg“ und es ist im Internet



Quelle: geheimerkrieg.de

öffentlich zugänglich. Themen sind unter anderem: Drohneinsätze, Kooperation von IT-Unternehmen, Kooperation deutscher Behörden, Sponsoringaktivitäten an deutschen Hochschulen.

» www.geheimerkrieg.de

BITTE PROTESTIEREN! von Edgar Guhde

Tiergerechte Standards für die Milchkühhaltung

Deutschland ist mit rund 4,2 Mio. Milchkühen der größte Kuhmilchproduzent Europas und der fünfgrößte der Welt. Die Leistung der Kühe wurde mithilfe von Hochleistungszucht und Kraffuttereinsatz in den letzten Jahrzehnten mehr als verdoppelt. 10.000 Liter pro Tier und Jahr sind heute keine Seltenheit mehr. Für die meisten Kühe bedeutet diese Höchstleistung permanenter Stress, sodass sie bereits nach kurzer Zeit körperlich am Ende sind. Das muss sich ändern! Wir brauchen klar definierte tiergerechte Mindeststandards für ihre Haltung! Schreiben Sie an den neuen Bundeslandwirtschaftsminister:

Herrn Bundeslandwirtschaftsminister
Hans-Peter Friedrich, Wilhelmstraße 54, 10117 Berlin,
poststelle@bmelv.bund.de

Sehr geehrter Herr Bundesminister Friedrich, die Haltung von Milchkühen ist ein wesentlicher Bestandteil der deutschen Landwirtschaft. Und trotzdem gibt es für die Haltung von Milchkühen keine konkreten gesetzlichen Bestimmungen, wie sie beispielsweise für Schweine oder Hühner definiert sind.

Deshalb fordere ich Sie hiermit auf, sich für tiergerechte Mindeststandards für die Haltung von Milchkühen einzusetzen und die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung entsprechend überarbeiten zu lassen. Dazu muss ein unabhängiger Expertenausschuss gebildet werden, in dem auch der Tierschutz und wissenschaftliche Experten ihre Expertise einbringen dürfen, um alle Aspekte einer tiergerechten Haltung angemessen zu berücksichtigen.

Ich fordere Sie außerdem dazu auf, sich für eine Änderung des Tierschutzgesetzes stark zu machen. Das Kastrieren von Jungbullern sowie die Enthornung von Kälbern ist nach § 5 Absatz (3) noch immer ohne Betäubung zulässig. Da Kälber jedoch nachweislich ein Schmerzempfinden besitzen, erlaubt diese Regelung Tierquälerei und muss deshalb sofort aus dem Tierschutzgesetz entfernt werden.

Diese Forderungen sind mir nicht nur im Sinne des Tierschutzes wichtig, sondern auch als besorgter Konsument, dem die Herkunft seiner Milchprodukte nicht gleichgültig ist.

Mit freundlichem Gruß

Weitere Infos über die Haltung von Milchkühen:
www.kuhplusdu.de

Bücher

Wirtschaftsgeschichte

Ulrike Herrmann

Der Sieg des Kapitals

Wie der Reichtum in die Welt kam:

Die Geschichte von

Wachstum, Geld und Krisen

Westend, September 2013

288 Seiten, 19,99 Euro

978-3-86489-044-4



In Deutschland wird der Begriff „Kapitalismus“ nicht so gerne in den Mund genommen, man spricht lieber von „Marktwirtschaft“, denn das klingt „kuscheliger“. Ulrike Herrmann zeigt, warum „Marktwirtschaft“ zur Beschreibung modernen Wirtschaftens aber eher unzureichend ist: „Der Begriff Kapitalismus hat den Vorteil, dass er präzise beschreibt, was die heutige Wirtschaftsform auszeichnet: Es geht um den Einsatz von Kapital mit dem Ziel, hinterher noch mehr Kapital zu besitzen, also einen Gewinn zu erzielen. Es handelt sich um einen Prozess, der exponentielles Wachstum erzeugt.“ Sie bürstet weit verbreitete wirtschaftspolitische Mythen und ökonomische Allgemeinplätze gegen den Strich, erklärt das Geschehen in der Wirtschaft nicht mit angeblich zeitlosen Modellen und mathematischen Formeln, sondern zeitgeschichtlich. So erkennt der Leser dessen gesellschaftspolitische Dimension. (gh)

Naturspiritualität

Stephan Götz

Hüter der Schöpfung

Der indianische Weg zur

Heilung der Erde und des Menschen

Mankau, November 2013

281 Seiten, 19,95 Euro

978-3-86374-107-5



Die Lakota-Indianer leben nicht von, sondern mit der Natur, fühlen sich im Einklang mit dem Universum und haben eine Kultur der Weisheit entwickelt, die bis in unsere Gegenwart gelebt wird. Und die geteilt wird, z.B. mit dem Autor dieses Buchs. Der, von Beruf Marketingexperte für nachhal-

tigen Konsum, pflegt seit 25 Jahren enge persönliche Beziehungen zu den Nachkommen des berühmten Indianerhäuptlings Crazy Horse, wurde in die Spiritualität dieses Stamms eingeweiht und beschreibt in dessen offiziellem Auftrag seine Geschichte, Überlieferungen und Rituale. (gh)

Unternehmenskultur

Benedikt Herles

Die kaputte Elite

Ein Schadensbericht aus

unseren Chefetagen

Knaus, Oktober 2013

176 Seiten, 16,99 Euro

978-3-8135-0555-9



Der Autor gehörte selbst zur Wirtschaftselite. Er hatte auf einer privaten Elite-Universität Betriebswirtschaftslehre studiert und war ein hochtalentierter Nachwuchsmanger mit blendender Karriereperspektive. Er ackerte Nächte durch, um nach oben zu kommen. Doch eines Tages erschien ihm das unsinnig. Er stieg aus und schrieb dieses Buch über seine Erfahrungen in Studium und Beruf – im Alter von nur 29 Jahren. Zu jung? „Muss man Vorstandsvorsitzender sein, um mitzubekommen, dass an den Business Schools Unsinn gelehrt wird? Muss man ‚Managing Director‘ auf der Visitenkarte stehen haben, um zu merken, dass sich viele Unternehmen zu Tode analysieren? Im Gegenteil: Wer zu lange in der Mühle steckt, dem fällt nichts mehr auf“, antwortete er auf diese Frage in einem Interview. (gh)

Demokratie-Abbau

Wolfgang Streeck

Gekaufte Zeit

Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus

Suhrkamp, März 2013

271 Seiten, 24,95 Euro

978-3-518-58592-4



Kanzlerin Angela Merkel behauptete in einer ihrer Neujahrsansprachen, wir hätten über unsere Verhältnisse gelebt und unsere hohen Staatsschulden seien vor allem das Ergebnis von zu viel Sozialstaat. Diese Deutung passt nicht zur tatsächlichen Einkommens-

entwicklung, denn Sozialstaatlichkeit würde eine Umverteilung von oben nach unten bedeuten, wir hatten die letzten Jahrzehnte aber eine Umverteilung von unten nach oben. Wolfgang Streeck, Philosophie-Professor in Zürich, legt die Wurzeln der gegenwärtigen Finanz-, Fiskal- und Wirtschaftskrise frei, indem er sie als Folgen der langen neoliberalen Transformation des Nachkriegskapitalismus beschreibt. Er analysiert, welche Konflikte zwischen Staaten, Regierungen, Wählern und Kapitalinteressen entstanden und wie mit ihnen umgegangen wurde. Er beleuchtet den Umbau des europäischen Staatensystems vom Steuer- über den Schulden- zum Konsolidierungsstaat und fragt nach den Aussichten für eine Wiederherstellung sozialer und wirtschaftlicher Stabilität. Bei der Lektüre wird etwas zutiefst Beunruhigendes klar: Hinter den positiv klingenden Begriffen „Reform“ und „europäische Integration“ verbirgt sich eine massive Veränderung in Richtung „demokratiefreier Einheitsmarktstaat“. (gh)

Wirtschaft & Psyche

Paul Verhaeghe

Und ich?

Identität in einer

durchökonomisierten

Gesellschaft

Kunstmann, August 2013

252 Seiten, 19,95 Euro

978-3-88897-869-2



Obwohl es uns angeblich so gut geht wie noch nie, fühlen sich immer mehr Menschen schlecht. Der Autor, Psychologie-Professor in Gent, sieht die Ursache im neoliberalen Denken, das unsere Gesellschaft zutiefst geprägt hat. In einer spannenden historischen Betrachtung zeigt er, wie sich das Verständnis davon, was man über sich denken soll, seit Aristoteles verändert hat. Die Selbstverwirklichung weicht der Selbstverleugnung. Jeder Mensch könne sich selbst immer wieder neu erschaffen, wenn er sich nur richtig anstrengt, lautet das Credo des Neoliberalismus. Leistungsstreben, Individualismus, Jugendkult und permanente Selbstoptimierung stehen jedoch dem menschlichen Bedürfnis nach Gemeinschaft und Solidarität entgegen. Dringend nötig ist deshalb eine kritische Bewegung, die an die tatsächlichen Bedürfnisse der Menschen anknüpft und die Lebensqualität ins Zentrum rückt. (gh)

Plutokratie

Chrystia Freeland

Die Superreichen

Aufstieg und Herrschaft

einer neuen globalen

Geldelite

Westend, August 2013

358 Seiten, 22,99 Euro

978-3-86489-045-1



Milliardäre bilden mit ihren gigantischen Vermögen eine Klasse für sich und beeinflussen die Politik so, dass ihr Vermögen überproportional wächst. Chrystia Freeland gelang es, in deren Lebenswelt einzudringen. Zwei Jahrzehnte lang hat sie Superreiche von Davos bis Dubai begleitet und in deren ansonsten abgeschotteten Welt Erstaunliches erlebt. Die Autorin vollbrachte dabei einen beachtlichen Spagat zwischen einer Analyse des Geflechts aus wirtschaftlicher und politischer Macht sowie einer nüchternen Dokumentation des Selbstverständnisses, der Weltsicht, des Wertkanons und der Denkstrukturen von Superreichen. (gh)

Geheimdienste

Mathias Bröckers

JFK –

Staatsstreich in Amerika

Westend, August 2013

288 Seiten, 19,99 Euro

978-3-86489-043-7



Nachdem der Autor vor zwei Jahren ein brisantes Buch über die zahlreichen Ungereimtheiten in der offiziellen Darstellung der Ereignisse des „11. Septembers“ veröffentlichte, widmet er sich nun einem fünf Jahrzehnte zurückliegenden Ereignis: der Ermordung John F. Kennedys. Ihn interessiert dabei vor allem: Warum musste er sterben? Behörden halten seit Jahrzehnten Akten zum Fall Kennedy mit dem Verweis auf die „nationale Sicherheit“ zurück. Dafür bestünde keinerlei Grund, wenn es sich tatsächlich nur um einen verwirrten Einzeltäter gehandelt hätte. Fest steht: Es gab einflussreiche Kreise, die Kennedys Deeskalationspolitik verhindern wollten. Seit seiner Ermordung verfolgen die USA eine bis heute gültige Politik militärischer Machtausübung und Interessenwahrung. (gh)

Verlust der nationalen Souveränität

Warum schweigt die deutsche Politik?

Der „Vertrag von Lissabon“ zwischen den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union wurde 2007 unterzeichnet und trat 2009 in Kraft. Er reformierte den „Vertrag über die Europäische Union“ (EU-Vertrag) und den „Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft“ (EG-Vertrag). Seine Inhalte haben für unsere Rechtsstaatlichkeit und Demokratie gravierende Folgen.

von Hermann Striedl

Die sogenannte „politische Klasse“ tut so, als ob die Bundestagswahlen und die Wahlen zum Europäischen Parlament nichts mit der Verfasstheit der Europäischen Union (EU) und nichts mit der deutschen Souveränität zu tun hätten. Während der Wahlkampfzeit werden die Themen Europa, nationale Souveränität und Demokratie ausgeklammert. Unerwähnt bleibt, dass die Bundesregierung beabsichtigt, der EU oder transnationalen europäischen Bündnissen weitere wesentliche Souveränitätsrechte zu übertragen. Unerwähnt bleibt die Aussage Wolfgang Schäubles, dass die Souveränität der europäischen Nationalstaaten ein abzuschaffendes Relikt aus der Vergangenheit sei. Unerwähnt bleibt, dass die EU-Wirtschaftspolitik mehrere EU-Staaten an den Rand des Ruins getrieben hat – und auch in Deutschland immer mehr Menschen in die Armutsfalle geraten.

Nationale Souveränitätsrechte gehen an die EU

Zu hinterfragen ist, was nach Inkrafttreten des Lissabonvertrags aus der nationalen Souveränität der

EU-Staaten geworden ist. Zu hinterfragen ist, was die verfassungsrechtliche Auseinandersetzung der sogenannten „EU-Kritiker“ mit dem Lissabonvertrag bewirkt hat. Unstreitig wurden der EU von den Regierungen der EU-Staaten wesentliche für einen Nationalstaat er-

(2) Die Union hat ferner die ausschließliche Zuständigkeit für den Abschluss internationaler Übereinkünfte, wenn der Abschluss einer solchen Übereinkunft in einem Gesetzgebungsakt der Union vorgesehen ist, wenn er notwendig ist, damit sie ihre interne Zuständigkeit ausüben kann,

Deutschland ist der Herrschaft eines Gebildes unterworfen, das demokratischen Anforderungen nicht entspricht.

forderliche Souveränitätsrechte und natürlich auch die hierfür erforderlichen Rechtsetzungsbefugnisse übertragen. In den Grundsätzen des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) steht:

Artikel 3

(1) Die Union hat ausschließliche Zuständigkeit in folgenden Bereichen: Zollunion, Festlegung der für das Funktionieren des Binnenmarkts erforderlichen Wettbewerbsregeln, Währungspolitik für die Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist, Erhaltung der biologischen Meeresschätze im Rahmen der gemeinsamen Fischereipolitik, gemeinsame Handelspolitik.

oder soweit er gemeinsame Regeln beeinträchtigen oder deren Tragweite verändern könnte.

Artikel 4

(1) Die Union teilt ihre Zuständigkeit mit den Mitgliedstaaten, wenn ihr die Verträge außerhalb der in den Artikeln 3 und 6 genannten Bereiche eine Zuständigkeit übertragen.

(2) Die von der Union mit den Mitgliedstaaten geteilte Zuständigkeit erstreckt sich auf die folgenden Hauptbereiche: Binnenmarkt, Sozialpolitik hinsichtlich der in diesem Vertrag genannten Aspekte, wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt, Landwirtschaft und Fischerei,

Foto: Rolf Handke / pixelio.de



Umwelt, Verbraucherschutz, Verkehr, transeuropäische Netze, Energie, Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, gemeinsame Sicherheitsanliegen im Bereich der öffentlichen Gesundheit.

Bezüglich der geteilten Zuständigkeiten gesteht Artikel 2a Absatz 2 des Lissabonvertrags der EU das unbedingte Hoheitsrecht zu. Eine Zuständigkeit der EU-Staaten ist nur dann möglich, wenn die EU ihre Zuständigkeit nicht ausübt.

Die Kritiker des Lissabonvertrags rügen, dass dadurch die wesentlichen nationalen Hoheitsrechte auf eine supranationale EU übertragen wurden, sodass die Souveränität der EU-Nationalstaaten und damit ihre autonome Staatlichkeit beseitigt werden. Sie rügen, dass der Übertragungsakt der Hoheitsrechte dem Grundgesetz widerspreche. Sie rügen, dass die deutschen Bürger um den Schutz ihrer Verfassung betrogen werden. Die verfassungsrechtlich geschützten Bestimmun-

gen würden an eine supranationale Organisation übertragen, die weder rechtsstaatlichen noch demokratischen Ansprüchen genügt. Das für eine Demokratie unumgängliche Gewaltenteilungsprinzip werde verletzt.

Bundesverfassungsgericht passt sich an

In den von Kritikern des Lissabonvertrags erhobenen Verfassungsbeschwerden – u. a. von Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider,

den rechtsstaatlichen noch den demokratischen Anforderungen eines demokratischen Staates genügt, ein wesentlicher Teil der staatlichen Hoheitsrechte übertragen. Es waren die nationalen

Vorrang der Rechtsprechungshoheit zu haben.

Der Lissabonvertrag beinhaltet das Subsidiaritätsprinzip als Ausübungsregelung. Nach dem Subsidiaritätsprinzip „wird die Union in

Die nationalen Regierungen schlossen den demokratischen Einfluss der Bürger im Wesentlichen aus.

Prof. Klaus Buchner und dem Autor dieser Abhandlung – wurde auf die Gefahren des Lissabonvertrags verwiesen. Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) erklärte das Zustimmungsgesetz zum Lissabonvertrag jedoch als verfassungskonform – und hat dabei eine Begründung gefunden, die nahezu der Quadratur des Kreises entspricht: Trotz der Übertragung der wesentlichen nationalen Hoheitsrechte könne man für Deutschland beim Rest der noch verbleibenden Hoheitsrechte von einem souveränen Staat sprechen. Die EU sei kein „Staatenbund“, sondern ein „Staatenverbund“ – eine vom Bundesverfassungsgericht neu erfundene Staatsform. Dieser komme einem Bundesstaat zwar ziemlich nahe, sei aber noch keiner. Deshalb könne es hingenommen werden, dass die EU nicht den strengen Ansprüchen genüge, die an einen demokratischen Rechtsstaat zu stellen sind.

Damit ist Deutschland der Herrschaft eines Gebildes unterworfen, das demokratischen Anforderungen nicht entspricht. Die EU-Verträge sind von den Regierungen der EU-Staaten ohne Beteiligung der Bürger geschlossen. Ohne Beteiligung der Bürger wurde einer supranationalen Organisation, die weder

Regierungen der EU-Staaten, die Verträge im Interesse einer neoliberal organisierten Wirtschaft schlossen – oder besser gesagt: im Interesse des Großkapitals und der Banken. Sie sorgten auch dafür, dass die Hoheitsrechte unwiderprüflich übertragen wurden und ein demokratischer Einfluss der EU-Staaten und der EU-Bürger im Wesentlichen ausgeschlossen ist. Und sie sorgten dafür, dass der machtüberfüllte Moloch EU im Interesse eines neoliberalen Wirtschaftssystems seine Staaten beherrscht.

Europäischer Gerichtshof will höchste Instanz sein

Hinzu kommt, dass der Europäische Gerichtshof (EuGH) sich durch extensive Auslegung seiner Zuständigkeit mehr und mehr Rechtsprechungshoheiten aneignet. Er respektiert dabei keinerlei Zuständigkeitsgrenzen und beansprucht in Gemeinschaftsfragen das letzte Wort. Er geriert sich als höchstes Gericht der EU und seiner Mitgliedsländer. Weil eine Bestimmung fehlt, die die Zuständigkeit der EU-Gerichte genau und eng begrenzt, räumt sich der EuGH selbst den Anspruch ein, unbegrenzten

den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, nur tätig, sofern und soweit die Ziele von den Mitgliedstaaten ... nicht ausreichend verwirklicht werden können ...“ (Artikel 3b Absatz 3).

Entgegen dem Gebot des Grundgesetzes gilt dies nach den EU-Verträgen nur für die konkurrierenden Zuständigkeiten. Das Subsidiaritätsprinzip ist hier nur ein Lippenbekenntnis. Nach dem Lissabonvertrag sind die Organe der EU, so auch die EU-Gerichte, zu einer immer stärkeren Integration der Nationen in die EU verpflichtet. Insbesondere lassen sich „wegen ihres Umfangs und Wirkungen auf Unionsebene“ für den EuGH stets „Ziele“ der Union finden. Der EuGH bekennt sich in ständiger Rechtsprechung dazu, das „EU-Recht im Sinne einer

größtmöglichen Ausschöpfung der Gemeinschaftsbefugnisse auszu-schöpfen“.

Parlamente ohne hinreichendes Mitspracherecht

Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung die Verfassungswidrigkeit des deutschen Begleitgesetzes zum Zustimmungsvertrag zum Lissabonvertrag festgestellt, da den deutschen Gesetzgebungsorganen (Bundestag, Bundesrat, Landtage) ein „hinreichendes“ Mitspracherecht eingeräumt werden müsse. In den Entscheidungsgründen hat es gewarnt, dass eine weitere Übertragung von Hoheitsrechten auf die EU nur noch in ganz beschränktem Maße möglich sei. Dies gelte insbesondere bei der politischen Gestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Lebensverhältnisse, vor allem für das nationale Haushaltsrecht, also

tragen, sondern eigenen supranationalen Organisationen, so dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), einem internationalen Finanzinstitut. Auch hier hatten die EU-Bürger keine Mitwirkungs-chance und zugleich wurde die demokratische Einflussnahme auf das Handeln des ESM ausgeschlossen. Die Finanzminister der EU-Staaten, die zugleich dem zuständigen EU-Ministerrat angehören, sind neben den Banken und der EU-Kommission die wahren Machthaber über die Finanzen, bis hin zum nationalen Haushaltsrecht.

Konzernherrschaft statt demokratischem Rechtsstaat

Die deutsche Bundesregierung und der deutsche Bundestag haben Rechtsstaatlichkeit und Demokratie an Konzerne und das Großkapital verschachert. Konsequenterweise gibt es seit geraumer Zeit

Der Europäische Gerichtshof geriert sich als das höchste Gericht der EU und seiner Mitgliedsländer.

die fiskalischen Grundentscheidungen über Einnahmen, Ausgaben, Steuern usw. Das souveräne Haushaltsrecht ist ein Grundpfeiler eines Staates.

Nachdem die EU durch ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik nahezu den Ruin der Volkswirtschaften einiger ihrer Staaten verursacht hatte, versucht sie, das Wirtschafts- und Finanzsystem durch die Idee von Rettungsschirmen im Interesse des Finanzkapitals zu erhalten. Diese Idee, die das Haushaltsrecht der Eurostaaten auslöscht, wurde unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nicht der EU über-

Geheimverhandlungen für eine „Transatlantic Trade und Investment Partnership“ (TTIP), durch die weltweit demokratische Politik durch mächtige Kapitalgruppen ersetzt werden soll.

Was bleibt? Die Hoffnung auf eine gesellschaftliche Entwicklung, die die Regierungen der EU-Staaten zu einer Vertragsänderung dahingehend zwingt, dass Menschen und Staaten nicht mehr der Diktatur von Finanzmächten und Weltbanken ausgesetzt sind. Die Hoffnung, dass das EU-Parlament überwacht, ob das Subsidiaritätsprinzip gewahrt ist. Die Hoffnung auf Abgeordnete, Parteien und Bürger, die

BUCHTIPPS

Karl Albrecht Schachtschneider
Die Souveränität Deutschlands
Souverän ist, wer frei ist
Kopp, Oktober 2012
384 Seiten, 19,95 Euro
978-3-86445-043-3

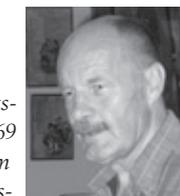


Karl Albrecht Schachtschneider
Die Rechtswidrigkeit der Euro-Rettungspolitik
Ein Staatsstreich der politischen Klasse
Kopp, September 2011
254 Seiten, 19,95 Euro
978-3-86445-002-0



sich gegen die Diktatur des Geldes wehren. Die Hoffnung auf eine Regierung, die die Interessen der Bürger vertritt, nicht die des Großkapitals. Die Hoffnung auf eine breite Diskussion der EU-Bürger, wie sich ein Europa des Friedens, des gegenseitigen Helfens, des friedlichen Zusammenhalts schaffen lässt. ■

Hermann Striedl,
Jahrgang 1938, ist
Jurist und war von
1967 bis 1969 Staats-
anwalt und von 1969
bis 2003 Richter am
Landgericht Regens-
burg. 2003 trat er in



die ÖDP ein und war von 2008 bis 2010
ihr Stellvertretender Bundesvorsitzen-
der. Außerdem ist er Mitglied bei Mehr
Demokratie und Pax Christi.

Kontakt: h.striedl@gmx.de

ONLINETIPPS

Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider
www.kaschachtschneider.de
→ Downloads → Argumente
gegen die Zustimmung ...

Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim
www.arnimvon.de
→ Veröffentlichungen → Klagen

Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM)

Wer profitiert vom Euro-Rettungsschirm?

Die Euro-Krise und die politischen Reaktionen darauf bedrohen unsere Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) kann es sein, dass Deutschland gigantische Summen aufbringen muss, ohne dass der Bundestag darüber entscheiden darf. Als „alternativlos“ wurde der ESM bezeichnet, dabei löst er kein Problem wirklich.

von Prof. Dr. Dr. Klaus Buchner

Bei der Euro-Krise spielt sicher auch eine falsche Politik der Krisen-Staaten eine entscheidende Rolle, die ihren Bürgern mehr Wohltaten zukommen ließen, als sie sich leisten konnten. In manchen Staaten herrscht eine Misswirtschaft, wie sie bei uns kaum vorstellbar ist. Dieses Problem gibt es dort jedoch seit Jahrzehnten – warum kommt der Zusammenbruch gerade jetzt? Ein Grund ist tatsächlich die Einführung des Euro selbst: Durch falsche Wechselkurse wurden Währungen gegenüber der DM aufgewertet, was dazu führte, dass in diesen Staaten die Importe aus Deutschland billiger wurden und die Löhne stiegen. Griechenland hatte von 1998 bis 2010 eine inflationsbereinigte Lohnsteigerung von etwa 80%, Deutschland eine von 0,8%. Griechenlands Waren wurden teuer. Seine Exporte sanken, die Importe stiegen. Deutschland profitierte davon.

Durch die Einführung des Euro sanken die Zinsen für Staatsanleihen, weil die Sicherheit und Stabilität der neuen Währung durch viele finanzkräftige Staaten garantiert schienen und dadurch das Risiko für die Geldgeber als geringer eingeschätzt wurde. Die US-ameri-

kanische „Federal Reserve Bank“ warf viel Geld zu extrem niedrigen Zinsen auf den Markt, das auch den Regierungen in Europa zur Verfügung stand. Deshalb konnten sich alle Euro-Staaten jetzt eine hohe Verschuldung leisten. Die Probleme

kamen erst, als die amerikanischen Rating-Agenturen bei einigen die Kreditwürdigkeit herabstufen. Um das auszugleichen, stieg der Zinssatz ihrer Staatsanleihen. Damit drohte der Staatsbankrott.

Blindheit oder Absicht?

Griechenland erfüllte die Voraussetzungen für die Aufnahme in die Euro-Währungsunion nicht. Sie wurde durch eine Verschleierung der Bilanzen im griechischen Haushalt erreicht, die das US-amerikanische Geldinstitut Goldman Sachs durchführte. Obwohl das bekannt wurde, stimmten die Regierungen der Euro-Staaten der Aufnahme Griechenlands zu. Diese Fehler bei der Einführung des Euro lassen sich nicht mit einer übertriebenen

Europa-Euphorie erklären. Finanzfachleuten war damals schon klar, dass der Euro unter diesen Umständen bald ernsthafte Probleme bekommen musste. Warum wurde damals gegen jede ökonomische Vernunft gehandelt?

Um die Krisenstaaten vor dem Staatsbankrott zu bewahren, beschlossen die Regierungen zunächst, Garantien für die Staatsanleihen zu geben. Dadurch sollten die Zinssätze wieder sinken. Das war aber nach den EU-Verträgen illegal. So musste der „Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union“ in aller Eile geändert werden. Aber selbst dadurch ließen sich nicht alle Verstöße gegen geltendes Recht beseitigen.

Es zeigte sich schon bald, dass Garantien allein nicht ausreichten. Deshalb wurden 2010 der „Europäische Finanzstabilisierungsmechanismus“ (EFSM) und die „Europäische Finanzstabilisierungsfazilität“ (EFSSF) geschaffen, die – zusammen mit dem Anteil des Internationa-

len Währungsfonds – immerhin ein Gesamtvolumen von 780 Mrd. Euro hatten.

Selbst diese Summe genügte bald nicht mehr, um die Krisenstaaten vor der Zahlungsunfähigkeit zu bewahren. Deshalb einigten sich die europäischen Staatschefs schon im folgenden Jahr auf den „Europäischen Stabilitätsmechanismus“ (ESM) mit einem Volumen von zunächst „nur“ 700 Mrd. Euro, das aber jederzeit erhöht werden kann. Bereits vor seinem Start wurden dabei Summen von 1.000 Mrd. Euro und mehr genannt. Die ÖDP hat beim Bundesverfassungsgericht dagegen geklagt – mit Erfolg: Es entschied, dass der deutsche Finanzminister im ESM eine Erhöhung dieses Betrags nur zustimmen darf, wenn ihn der Bundestag dazu ermächtigt.

Deutschland treffen 27% aller Zahlungen an den ESM. Wenn aber Staaten wegen Finanzproblemen für die Zahlung ausfallen, müssen die übrigen Staaten deren Anteile übernehmen. Damit können die deutschen Anteile deutlich höher ausfallen als der gesamte Bundeshaushalt. Gleichzeitig mit dem ESM wurde der sogenannte „Fiskalpakt“ geschlossen, der die Euro-Staaten zu mehr Haushaltsdisziplin anhalten soll.

Banken und Rückversicherer

Um das nötige Kapital für die Kredite aufzubringen, drückt die Europäische Zentralbank (EZB) laufend neues Geld, verleiht es an die Banken für weniger als 1% Zins – und diese geben damit den Krisen-Staaten Kredite zu mehr als 3% Zins. Das ist für die Banken ein lukratives Geschäft, noch dazu ein risikoloses, denn es gibt die „American Insurance Group“, eine Art Rückversicherung für Banken ge-



Foto: Günther Hartmann

gen Kreditausfall. Diese ist natürlich sehr daran interessiert, dass die Kredite tatsächlich zurückgezahlt werden, ebenso wie die Banken ohne Rückversicherung. Um das zu erreichen, werden Menschenrechte

weil die „Federal Reserve Bank“ große Mengen an Dollars drucken ließ. Deshalb gab es Bestrebungen, viele internationale Geschäfte mit dem Euro statt dem Dollar abzuwickeln. Das wäre für die USA eine

Die Gelder des ESM können nicht angetastet und die Unterlagen nicht eingesehen werden.

verletzt, z.B. das Recht auf Schutz vor Hunger, der wegen wachsender Arbeitslosigkeit, Rentenkürzungen und Einsparungen im Sozialsystem immer mehr um sich greift. Wenn alle Stricke reißen und trotzdem nicht zurückgezahlt wird, „rettet“ der ESM – genauer: der Steuerzahler! – die Banken und die „American Insurance Group“.

Sicher ist für die Euro-Krise auch die internationale Währungspolitik von großer Bedeutung. Denn der Dollar-Kurs drohte abzusacken,

wirtschaftliche Katastrophe gewesen. Sie wurde durch die Euro-Krise abgewendet.

Goldman Sachs als Strippenzieher

Hier spielt der US-amerikanische Finanzkonzern Goldman Sachs eine besondere Rolle. Er war es, der wesentlich zur Eurokrise beigetragen hat, indem er bei der Einführung des Euro die Schulden Griechenlands durch Tricks verschleiert hat. So wurde Griechenland Mit-

Spanien und die Eurokrise

Immobilientumor

Noch vor wenigen Jahren galt Spaniens Wirtschaft als kerngesund und vorbildlich, doch inzwischen steckt sie in einer tiefen Krise. Wie kam es dazu? Inwieweit ist die Einführung des Euro an diesem Niedergang schuld? Oder hat er andere Ursachen? Ein Aalener Wirtschaftswissenschaftler gibt auf diese Fragen erhellende Antworten, die vom wirtschaftspolitischen Mainstream abweichen.

Interview mit Prof. Dr. Christian Kreiß

ÖkologiePolitik: Herr Prof. Kreiß, nach Griechenland ist nun Spanien das wohl größte Sorgenkind in der Eurozone. Warum?

Prof. Christian Kreiß: Mit einer Arbeitslosenquote von über 25 % und einer Jugendarbeitslosigkeit von über 50 % ist es nun schon seit einigen Jahren trauriger Rekordhalter im Euroraum. Auch das Staatsdefizit ist erschreckend hoch und die spanischen Banken wackeln stärker als jene in den meisten anderen Euroländern.

Wie kam es dazu?

Noch 2009 galt Spanien wegen seines niedrigen Staatsdefizits und seiner strengen Bankenaufsicht als Musterschüler und Vorbild. Der Hauptgrund für den rasanten Abschwung liegt jedoch am übermäßigen Aufschwung der 10 bis 15 Jahre bis 2007, der maßgeblich durch den Beitritt zum Euro 1999 ausgelöst wurde. Die Übertreibungen werden nun schmerzlich abgebaut.

Woher kam der starke Aufschwung?

Die Aussicht auf den Eurobeitritt ließ in Spanien seit 1993 die Zinsen dramatisch sinken: Die kurzfristigen Zinsen sanken von über 14 % auf teilweise nur noch 2 %. Ökonomisch wirksam war der Euro bereits seit 1995, als die Einführung des Euros unmissver-

ständiglich beschlossen wurde und damit de facto die unwiderrufliche Festlegung der Wechselkurse erfolgte. Stellt man den niedrigen Zinsen die Inflationsraten gegenüber, so zeigt sich, dass Spanien von 1995 bis 2009 mit einer kumulierten Inflationsrate von 57 % weit über der des Euroraums von 28 % und insbesondere der deutschen von 12 % lag.

Der Hauptgrund für den rasanten Abschwung liegt im übermäßigen Aufschwung, der durch den Beitritt zum Euro ausgelöst wurde.

Je höher die Inflationsrate, desto niedriger der Realzins. Spanien hatte 14 Jahre lang deutlich niedrigere Realzinsen als die meisten Euroländer. Deutschland hatte die höchsten Realzinsen zu bezahlen, was zu geringen Investitionen, schwachem Wirtschaftswachstum, steigender Arbeitslosigkeit und sinkenden Reallöhnen führte. Die deutsche Volkswirtschaft war von 1995 bis 2005 die größte Verliererin der Euroeinführung. Spanien hatte die gegenteilige Entwicklung. Weil Kredite so billig waren, wurden plötzlich in nie gekanntem Ausmaß Häuser gebaut – mehr als in Deutschland, Frankreich und Italien zusammen, dabei war deren Wirtschaftskraft

etwa 6-mal so groß und die Bevölkerung mehr als 4-mal so groß wie die Spaniens.

Eine Überproduktion?

Ja, es wurden sehr viel mehr Häuser gebaut als gebraucht wurden. Heute stehen knapp 2 Mio. Wohnungen in Spanien leer. Die Zahl der fertiggestellten Wohnungen lag allein zwischen 2003 und

2006 um etwa 1,2 Mio. höher als die potenzielle Nachfrage. Aber zunächst einmal schien das ökonomisch gesehen eine großartige Sache für das ganze Land zu sein: Die boomende Bauwirtschaft sorgte für ein hohes Wirtschaftswachstum, die Löhne stiegen und die Arbeitslosigkeit fiel von etwa 20 % Anfang der 1990er-Jahre auf 8 % im Jahr 2007. Doch das starke Wachstum kam größtenteils aus Kapitalzuflüssen aus dem Ausland. Es entstand ein Leistungsbilanzdefizit, das immer größer wurde. Eine durchschnittliche spanische Familie, die z.B. 1.000 Euro Einnahmen pro Monat hatte, gab 1.100 Euro pro Monat aus. Die Differenz



Prof. Dr. Christian Kreiß, Jahrgang 1962, studierte Volkswirtschaft und promovierte über die Große Depression 1929–1932. Anschließend war er beruflich neun Jahre in verschiedenen Geschäftsbanken tätig, davon sieben Jahre als Investmentbanker. Seit 2002 lehrt er als Professor an der Hochschule für Wirtschaft und Technik in Aalen Finanzierung und Wirtschaftspolitik. Im März 2013 wurde die von ihm mitverfasste Studie „Geplante Obsoleszenz“ im Deutschen Bundestag vorgestellt. Im Juli 2013 erschien sein Buch „Profitwahn – Warum sich eine menschengerechtere Wirtschaft lohnt“.

www.menschengerechtere-wirtschaft.de

kam von Krediten aus dem Ausland. Entsprechend stark stieg die Verschuldung der spanischen Privathaushalte von etwa 50 % des verfügbaren Jahreseinkommens im Jahr 1995 auf etwa 130 % im Jahr 2006. Das kann nur so lange gut gehen, bis der Schuldenberg, der angehäuft wird, so groß ist, dass die Zinslast daraus kaum mehr zu bedienen ist und die Kreditgeber deshalb nicht mehr mitmachen. Dies geschah ab Sommer 2007 mit der einsetzenden internationalen Finanzkrise.

Und das sah niemand voraus? Die Politik wollte es nicht wahrhaben und sah weg, solange es ging. Aber man kann ihr nicht die Alleinschuld geben. Die große

fundamentale Fehlprognosen – auch in Deutschland. Doch bislang gab es keine Konsequenzen. Trotz völlig inkompetenter Aussagen wurde keinem Professor der Volks-

Weil Kredite so billig waren, wurden in nie gekanntem Ausmaß Häuser gebaut – mehr als in Deutschland, Frankreich und Italien zusammen.

Mehrheit der wissenschaftlichen Mainstream-Ökonomen und viele Bank-Analysten lieferten ihr grundlegend falsche Analysen und Theorien: Sie waren in der Einschätzung der Situation blind und machten

wirtschaftslehre oder etwa einem der „Fünf Weisen“ ein Rücktritt oder eine Umschulung nahegelegt. Was würde man mit einem Mathematik-Lehrer machen, bei dem sich herausstellt, dass seine Rechnungen



Menschenleere Geisterstadt in Spanien – Ausschnitt aus dem Film „Staatsgeheimnis Bankenrettung“, ausgezeichnet mit dem Deutschen Fernsehpreis 2013 für die beste Reportage: <http://future.arte.tv/de/thema/bankenrettung-wer-profitiert>

während der letzten drei Jahre fast alle falsch waren und er die Schüler auf falsche Wege geführt hat?

Sie sagen „fast“. Wer sah es denn voraus?

Außenseiter wie Helmut Creutz haben seit Langem auf Denkfehler der gängigen Volkswirtschaftslehre und strukturelle Fehlentwicklungen im Ökonomiesystem hingewiesen, wurden und werden jedoch von den sich recht hochmütig verhaltenden Anhängern der gängigen Ökonomielehre nicht ernst genommen. Solange die von ihm und anderen angesprochenen Denk- und daher auch Konstruktionsfehler nicht grundlegend angegangen werden, ist keine nachhaltige Lösung der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise zu erwarten.

Warum werden kritische Stimmen nicht wahrgenommen?

Wenn es so gut läuft, ist es einfach zu schön, als dass man kritisch nachfragen wollte. Alle freuen sich: die spanischen Häuslebauer, die spanischen Nicht-mehr-Arbeitslosen, die Regierung, deren Steuereinnahmen sprudeln, aber auch die Kreditgeber im Ausland.

Ist das Kernproblem Spaniens also die hohe Verschuldung?

Es ist vor allem die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit. Die Löhne stiegen im letzten Jahrzehnt viel stärker als die Produktivität der arbeitenden Bevölkerung. Dadurch nahmen die Lohnstückkosten weit stärker zu als in den meisten anderen Ländern der Eurozone. Das führte dazu, dass die in Spanien hergestellten Güter und Dienstleistungen im Vergleich mit den anderen Euroländern immer teurer wurden und kaum mehr verkaufbar waren. So kam das hohe Leistungsbilanzdefizit zustande: Spanien wurde wegen seiner im Vergleich zu anderen Euroländern zu hohen

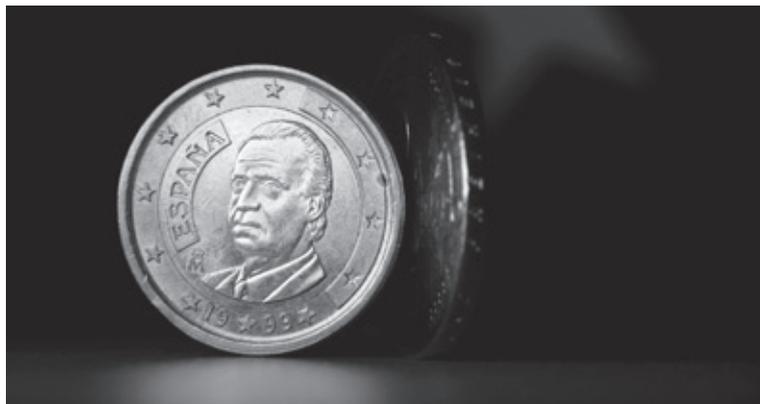


Foto: luppo/pixelfo.de

Lohnstückkosten immer weniger wettbewerbsfähig, konnte immer weniger exportieren und musste immer mehr importieren – auf Kredit aus dem Ausland. Die eigene Produktivität, die eigene Wirtschaftskraft reichte für den üblich gewordenen Lebensstandard nicht aus. Das trifft übrigens auch auf eine Reihe anderer Euroländer zu: auf Griechenland, Portugal, Irland und Italien.

Wie hängt das mit dem Euro zusammen?

Ohne Euro hätte die spanische Notenbank in der Zeit vor 2007

die extrem niedrigen Zinsen die Zügel schießen und so haben sich die krebstartigen Wucherungen in der Ökonomie gebildet. Man hat den Rausch genossen und ständig weiter verstärkt, statt zu bremsen oder aufzuwachen, und lebte in der Illusion ständig wachsenden Wohllebens.

Wie wird es weitergehen?

Der Bereinigungsprozess ist noch nicht abgeschlossen. Die Kreditausfälle befinden sich weiterhin auf hohem Niveau. Aufgrund viel zu vieler leer stehender Wohn- und Gewerbebauten wird es auch in Zukunft erhebliche Kreditausfälle

Spanien konnte wegen seiner hohen Lohnstückkosten immer weniger exportieren und musste immer mehr importieren – auf Kredit.

die Zinsen anheben und damit die Überhitzung am Immobilienmarkt und in der gesamten Wirtschaft stoppen können. Bei Einsetzen der Krise hätte sich die Peseta abwerten können, wie es in der Vergangenheit häufig der Fall war. Durch eine solche Abwertung wären die spanischen Produkte im Ausland wieder preislich wettbewerbsfähig geworden. Stattdessen ließ man der Entwicklung ungebremst und verantwortungslos viel zu lange über

geben, was die Neukreditvergabe der Banken und damit potenzielles Wirtschaftswachstum in den kommenden Jahren hemmen wird. Die Wirtschaftskrise in Spanien dürfte daher noch einige Jahre anhalten – mit hoch bleibender oder ansteigender Arbeitslosigkeit und vermutlich starken sozialen Unruhen. Da die Löhne im Vergleich zu anderen Euroländern um etwa 20 bis 30% zu hoch sind, müssen sie um diesen Betrag sinken, damit Spani-

en wieder wettbewerbsfähig wird. Während dieses Prozesses sinkender Löhne wird die Kaufkraft im Land zurückgehen und damit die Inlandsnachfrage für die spanische Volkswirtschaft fehlen.

Wäre es für Spanien besser, aus dem Euro auszutreten?

Das ist schwer zu sagen. Eine Inanspruchnahme des finanziellen „Rettungsschirms“ der Euroländer und des IWF würde keine Probleme lösen, sondern bestenfalls Zeit für den Anpassungsprozess verschaffen, denn dieses Geld kommt vor allem den vermögenden Haushalten im In- und Ausland zugute und nur zum geringsten Teil der

ebenfalls eine Staatsschulden- und Bankenkrise.

Hat der Euro eine Zukunft? Hat Europa eine Zukunft?

Es dürften die nächsten zehn Jahre unruhige Zeiten ins Haus stehen. Die falschen Anreizsysteme durch die falsche Zinsstruktur zwischen den beteiligten Ländern, die der Euro gebracht hat – über seine Verhältnisse leben in den Peripherieländern, starke Lohnzurückhaltung in Deutschland –, haben allen geschadet. In den kommenden Jahren dürften starke Nationalismen aufleben und Kontinentaleuropa schwächer und uneiniger dastehen als zuvor. Die kommende Wirt-

Der „Rettungsschirm“ der Euroländer und des IWF kommt vor allem den vermögenden Haushalten im In- und Ausland zugute.

spanischen Volkswirtschaft und Bevölkerung. Angesichts der bevorstehenden schmerzhaften und langwierigen Anpassungskrise mit schwacher Wirtschaftsentwicklung, hoher Arbeitslosigkeit und sozialen Spannungen könnten spanische Politiker daher tatsächlich versucht sein, einen weniger schmerzhaften Weg zu gehen: den Austritt aus dem Euro und die Wiedereinführung der Peseta. Eine Währungsabschwächung könnte die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der spanischen Wirtschaft sofort wiederherstellen, dadurch die Exporte fördern und Importe durch mehr heimische Produktion ersetzen. Allerdings wäre der Preis hoch: steigende Inflation sowie eine Staatsschulden- und Bankenkrise. Die Alternative bei einem Verbleib im Euroraum: jahrelange wirtschaftliche Stagnation oder Schrumpfung, weiter hohe oder steigende Arbeitslosigkeit und

schafts- und Sozialkrise dürfte große soziale und politische Unruhen hervorrufen – falls nicht an die Wurzel gehende Maßnahmen ergriffen werden.

Was für Maßnahmen schlagen Sie vor?

Das eigentliche Problem ist die starke Ungleichverteilung. Mit dem Zurückgehen der Einkommen sinkt die Nachfrage. Das Geld wird derzeit nicht ausgegeben, es zirkuliert nicht, sondern gerinnt an der Spitze der Einkommens- bzw. Vermögenspyramide. Würde man jetzt Vermögenssteuern und umlaufgesichertes Parallel-Geld einführen, dürften sich die Konjunkturprobleme in Spanien und auch in Griechenland – ähnlich wie 1932 bis 1933 in Wörgl – sehr schnell lösen.

Wie hoch sollte die Vermögenssteuer sein?

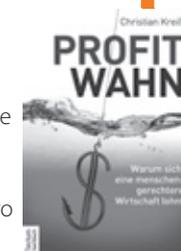
Eine Vermögenssteuer auf Großbesitz an Grund und Boden

BUCHTIPP

Christian Kreiß

Profitwahn

Warum sich eine menschengerechtere Wirtschaft lohnt
Tectum, Juli 2013
200 Seiten, 17,95 Euro
978-3-8288-3159-9



inklusive Immobilien sowie Unternehmenseigentum von 3% des aktuellen Marktwerts – nach Abzug eines Freibetrags von beispielsweise 500.000 Euro, um Kleinbesitzer zu schonen – würde erhebliche Finanzströme in die öffentlichen Kassen lenken. Das Staatsdefizit könnte deutlich sinken und es würden sich politische Handlungsspielräume eröffnen, um die Konjunktur zu stärken. Das Argument der Steuerflucht zieht bei Immobilienbesitz nicht: Boden kann nicht in Steueroasen fliehen. Was das Eigentum an Unternehmen angeht, könnte man eine Quellensteuer auf Aktien- und Anteilsbesitz, die direkt bei den im Lande befindlichen Unternehmen ansetzt, andenken. Dadurch könnte man Steuerflucht ebenfalls weitgehend ausschalten.

Wie hängt die Vermögenssteuer mit der Konjunktur zusammen?

Zum einen würde das Horten von Vermögen unattraktiver, zum anderen könnte der Staat die Abgaben und Steuern auf Arbeit senken, wodurch wiederum die Lohnkosten sinken und die Wettbewerbsfähigkeit steigen würde. Im Gegenzug müssten aber in Deutschland in den kommenden Jahren die Löhne und die Preise stärker steigen als in den anderen Ländern der Eurozone.

Herr Prof. Kreiß, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■

Korrektur der Reich-Arm-Schere

Mehr Gerechtigkeit durch Vermögenssteuer?

Ein Grund für die Euro-Krise ist die zunehmende Ungleichverteilung der Einkommen und Vermögen. Dadurch funktionieren die Wirtschaftskreisläufe nicht mehr richtig, denn statt zu zirkulieren, wird das Geld gehortet und spekulativ angelegt. Es drohen aber auch soziale Spaltungen. Doch wie lässt sich die zunehmende Ungleichverteilung am besten korrigieren?

von Philipp Dull

Vom deutschen Gesamtvermögen besaß im Jahr 2007 das reichste Prozent der Bevölkerung 23 %, das reichste Zehntel 61 %, die ärmste Hälfte 1,6 %. Aufgrund ihres geringen Nettover-

einmal als Substanzsteuer, die die Substanz, also das Nettovermögen, besteuert. Die Erträge, also aus der Substanz erwirtschaftete „Gewinne“, bleiben dabei unberührt. Die Vermögenssteuer würde dabei

Ertrag. Erst wenn er Früchte erntet, ist für den Besitzer ein Vermögenszuwachs entstanden. Eine Substanzsteuer würde nun den Baum versteuern, unabhängig von den gezogenen Früchten. Die Ertragssteuer dagegen würde eine Abgabe von Früchten fordern und lässt den Baum, der allein keine Vorteile bietet, außer Acht.

Frühere Vermögenssteuer war verfassungswidrig

Es sprechen allerdings noch weitere Argumente gegen die Einführung einer Vermögenssteuer, denn nicht ohne Grund hat das Bundesverfassungsgericht am 22. Juni 1995 die Erhebung dieser Steuer für verfassungswidrig erklärt. In seiner Be-

als Substanzsteuer fungieren. Solche Substanzsteuern sind jedoch äußerst umstritten, da das reine Vermögen einer Person keine relevanten geldwerten Vorteile mit sich bringt. Versteuert man nun diese Substanz, so wird der Besteuer-

mögens ist die Hälfte der Deutschen auf ihr monatliches Einkommen angewiesen, während die Vermögen des reichsten Zehntels so groß sind, dass zum Leben allein dessen Zinsen und Zinseszinsen ausreichen. Politische Parteien wie die Linke und die SPD, aber auch Gewerkschaften wie ver.di fordern deshalb seit vielen Jahren die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer zur gerechteren Vermögensverteilung in Deutschland.

Den Ertrag oder die Substanz besteuern?

Eine Besteuerung kann grundsätzlich auf zwei Arten erfolgen: einmal als Ertragssteuer, bei der die Erträge (z.B. Zinsen) aus dem Vermögen besteuert werden, und

te eventuell schlechter gestellt, als wenn er dieses Vermögen nicht besitzen würde.

Das lässt sich am Beispiel eines Apfelbaums verdeutlichen: Besitzt jemand einen, so hat er zwar Vermögen, aber daraus noch keinen

gründung hieß es, dass bei einer Vermögenssteuer immer zunächst der Vermögenswert zu bestimmen ist (um diesen dann zu besteuern), dieser aber bei verschiedenen Vermögensarten unterschiedlich definiert wurde. So wurden bei-

spielsweise für Immobilien oft historische Werte (z. B. Anschaffungspreis, Renovierungskosten) zur Bewertung herangezogen, während Wertpapiere, wie Aktien, zum aktuellen Kurs bewertet wurden.

Möchte man heute die Vermögenssteuer wiedereinführen, so müsste sichergestellt sein, dass jedes Vermögen mit einem gerechten (z. B. aktuellen) Wert versehen wird, was an die bürokratischen und logistischen Grenzen des deutschen Staates stößt. Schätzungen zufolge würde das bei der Erhebung 3,8 Mrd. der insgesamt 11,5 Mrd. Euro an Kosten verursachen. Ein weiteres nennenswertes Problem der Vermögenssteuer ist, dass nicht sichergestellt werden kann, dass keine Umwälzung der Kosten stattfindet, wie beispielsweise die Grundsteuer in die Miete eingepreist und so übertragen wird.

Korrektur der Abgeltungssteuer wäre sinnvoller

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, höhere Steuern von den Reichen zu erheben. Zum einen könnte

Wer durch Arbeit 100.000 Euro verdient, muss 34.000 Euro Steuern zahlen, wer den gleichen Betrag an Zinsen erhält, nur 25.000 Euro.

man den Spitzensteuersatz für Einkommen erhöhen. Zum anderen könnte man über Erhöhungen bei Erbschaftssteuer, Grundsteuer oder Kapitalertragssteuer nachdenken. Die meisten Menschen stören sich weniger daran, dass es Menschen mit großem Vermögen gibt, sondern vor allem daran, dass diese sich auf ihrem „Geldspeicher“ ausruhen und von den Zinsen leben.

Das Problem wurde im Jahr 2009 verschärft, als die Große Koalition

Verteilung des Nettovermögens in Deutschland* im Jahr 2007



*Personen in privaten HH ab 17 Jahre. Anteil am Gesamtvermögen in Prozent.
Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin, 2009

aus Union und SPD die Kapitalertragssteuer durch die Abgeltungssteuer in Höhe von 25 % einführt: Wer durch Arbeit 100.000 Euro verdient, muss seither 34.000 Euro Steuern zahlen, wer aus einem Millionenvermögen den gleichen Betrag an Zinsen erhält, nur 25.000 Euro. Das Problem ließe sich lösen, indem

Berechtigung gibt, Vermögen zu besitzen. Eine Vermögenssteuer käme hierbei einer stückweisen Enteignung gleich, die moralisch und verfassungsrechtlich auch nicht ganz einwandfrei wäre. Durch die verstärkte Besteuerung der Kapitalerträge wäre hingegen ein großer Schritt in Richtung Steuergerechtigkeit getan. Dies scheint – zumindest vorläufig – eine gangbare Lösung für mehr Steuergerechtigkeit zu sein. ■

Philipp Dull, Jahrgang 1990, studiert derzeit für das gymnasiale Lehramt mit den Fächern Mathematik und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Bayreuth. In die ÖDP trat er 2012 ein. Er ist Mitglied im Kreisvorstand der ÖDP Bayreuth und im Bundesarbeitskreis „Wirtschaft und Finanzen“.

philipp.dull@oedp.de

Leistungsbilanzen als Krisenursache

Exportmaschine Deutschland

Beim Thema „Eurokrise“ gibt es drei Schlagworte: Leistungsbilanzkrise, Bankenkrise und Staatsschuldenkrise. Immer geht es dabei um Schulden. Banken werden „gerettet“, Staatshaushalte „geschrumpft“. Die Leistungsbilanzkrise wird dagegen kaum beachtet – zumindest in Deutschland –, dabei ist sie von zentraler Bedeutung.

von Robbert Maris

Was ist Geld? Die Frage ist heute fast einfacher zu beantworten als früher. Früher hatte Geld (= Münzen) überwiegend einen realen Wert. Später war das (Papier-)Geld durch Goldvorräte gedeckt. Heute spricht man von „Fiatgeld“. „Fiat“ kommt von Vertrauen, also funktioniert

„Kreditgeld“ bezeichnen. Es kann genauso wie ein Schuldschein weitergereicht werden.

Hohe Schulden sind hohe Guthaben anderswo

Aber jeder vernünftige und vorsichtige Mensch würde darauf achten, dass sein Nachbar sich nicht über-

von anderen (bzw. von uns selbst, wenn wir netto verschuldet sind). Nun stellt sich die Frage: Will man Schuldscheine aufbewahren (= sparen) oder die Schuldner „entlasten“ in Form eines tatsächlichen Kaufs von Gegenleistungen? Auf die Leistungsbilanzkrise angewandt lässt sich fragen: Sollte Deutschland unbekümmert weiter eine Vermehrung seiner kumulierten Handelsüberschüsse gutheißen oder anstreben? Als die USA im vergangenen November Deutschlands ständige Überschüsse kritisierten, gab es viele Zeitungskommentare, die Unverständnis zum Ausdruck brachten. Wenn das Ausland unsere Produkte „Made in Germany“ so gerne haben will, muss man nicht über diesen Überschuss meckern, so der Tenor.

Wer viel exportiert, muss auch viel importieren

Allerdings ist jeder Verkauf ins Ausland, der den Handelsbilanzüberschuss ansteigen lässt, – vereinfacht gesagt – mit deutschem Geld finanziert (vgl. obiges Beispiel mit dem Nachbarn). Man spricht von Kapitalexport. Die Gesamtsumme, die akkumuliert ist, entspricht in etwa dem gesamten Kapitalexport. Für Deutschland sind das annähernd 2 Billionen Euro. Davon gingen seit Anfang der Krise rund 600 Mrd. Euro verloren. Was käme auf den

Steuerzahler zu, wenn Exportkreditgarantien fällig werden? „Zur Absicherung der mit Exportgeschäften verbundenen wirtschaftlichen und politischen Risiken des Zahlungsausfalls können Exportkreditgarantien (Ausfuhrleistungsgarantien)

eigene tolle Produktivität könnte entweder dazu verwendet werden, weniger zu arbeiten, oder dazu, Waren auf Kredit zu verkaufen. Aber was ist, wenn die eigenen Angehörigen (= Steuerzahler) irgendwann nicht einsehen, warum sie das Aus-

In einer Währungsunion müssen Verbesserungen in der Produktivität zu höheren Löhnen führen, sonst entstehen Handelsungleichgewichte.

des Bundes zur Förderung des deutschen Exports in Anspruch genommen werden“, heißt es dazu auf dem staatlichen Onlineportal www.foerderdatenbank.de.

Angewandt auf das Beispiel mit dem Nachbarn bedeutet dies: Die

fallrisiko mittragen sollen? Dann kommt man nicht darum herum, genügend Waren einzukaufen (= Importe). Daran hakt es aber in Deutschland. Das liegt unter anderem auch daran, dass zu viele Menschen zu wenig Geld verdienen, um ordentlich leben zu können. Wenn die ÖDP 11 Euro Mindestlohn fordert, so ist dies ein wichtiger Baustein, um unsere Handelsüberschüsse abzubauen – und damit die Eurokrise zu entschärfen.

Hohe Produktivität erfordert hohes Lohnniveau

Ein weiterer wichtiger Aspekt: Wechselkurse. Sie wirken normalerweise so, dass Handelsüberschüsse vermindert werden, indem die Währung von exporterfolgreichen Staaten aufgewertet wird. Mit der DM würde Deutschland auf Dauer nicht so viel exportieren können, weil unsere Waren im Ausland teurer würden. Gleichzeitig aber würde die ganze Gesellschaft davon profitieren, weil für alle Bürger importierte Waren billiger werden. Der Euro ist also ein gutes Projekt, aber bislang einseitig für die deutsche Exportwirtschaft, nicht für die Gesellschaft als Ganzes.

Es gibt grob zwei Möglichkeiten, die ungute Situation zu ändern: Entweder wir führen wieder einzel-

BUCHTIPP

Thomas Strobl
Ohne Schulden läuft nichts
Warum uns Sparsamkeit nicht reicher, sondern ärmer macht
DTV, 2010
272 Seiten, 14,90 Euro
978-3-423-24831-0



Der Euro ist ein gutes Projekt, aber bislang einseitig für die deutsche Exportwirtschaft, nicht für die Gesellschaft als Ganzes.

Geld nur unter der Annahme, dass Menschen das Vertrauen haben, dass man für sein Geld immer einen Gegenwert kaufen kann.

Fiatgeld ist faktisch nichts anderes als Schuldscheine, die man überall garantiert eintauschen kann. Beispielsweise könnte jemand, der seinem Nachbarn eine Leistung erbringt, einen Schuldschein erhalten, wenn der Nachbar seine Gegenleistung nicht sofort erbringen kann. Ein Schuldschein ist eine Forderung auf eine spätere Gegenleistung. Es entsteht also etwas Neues. Und genau das ist es, was heute in der Geldwirtschaft auch geschieht: Banken dürfen Geld schöpfen (mit Einschränkungen, die zu erläutern den Rahmen dieses Artikels sprengen würde), und das kann man als

mäßig auf Schuldschein Leistungen erbringen lässt, denn es besteht ja ein Ausfallrisiko. Und so verhält es sich auch bei den Banken. Heute sind etwa 3% des Geldes „echtes Geld“ von der Zentralbank. Der Rest ist „Kreditgeld“. Das ist bedeutsam, denn egal, wie man das „echte Geld“ einordnet: Der allergrößte Teil basiert auf dem Gegensatzpaar „Forderung/Schuld“ – ähnlich wie z.B. der Atomkern eine positive und negative Ladung gleicher Größe hat. Das bedeutet aber: In der gesamten Wirtschaft ist die Summe aller Guthaben (= Geldguthaben + Forderungen) mindestens so groß wie die Summe aller Schulden.

Das Geld, das wir auf unseren Konten haben, besteht also im Wesentlichen aus Schuldscheinen

ne Währungen ein. Oder wir beherzigen Regeln in einer Währungsunion. Und hier ist auch Deutschland gefordert. Nicht weil wir 2003 (mit Frankreich) als erste Nation die Maastricht-Kriterien verletzt haben, sondern weil wir eine der zentralen Regeln für das Funktionieren nicht beachtet haben: In einer Währungsunion dürfen Verbesserungen in der Produktivität zwar etwas die Preise verringern, müssen aber vor allem zu höheren Löhnen führen, weil sonst dauerhaft Handelsungleichgewichte entstehen. Und wie war die tatsächliche Reallohnentwicklung in Deutschland? Zwischen 2000 und 2008: –0,8%! Das Fazit daraus: Deutschland sollte vorsichtig sein, einseitig den Peripherieländern Anpassungen abzuverlangen. ■

Robbert Maris,
Jahrgang 1961, studierte Elektrotechnik und übt anschließend diverse Tätigkeiten als Entwicklungsingenieur aus, seit 2009 freiberuflich. In die ÖDP trat er 1998 ein und war von 2012 bis 2013 Beisitzer im Vorstand ihres Landesverbands Nordrhein-Westfalen.



maris.rob@ingenieur.de

ONLINETIPPS

Markus Diem Meier
Das Einmaleins der schädlichen Exportüberschüsse
Finanz und Wirtschaft, 06.11.2013
www.fuw.ch → Suche:
Das Einmaleins der schädlichen ...

Patrick Welter
Der Mythos vom Exportweltmeister
FAZ, 07.07.2013
www.faz.net → Suche: Der
Mythos vom Exportweltmeister

Interview mit Sonja Ablinger
„Gegen Fiskalpakt, für ESM“
ORF FM4, 03.07.2013
<http://fm4.orf.at> → Suche:
Gegen Fiskalpakt, für ESM

Interview mit Jürgen Stark
„Wir haben die Währungsunion zu rasch erweitert“
Deutschlandradio, 13.04.2013
www.deutschlandradiokultur.de →
Suche: Wir haben die ...

Europäische Mindestlöhne im Vergleich

11 Euro/Stunde sind nicht zu viel

Wahrscheinlich kommt nun in Deutschland endlich ein gesetzlicher Mindestlohn. 8,50 Euro/Stunde soll er hoch sein. Gegner warten mit diversen Vergleichszahlen aus Europa auf und malen Untergangsszenarien. Medien und Wirtschaftsinstitute stellen die vielschichtige Thematik meist nur sehr unqualifiziert dar.

von Dr. Klaus Klumpers

Ein gesetzlich festgelegter Mindestlohn ist nach Überzeugung der ÖDP kein Eingriff in die Tarifautonomie und keine Frage der Arbeitsbewertung. Mit der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns erfüllt der Gesetzgeber lediglich einen Auftrag unseres Grundgesetzes, denn Artikel 1 Absatz 1 lautet: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Es ist würdelos und deshalb mit diesem Grundgesetzartikel nicht vereinbar, wenn in Deutschland Menschen andere Menschen in Vollzeit für sich

Die ÖDP-Forderung geht aber noch einen Schritt weiter: Auch der mit einer Vollzeitarbeit in 45 Jahren erworbene Rentenanspruch muss ein Leben oberhalb der Armutsgrenze sichern, denn nur dann wurde mit der Vollzeitstellungsstelle ein wirtschaftlich bis ans Lebensende existenzsicherndes Einkommen vom Arbeitnehmer selbst erwirtschaftet.

Höhere Mindestlöhne in Frankreich

In Frankreich ist ein gesetzlicher Mindestlohn von 9,43 Euro/Stunde vorgeschrieben. In Italien werden Mindestlöhne branchenspezifisch

lernte Arbeitskräfte bei mindestens 8,42 Euro/Stunde brutto.

In Frankreich erhält jeder zusätzlich eine gesetzlich festgelegte Prämie (Investivlohn) auf seinen Lohn von durchschnittlich 12,5%, in Italien ein 13. Monatsgehalt. Beides ist bei einem Vergleich mit Deutschland auf den Mindeststundenlohn aufzuschlagen. Zu beachten ist aber jeweils auch die Höhe der gesetzlichen Abgaben. Der von der ÖDP geforderte Mindestlohn von 11 Euro/Stunde würde dem Arbeitnehmer die Kaufkraft von 7,63 Euro verschaffen – weniger als in Frankreich mit 7,84 Euro/Stunde und etwas mehr als in Italien mit 6,42 Euro/Stunde. Die Zahlen zeigen deutlich, dass die SPD-Mindestlohn-Forderung – man sollte es besser „SPD-Lohnverzicht“ nennen! – mit der Mindestkaufkraft von 6,29 Euro/Stunde der „untersten Schublade“ zuzuordnen ist.

Was die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft betrifft – gewisse Kreise prophezeien ja einen dramatischen Arbeitsplatzverlust durch den Mindestlohn –, so sind die Lohnkosten entscheidend, also der Bruttolohn des Arbeitnehmers plus die gesetzlichen Abgaben des

Der Mindestlohn muss bei einer Vollzeitstellungsstelle in seiner Netto-Auszahlungs-Summe mindestens das sogenannte „Existenzminimum“ erreichen.

arbeiten lassen, ohne dass diese davon ein selbstbestimmtes, von staatlicher Sozialhilfe befreites und bevormundetes Leben führen können.

Dieser Mindestlohn muss bei einer Vollzeitstellungsstelle in seiner Jahres-Netto-Auszahlungs-Summe deshalb mindestens das sogenannte „Existenzminimum“ erreichen.

durch Tarifverträge festgelegt. Sie gelten flächendeckend – anders als in Deutschland – für alle Arbeitnehmer in der Branche, unabhängig davon, ob ihr Arbeitgeber dem Tarifvertrag beigetreten ist oder nicht. Somit hat in Italien jeder Arbeitnehmer einen tariflichen Mindestlohn-Anspruch. Der liegt für unge-

Staat	Mindestlohn	Prämie bzw. 13. Gehalt	Arbeitnehmer-abgabenquote	Kaufkraft-Index	Kaufkraft	Arbeitgeber-abgabenquote	Mindest-lohncosten
	Euro/Stunde	%	%	%	Euro/Stunde	%	Euro/Stunde
Frankreich	9,43	12,50	21,93	9,10	7,84	45,90	15,46
Italien	8,42	8,50	26,50	4,50	6,42	36,60	11,50
Deutschland	bisher keinen						
SPD-Forderung	8,50	0,00	24,70	1,80	6,29	19,45	10,15
ÖDP-Forderung	11,00	0,00	29,35	1,80	7,63	19,45	13,14

Arbeitgebers. Und siehe da: Die ÖDP-Forderung von 11 Euro/Stunde bedeutet zwar Lohnkosten von 13,14 Euro/Stunde, doch die sind deutlich niedriger als in Frankreich mit 15,46 Euro/Stunde und etwas höher als in Italien mit 11,50 Euro/Stunde. Das Schreckgespenst eines Wegbrechens ausbeuterischer Arbeitsplätze darf nicht als Gegenargument herhalten. Akzeptierte man dies, dann müsste auch das Verbot von Kinderarbeit schnell wieder abgeschafft werden, denn auch das hat seinerzeit Arbeitsplätze vernichtet.

Schattenwirtschaft unterhöhlt den Sozialstaat

Es ist blanker Zynismus, wenn z.B. der Thüringische Hotel- und Gast-

deshalb die höheren Löhne allein durch sinkende Gewinne kompensieren. Steuerflüchtlinge wie Franz Beckenbauer, die zynisch behaupten, man könne nicht von Sklaven-

seiner Gewissensberuhigung vielleicht ein „üppiges Trinkgeld“, leistete damit aber einen Beitrag zum Steuer- und Sozialversicherungsbeitrag, denn diese Einnahmen wur-

Akzeptiert man das Schreckgespenst eines Wegbrechens ausbeuterischer Arbeitsplätze, müsste man auch das Verbot von Kinderarbeit abschaffen.

arbeit reden, solange die Arbeiter nicht in Ketten arbeiten müssen, haben kein Gespür für soziale Verantwortung – und sollten deshalb Deutschland auch nicht in der Sport-Welt vertreten dürfen.

Wer als Kneipen- und Hotelgast bei steigenden Preisen sein Konsumverhalten ändert, muss sich be-

den nie offiziell deklariert und deshalb auch nicht wie bei einem regulären Einkommen Steuern und Sozialabgaben davon abgeführt. ■

Die ÖDP-Forderung von 11 Euro/Stunde bedeutet Lohnkosten von 13,14 Euro/Stunde, deutlich weniger als in Frankreich mit 15,46 Euro/Stunde.

stättenverband davor warnt, dass bei Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns die Restaurant- und Hotelbesuche teurer würden. Selbstverständlich müssen sie teurer werden, es sei denn, die Betriebsinhaber hätten sich bisher goldene Nasen durch Ausbeutung ihrer Mitarbeiter verdient und könnten

wusst sein, dass er sich offensichtlich bisher „pudelwohl“ gefühlt hat, obwohl die freundlichen Bedienungen und fleißigen Küchenhilfen vermutlich ihren Lohn mit staatlicher Sozialhilfe aufstocken mussten und der Altersarmut anheimfallen. Wer dieses Lohnniveau bisher schon unanständig fand, gab zu

Klaus J. Klumpers, Jahrgang 1944, studierte Elektrotechnik, promovierte und war dann als Geschäftsführer in zwei mittelständischen Unternehmen sowie als Dozent an der TU München tätig. Seit 2009 bezieht er Altersrente und arbeitet als freiberuflicher Unternehmens-, Gründungs- und Energieberater. In die ÖDP trat er 2005 ein, ist seit 2006 Zweiter Vorsitzender des KV Coburg-Kronach, seit 2008 Stadtrat in Coburg und seit Mai 2013 Erster Vorsitzender des Bezirks Oberfranken. Zudem ist er Mitglied im BAK „Wirtschaft und Finanzen“.



klumpers@oedp.de

Geplantes Freihandelsabkommen mit den USA

Globale Konzernherrschaft statt autonomer Staaten?

Die Türen sind verschlossen, wenn die EU-Kommission mit der US-Regierung über gentechnisch veränderte Lebensmittel und andere heikle Themen verhandelt. Es geht um ein „Freihandelsabkommen“, wobei der Begriff schon irreführend ist, denn deutsche und europäische Gerichte sollen Freiheit und Macht einbüßen, damit die US-Industrie ihre Interessen besser durchsetzen kann.

von Gerd Zeitler

Wenn mit dem Begriff „Freihandel“ geworben wird, sollte man hellhörig sein. Er ist der bevorzugte Euphemismus, wenn weitere Schritte zur „Befreiung“ wirtschaftlicher Akteure von Regulierungen geplant sind. Die indoktrinierende Wirkung des Begriffs ist wohl kalkuliert. Er klingt so, als sei er Teil der bürgerlichen Freiheiten, aber das Gegenteil ist der Fall.

Aktuell stehen die Verhandlungen über eine „Transatlantic Trade and Investment Partnership“ (TTIP) zwischen der EU und den USA an – ein Vorstoß transatlanti-

der demokratischen Kontrolle, der abhängig Beschäftigten und der Umwelt verschieben. Im Mittelpunkt steht diesmal nicht so sehr der Abbau der wenigen verbliebenen Zölle, vielmehr sollen die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Standards – sogenannte „nicht-tarifäre Handelshemmnisse“ – geschliffen werden, die sich der Deregulierung bisher widersetzt haben.

Die Absichten der Exportindustrie sind bekannt. Seit Jahren versucht sie, diese in internationalen Abkommen zu verankern. Im vereinten Filz mit den Regierungen ist

anschließend ins Leere laufen zu lassen. Die von den Apologeten in Aussicht gestellten Wachstumsschübe und Arbeitsplätze – 180.000 allein in Deutschland – dienen derweil als Nebelkerzen.

Kritikpunkt 1: Konzerne gewinnen an Macht

Der Verdrängungswettbewerb wird sich verschärfen und den Konzentrationsprozess von Macht und Kapital in der Wirtschaft einschließlich der Gefahr von Monopolen beschleunigen, vor allem um Kostenvorteile durch höhere Stückzahlen (Skalenerträge) zu erzielen, die den erforderlichen Spielraum für die Preisgestaltung schaffen. Zugleich wird der Standortwettbewerb zunehmen und die Nationalstaaten zwingen, Steuern und Auflagen für Unternehmen abzubauen, um möglichst viele Arbeitsplätze zu sichern. Eine schrumpfende Zahl immer größerer Konzerne und Konglomerate wird um globale Marktanteile kämpfen, zulasten ihrer geknebelten Zulieferer und zum Nachteil der politischen Gestaltung, des demokratischen Einflusses und der gewachsenen regionalen Strukturen.

auch diesmal für die Verhandlungen wieder Geheimhaltung vereinbart worden. Noch skandalöser ist, dass Berater und Lobbyisten der Exportindustrie exklusiven Zugang zu Verhandlungsführern und Dokumenten haben. Es sollen offenkundig vollendete Tatsachen geschaffen werden, um den öffentlichen Druck

Kritikpunkt 2: Umwelt- und Sozialstandards sinken

Der Angriff auf nicht-tarifäre „Handelshemmnisse“, der das zentrale Motiv für die TTIP-Verhandlungen ist, wird eine Konvergenz der Standards auf ein immer tieferes Niveau in Gang setzen. Länder, die ihre Standards erhöhen oder einer in TTIP-Gremien vereinbarten Absenkung oder Abschaffung nicht folgen, können von Unternehmen, deren Exporte dadurch „behindert“ oder deren Investitionen „entwertet“ werden, schiedsgerichtlich unter Strafandrohung zur Angleichung gezwungen werden,

sionshandels und der Vorbehalte gegenüber dem Erdgas-Fracking in der Kritik, die Sozialpflichtigkeit wegen der Auflagen für den Erwerb von Land und Rohstoffvorkommen sowie wegen der Auflagen für die öffentliche Auftragsvergabe.

Auch Volksentscheide, wie bei der Privatisierung der Wasser- und Energieversorgung, sowie der Schutz der Privatsphäre im Internet

Kritikpunkt 3: Billigimporte verschärfen Eurokrise

Wie die Zahl der Konzerne und Handelspartner wird auch die Zahl der Handelsgüter und mit ihnen die Vielfalt des Angebots an den Märkten zurückgehen. Preisgünstig erscheinende einheitliche Massengüter werden sich noch stärker gegen regionale Spezialitäten durchsetzen. Die schon jetzt nicht wettbewerbs-

Im vereinten Filz ist auch diesmal für die Verhandlungen wieder Geheimhaltung vereinbart worden.



Foto: Gabi Eder/pixelto.de

um „Wettbewerbsverzerrungen“ zu verhindern.

Besorgniserregend ist die lange Liste der von den Apologeten ins Visier genommenen Angriffsziele: Bei den Arbeitnehmerrechten sind der Kündigungsschutz und das Recht auf gewerkschaftliche Organisation gefährdet, beim Verbraucherschutz sind es die Kennzeichnungspflicht für genveränderte Lebensmittel, die hormonfreie Tierhaltung sowie die Zulassungshürden für genverändertes Saatgut. Der Umweltschutz steht wegen der Grenzwerte toxischer Belastungen, des europäischen Emis-

sind den Apologeten ein Dorn im Auge. Schließlich drohen die zarten europäischen Ansätze zur Regulierung und Kontrolle der Finanzmärkte, besonders der riskanten Finanzinstrumente, schon im Keim erstickt zu werden. Einziger Lichtblick ist die auf Druck Frankreichs vorerst ausgeklammerte europäische Förderung kultureller Güter wie Film und Musik. Mit dem Angriff auf die genannten Ziele wird die entscheidende Schlacht eröffnet, um die Volkssouveränität endgültig durch eine Wirtschaftsoligarchie zu ersetzen.

fähigen und übermäßig importabhängigen Krisenländer der Eurozone werden dadurch einen neuen Schub der De-Industrialisierung und Staatsverschuldung erleben. Die Eurokrise wird sich verschlimmern, die Rettungsschirme noch unwirksamer werden.

Kritikpunkt 4: Staaten verlieren Souveränität

Der TTIP-Block, auf den 47% des Weltsozialprodukts und 44% des Welthandels entfällt, wird seine Macht zur Knebelung kleinerer Staaten einsetzen, um sie, unter Preisdiktat, in die Rolle willfähriger Zulieferer von Rohstoffen und Zwischenprodukten zu zwingen. Zudem werden Konzentrationsprozess und Dumping den Preiswettbewerb mit asiatischen Produzenten von Massengütern anheizen und den Teufelskreis wechselseitiger Reaktionen beschleunigen. Am Ende könnte das schon geplante Transpazifische Abkommen (TPP) die Welt in eine einzige Freihandelszone verwandeln. Auf der Suche nach günstigen Standortbedingungen wird die ständige Verlagerung von unternehmerischem Sach- und Geldka-

Im Mittelpunkt steht nicht der Abbau von Zöllen, sondern von sozialen und ökologischen Standards.

scher Apologeten, die es eilig haben, die seit den 1980er-Jahren betriebene „Neoliberalisierung“ des Handels nun endlich ihrer Vollendung zuzuführen.

Wiederum wird die „Befreiung“ die Machtverhältnisse im Wirtschaftsleben zugunsten transnationaler Akteure und zum Nachteil

pital samt der zugehörigen Arbeitsplätze noch chaotischer verlaufen und die Unsicherheiten für die abhängig Beschäftigten erhöhen.

Kritikpunkt 5: Transportwege vervielfachen sich

Durch den verstärkten Konzentrationsprozess und die absurde territoriale Spezialisierung werden häufigere und längere Transportwege anfallen und die transportbedingten Emissionen und Umweltbelastungen in die Höhe treiben. Das entsprechende reale Welthandelsvolumen, das seit der Finanzmarktkrise wieder mit rund 10 % pro Jahr

wächst, wird dem realen Weltsozialprodukt mit seinem besonders von China beflügelteten Wachstum von 4% und mehr noch dem seit Jahren stagnierenden europäischen Sozialprodukt immer schneller davon eilen.

Gegenstrategie: dezentrale Politik und Wirtschaft

Insgesamt wird der Wettbewerb auf der Grundlage von (absoluten) Preisen in der Leitwährung Dollar, der ohne relativierenden Einfluss von Wechselkursen stattfindet, alle Arten der Rationalisierung und Automatisierung wie auch des Dumpings begünstigen und ein be-

BUCHTIPP

Gerd Zeitler
Der Freihandelskrieg
Von der neoliberalen zur zivilisierten Globalisierung
Monsenstein und Vannerdat, 2006
392 Seiten, 19,50 Euro
978-3-86582-376-2



unverdächtigen Maximen von Demokratie und Marktwirtschaft – dezentrale politische Entscheidungsgewalt und dezentrale wirtschaftliche Strukturen, abgesichert

Skandalös ist, dass Lobbyisten exklusiven Zugang zu Verhandlungsführern und Dokumenten haben.

kanntes Paradoxon noch deutlicher hervorkehren: Einerseits werden Arbeitsplätze mit niedriger und mittlerer Qualifikation vernichtet werden, andererseits wird sich der Fachkräftemangel an Orten ausweiten, an denen für globale Märkte optimierte Massengüter hoch spezialisiert und kapitalintensiv produziert werden.

Wer die TTIP-Gewinner sind, liegt auf der Hand: all jene Konzerne, die systemkonform und opportunistisch auf den deregulierten Weltmärkten die größte Verdrängungskraft entwickeln, aber auch viele kleine innovative Nischenanbieter und all die hoch spezialisierten Beschäftigten, deren Arbeitsplätze (noch) sicher sind. Aber das darf kein Trost für die benachteiligte Mehrheit und den Ausverkauf der Umwelt sein.

Nachhaltige gesellschaftliche Wohlfahrt erfordert – unter den

durch einen Außenhandel, der mittels Wechselkursen, Zöllen und Mengenbeschränkungen die so unterschiedlichen nationalen Gegebenheiten zum Wohle aller Menschen untereinander verträglich macht. ■

Gerd Zeitler, Jahrgang 1940, gestaltete nach dem Ingenieurstudium internationale Unternehmensallianzen mit und war als Dozent für strategisches Unternehmens- und Technologiemanagement tätig. Seit den 1990er-Jahren analysiert er die neoliberale Wirtschaftstheorie. Darüber veröffentlichte er sein Buch „Der Freihandelskrieg“ und im Internet sein „Kompendium der sozialökologischen Ökonomik“.



www.gerdzeitler.wordpress.com

ONLINETIPPS

Mike Lingenfeller,
Hendrik Loven, Sabina Wolf
Geheimoperation transatlantisches Freihandelsabkommen
Bayerischer Rundfunk, 26.11.2013
www.br.de
→ Suche: Geheimoperation

Silvia Liebrich
Was das Freihandelsabkommen für Verbraucher und Unternehmen bedeutet
Süddeutsche, 11.11.2013
www.sueddeutsche.de
→ Suche: Freihandelsabkommen

Lori Wallach
TAFTA – die große Unterwerfung
Le Monde diplomatique,
08.11.2013
www.monde-diplomatique.de
→ Archiv → Texte → Nov2013

Harald Schumann
Der transatlantische Freihandelsbluff
Tagesspiegel, 06.11.2013
www.tagesspiegel.de
→ Suche: Freihandelsbluff

Organklage gegen die neue 3%-Sperrklausel

„Das Salz in der Suppe“

Die Verhandlung der Klage von ÖDP und anderen Parteien gegen die 3%-Klausel bei den Europawahlen hat begonnen. Das Bundesverfassungsgericht hegt durchaus Vorbehalte gegen die neue Regelung, hat es doch erst vor drei Jahren die damals geltende 5%-Klausel für unrechtmäßig erklärt. Nun muss es prüfen, ob die damals maßgeblichen Argumente nicht mehr gelten.

von Günther Hartmann

Bis zum Urteil wird es noch dauern, doch die Klage gegen die 3%-Klausel bei der Europawahl ging am 18. Dezember 2013 in die heiße Phase. Da fand in Karlsruhe vor dem Bundesverfassungsgericht die mündliche Anhörung statt. „Jede Sperrklausel stellt einen Eingriff in die Chancengleichheit der politischen Parteien dar“, betonte Andreas Voßkuhle, der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, „doch kann ein solcher Eingriff aufgrund bestimmter rechtlicher und bestimmter tatsächlicher Verhältnisse gerechtfertigt sein.“ Als nicht gerechtfertigt hatte das Gericht im Jahr 2011 die 5%-Klausel angesehen und gekippt, denn es sei nicht erkennbar gewesen, dass die Funktionsfähigkeit des EU-Parlaments bei einem Wegfall der Sperrklausel und einer Zunahme der vertretenen Parteien maßgeblich beeinträchtigt würde, sagte Voßkuhle.

Hat sich nun eigentlich etwas geändert?

Bundestag und Bundesrat mussten sich nach dem Urteil also auf ein neues Wahlrecht einigen. Doch anstatt bei den Europawahlen künftig auf eine Sperrklausel ganz zu verzichten, entschieden sich im Sommer 2013 fast allen Abgeordneten von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Grüne dafür, dass

eine 3%-Klausel gelten soll. Am 7. Oktober 2013 unterschrieb dann auch Bundespräsident Joachim Gauck das Gesetz. Nun müsste untersucht werden, inwieweit sich eine 3%-Klausel in ihren Auswirkungen von einer 5%-Klausel unterscheidet und ob sich die rechtlichen und tatsächlichen Umstände seit 2011 geändert haben, erklärte Voßkuhle.

Michael Gerhardt, der Berichterstatter des Zweiten Senats in dem Verfahren, sagte, er sehe nicht, „dass

vor, sie machten das politische Leben bunter und brächten neue Ideen in die politischen Diskussionen.

Nun muss untersucht werden, inwieweit sich eine 3%- von einer 5%-Klausel unterscheidet.

neue Umstände zur Rechtfertigung einer Sperrklausel eingetreten sind“.

Kleinparteien – das Salz in der Suppe

Verfechter der 3%-Klausel wie Martin Schulz (SPD), Axel Schäfer (SPD) und Volker Beck (Grüne) rechtfertigten diese als Maßnahme für politische Stabilität und stellten kleinere Parteien unter den Generalverdacht, extremistisch zu sein. Als „Salz in der Suppe“ bezeichnete sie dagegen Voßkuhle und hob her-

Geklagt hatten insgesamt 19 kleine Gruppierungen, weil sich in ihren demokratischen Rechten beschnitten sehen. Prominentester Akteur ist dabei wohl der renommierte Verfassungsrechtler Hans Herbert von Arnim, der als Prozessbevollmächtigter der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) und der Freien Wähler auftritt. Das Urteil soll noch im Frühjahr fallen, sodass es noch rechtzeitig vor der nächsten Europa-Wahl am 25. Mai 2014 umgesetzt werden kann. ■



ÖDP-Bundesvorsitzender Sebastian Frankeberger gibt im Foyer des Bundesverfassungsgerichts den Vertretern der Medien Interviews.

Foto: Susann Mai

Argumentation des Prozessbevollmächtigten

„Jede Sperrklausel ist verfassungswidrig“

Am 9. November 2011 erklärte das Bundesverfassungsgericht die 5%-Sperrklausel bei der Europawahl für verfassungswidrig. Am 7. Oktober 2013 unterschrieb Bundespräsident Joachim Gauck das Gesetz für eine 3%-Sperrklausel, dem vorher fast alle Abgeordneten von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Grüne zugestimmt hatten. Die ÖDP und die Freien Wähler klagen dagegen. Als Prozessbevollmächtigter vertritt sie

Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim

Statement auf der Pressekonferenz zur Vorstellung der Organklage der Freien Wähler und der Ökologisch-Demokratischen Partei sowie der Verfassungsbeschwerden von Hubert Aiwanger und Sebastian Frankenberger gegen die 3%-Sperrklausel bei der Europawahl am 14. Oktober 2013 in Berlin:

1 Die 3%-Sperrklausel bei Europawahlen ist verfassungswidrig. Sie verletzt die Rechte kleinerer Parteien und ihrer Wähler massiv, ohne dass es dafür eine entsprechend gewichtige Rechtfertigung gäbe. Denn die Stimmen, die dem Fallbeil der Sperrklausel zum Opfer fallen, fallen nicht einfach nur unter den Tisch, wie immer geschrieben wird, sondern kommen auch noch ganz anderen, konkurrierenden Parteien zugute. So hätten bei der Europawahl 2009 nach dem Willen der Wähler sieben kleineren Parteien, die damals alle weniger als 3% der Stimmen erlangt hatten, acht Mandate zugestanden, darunter den Freien Wählern zwei

Mandate und der ÖDP ein Mandat. Tatsächlich brachten die für sie abgegebenen Stimmen – entgegen dem Wählerwillen – acht Abgeordnete von fünf ganz anderen Parteien ins Europäische Parlament: je zwei der CDU, der SPD und der Grünen sowie je einen der FDP und der CSU. Im Europäischen Parlament sind also acht deutsche Abgeordnete, die in Wahrheit gar nicht vom Volk gewählt sind, sondern ihren Einzug in Brüssel allein der verfassungswidrigen Sperrklausel verdanken.

2 Insgesamt kamen so bei der Europawahl 2009 2,8 Mio. Stimmen Parteien zugute, für die sie gar nicht bestimmt waren. Das waren 10,8% der abgegebenen Stimmen.

3 Darin liegt ein grober Verstoß gegen die Gerechtigkeit, ein Widerspruch zur Gleichheit des Wahlrechts und zur Chancengleichheit der Parteien, also den beiden wichtigsten demokratischen Verfassungssätzen.

4 Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 9. November 2011 formal zwar nur die 5%-Klausel für nichtig erklärt. Nach den ebenfalls verbindlichen tragenden Gründen seiner Entscheidung ist aber jede Sperrklausel bei Europawahlen verfassungswidrig.

5 Wenn man noch Zweifel hegen sollte, so werden diese durch eine lange unter Verschluss gehaltene Expertise beseitigt, die das Bundesinnenministerium, also das für Verfassungsfragen zuständige Ministerium, gefertigt hat und an die

ich nur mithilfe des Informationsfreiheitsgesetzes herangekommen bin. Darin wird am Beispiel einer 2,5%-Hürde von der neuerlichen Einführung einer Sperrklausel bei Europawahlen dringend abgeraten, da auch diese dem Urteil definitiv widersprechen würde (Analyse liegt bei).

6 Der – für Verfassungsrechtler unübersehbare – Widerspruch des 3%-Gesetzes zum Urteil von 2011 war auch der Grund für den Appell von 34 Staatsrechtslehrern. Sie rieten dem Bundestag und den anderen Verfassungsorganen drin-

gend davon ab, eine 3%-Sperrklausel einzuführen (liegt ebenfalls bei) – eine Koinzidenz, denn die Expertise des Ministeriums war bei Abfassung des Appells noch nicht bekannt.

7 Angesichts des Urteils von 2011, das an Klarheit nichts zu wünschen übrig lässt, und angesichts der Analyse des Innenministeriums sowie des Staatsrechtslehrer-Appells erhebt sich die Frage, was die Fraktionen des Bundestags (mit Ausnahme der Linken) bewegen haben mag, dennoch wieder eine Sperrklausel einzuführen.

8 Manche berufen sich auf das Minderheitsvotum der Richter Mellinghoff und Di Fabio. Das Urteil ist zwar mit einer Mehrheit von 5:3 Stimmen ergangen, bindet aber dennoch genau so wie ein 8:0 ergangenes Urteil. Beide Richter sind nach Ablauf ihrer 12-jährigen Amtszeit inzwischen ausgeschieden. Sie können bei einem neuen Urteil also nicht mehr gegenhalten. Im Übrigen hatten sie mit ihren Argumenten auch kein Gehör bei der Mehrheit des Gerichts gefunden.

9 Die beiden Richter wenden sich zum einen dagegen, dass



Die beiden Kläger und ihr Prozessbevollmächtigter auf der Pressekonferenz zur Organklage (v.l.n.r.): Hubert Aiwanger (Freie Wähler), Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim und Sebastian Frankenberger (ÖDP)

das Gericht bei Entscheidungen des Bundestags *in eigener Sache* streng prüft, weil dann die Gefahr besteht, dass der Bundestag sich nicht mehr am Gemeinwohl orientiert, sondern an den Interessen der eigenen Parteien an Macht und Mandaten. Doch dieser Grundsatz leuchtet nicht nur unmittelbar ein, er ist auch nicht neu; er wurde bereits 2008 zugrunde gelegt, als derselbe Zweite Senat die Sperrklausel bei Kommunalwahlen für verfassungswidrig erklärte.

10 Die beiden Dissenter berufen sich – zweitens – auf die vielen Abgeordneten, die in der mündlichen Verhandlung im Mai 2011 für den Fortbestand der Sperrklausel eintraten. Aber darf man wirklich die Frösche fragen, wenn man den Sumpf trockenlegen will?

11 Sie berufen sich – drittens – auch darauf, dass im Falle einer reinen Mehrheitswahl noch viel mehr Stimmen nicht zum Zuge kommen könnten. Doch eine Mehrheitswahl schließt das Europarecht zwingend aus. Im Übrigen stellt eine solche Argumentation, mit der sogar eine 30%-Klausel gerechtfertigt werden könnte, einen krassen Systembruch dar, weshalb das Bundesverfassungsgericht sie immer schon zurückgewiesen hat.

12 Manche Kommentatoren behaupten, im Urteil von 2011 komme eine Geringschätzung des Europäischen Parlaments zum Ausdruck. Tatsächlich aber hat das Gericht gar nicht auf die Bedeutung des Europäischen Parlaments abgehoben, sonst müssten auch die Sperrklauseln bei deutschen Landtagswahlen fallen; die Landesparlamente sind – im Verhältnis zum



Foto: privat

Hans Herbert von Arnim, Jahrgang 1939, studierte Jura und Wirtschaftswissenschaft, leitete von 1968 bis 1978 das Karl-Bräuer-Institut des Bundes der Steuerzahler, promovierte, habilitierte, war ab 1978 Professor in Marburg und ab 1981 an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer. Seit 2005 ist er pensioniert, aber noch für die Hochschule tätig. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehörten Verfassungsrecht, Demokratietheorie, Parteienrecht und Politikfinanzierung. Bekannt wurde er als engagierter und kompetenter Parteienkritiker. Mit 30 weiteren Verfassungsrechtlern und rund 500 Bürgern – darunter der damalige ÖDP-Bundesvorsitzende Klaus Buchner – klagte er 2010 beim Bundesverfassungsgericht gegen die 5%-Sperrklausel bei der Europawahl.

www.arnimvon.de

Bundestag – ja von deutlich geringerem Gewicht. Das Gericht hat die große, im Laufe der Zeit immer weiter angewachsene Bedeutung des Europäischen Parlaments vielmehr durchaus anerkannt. Entscheidend für die Verfassungswidrigkeit der Sperrklausel war die völlig andere Struktur, die eine Sperrklausel zur Sicherung der Funktionsfähigkeit

des Europäischen Parlaments nicht nötig macht.

13 Das Europäische Parlament wählt – anders als der Bundestag und die Landtage – keine Regierung, die auf das fort-dauernde Vertrauen des Parlaments angewiesen wäre. Zudem stimmen die EVP- und die S&D-Fraktionen, die regelmäßig über zwei Drittel der Sitze verfügen, fast immer gemeinsam ab. Deshalb kann es die Funktionsfähigkeit des Europäischen Parlaments nicht wesentlich beeinträchtigen, wenn zu den 162 Parteien, die schon nach der Wahl 2009 darin vertreten waren, noch einige aus Deutschland hinzukommen. Dies hätte gerade mal 1% der 765 Mitglieder des Europäischen Parlaments ausgemacht.

14 Auch das gängige Argument, die 3%-Klausel bedeute einen geringeren Eingriff in die Gleichheit des Wahlrechts und die Chancengleichheit der Parteien als eine 5%-Klausel, ist nicht schlüssig. Denn das Gericht hebt auf die *Relation* zwischen dem Eingriff und dem dadurch erreichten Effekt für die Funktionsfähigkeit des Parlaments ab, und da bei einer 3%-Klausel auch der Effekt verringert wird, bleibt die *Relation* unverändert verfassungswidrig.

15 Die Verfassungswidrigkeit einer 3%-Klausel folgt im Übrigen schon daraus, dass 2009 nur Parteien mit weniger als 3% der Stimmen, die allenfalls ein oder zwei Abgeordnete ins Europäische Parlament gebracht hätten, der 5%-Klausel zum Opfer fielen. So heißt es z.B. in Absatz-Nr. 102 des Urteils von 2011: „Es ist nicht erkennbar, dass durch die Zunahme von Parteien mit einem oder zwei

Abgeordneten im Europäischen Parlament dessen Funktionsfähigkeit mit der erforderlichen Wahrscheinlichkeit beeinträchtigt würde.“

16 Die Bedeutung kleiner Parteien, die im Berliner Betrieb, wo die Bundestagsparteien natürlich das Sagen haben, leicht übersehen wird, hat das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil von 2004 hervorgehoben: Kleine Parteien und ihre innovativen Programme „können die Lernfähigkeit des politischen Systems“ stärken; sie zwingen „die etablierten Parteien zu einer Rückkoppelung mit dem Volk, um dem Aufkommen neuer Konkurrenten und einem Erfolg kleiner Wettbewerber nach Möglichkeit entgegenzutreten“ (BVerfGE III, 382 [405]).

17 Die Begründungen, die die Initiatoren des 3%-Gesetzes nachgeschoben haben, halten einer Nachprüfung ebenfalls nicht stand. Die wesentlich von deutschen Europapolitikern initiierte Entschließung des Europäischen Parlaments vom 22.11.2012 empfiehlt „erforderliche und angemessene“ Sperrklauseln. Sie ist aber rechtlich ganz unverbindlich. Zudem ist eine Sperrklausel nach deutschem Verfassungsrecht eben „unangemessen“.

18 Dass die Parteien europaweit mit gemeinsamen Spitzenkandidaten antreten wollen, die dann, wenn ihre Partei die meisten Mandate erhält, auch ein Prä bei der Wahl des Kommissionspräsidenten erhalten sollen, soll ein Element der Direktwahl der Exekutivspitze in die Parlamentswahl bringen. Abgesehen davon, dass die CDU/CSU sich auf dieses

Verfahren noch gar nicht festgelegt hat, könnte damit die Sperrklausel keineswegs gerechtfertigt werden. Denn das Bundesverfassungsgericht hatte in seinem Urteil von 2011 auch diese Konstellation bereits einbezogen, ohne dass daran die Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Sperrklausel gescheitert wäre.

19 Der Bundestag war sich bei seiner Entscheidung über das 3%-Gesetz des verfassungsrechtlichen Parforce-Ritts über den Bodensee, wie es ein Abgeordneter ausdrückte, durchaus bewusst. Deshalb wurde das Gesetz im medialen Windschatten der damaligen Flut und der ESM-Verhandlung in Karlsruhe in kaum mehr als einer Woche – und unter Verletzung der Grundsätze guter Gesetzgebung, wie sie in der Geschäftsordnung des Bundestags niedergelegt sind – durchgepeitscht, der Staatsrechtslehrer-Appell unterdrückt und die ministerielle Analyse ignoriert.

20 Nicht nachvollziehbar ist, warum der Bundespräsident dann drei Monate brauchte, um das Gesetz am 7. Oktober schließlich doch zu unterzeichnen. Durch die anhaltende öffentliche Unsicherheit über den Bestand der Sperrklausel werden kleinere Parteien in ihren Wahlvorbereitungen erheblich beeinträchtigt. Die Freien Wähler und die Ökologisch-Demokratische Partei haben das Bundesverfassungsgericht deshalb um eine möglichst rasche Entscheidung gebeten.

21 Es sei auch daran erinnert, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte festgestellt hat, dass die wesentlichen Regelungen des Wahlrechts mindestens ein Jahr vor der Wahl feststehen

BUCHTIPPS

Hans Herbert von Arnim
Die Selbstbediener
Wie bayerische Politiker sich den Staat zur Beute machen
Wilhelm Heyne, Juni 2013
320 Seiten, 12,99 Euro
978-3-453-60301-1



Hans Herbert von Arnim
Der Verfassungsbruch
Verbotene Extra-Diäten – Gefräßige Fraktionen
Duncker & Humblod, März 2011
155 Seiten, 18,00 Euro
978-3-428-13606-3



Hans Herbert von Arnim
Volksparteien ohne Volk
Das Versagen der Politik
C. Bertelsmann, Mai 2009
400 Seiten, 19,95 Euro
978-3-570-10011-0



müssen (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, Urteil vom 6. November 2013 [Ekoglast/Bulgarien], Absatz-Nr. 39, 68 f).

Die vollständige Organklage gegen die 3%-Klausel bei der Europawahl lässt sich im Internet unter folgenden Adressen herunterladen:

» www.oedp.de
→ Aktuelles → Aktionen → Klage gegen die Drei-Prozent-Hürde

» www.arnimvon.de
→ Veröffentlichungen → Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht

Einführung eines Elternwahlrechts

Familiengerechtigkeit ohne Verfassungsänderung

Die deutsche Politik ist nicht familienfreundlich. Das liegt auch daran, dass Kinder bei Wahlen kein Stimmrecht haben. Überlegungen, Eltern für jedes ihrer Kinder ein zusätzliches Stimmrecht zu geben, stoßen an verfassungsrechtliche Grenzen. Die Situation sieht aber anders aus, wenn man sie nicht als Stellvertreter betrachtet, sondern als das, was sie tatsächlich sind: Sorgeberechtigte.

von Gerhart Meixner

Der von mir in der „Zeitschrift für Parlamentsfragen“ veröffentlichte Artikel „Plädoyer für ein höchstpersönliches Elternwahlrecht zugunsten des Kindes“ zeigt erstmalig in der Rechtsliteratur einen Weg auf, wie sich ein familiengerechtes Wahlrecht ohne Verfassungsänderung einführen lässt – durch einfache Erweiterungen in den Wahlgesetzen auf Bundes- und Landesebene. Erwähnung findet dabei auch die Tatsache, dass bei bayerischen Elternbeiratswahlen sowie im Vereinsrecht längst Eltern im eigenen Recht verfassungsgemäß für ihre Kinder abstimmen.

Geltendes Wahlrecht benachteiligt Familien

Eine Alleinerziehende mit drei Kindern hat bis jetzt nur eine Wahlstimme, zwei zusammenlebende Erwachsene dagegen zwei. Dies wirkt sich familien- und kinderfeindlich aus, weil Politiker in Hinblick auf ihre Wiederwahl zwangsläufig deren Interessen erstrangig vertreten, die ihnen besonders viele Stimmen verschaffen. Das geltende Wahlrecht widerspricht dem Art. 6 GG, wonach familienfeindlich auswirkende Gesetze verboten sind. Es existieren aber bisher viele familien-



Foto: Magdanatka/shutterstock.de

feindliche bzw. familienungünstige Gesetze und so sind in Deutschland eine viel zu geringe Geburtenzahl, Kinder- und Familienarmut zu beklagen.

Jugendliche oft noch zu unreif zum Wählen

Nach vielen Wahlaltersherabsetzungen einfach weiterhin das Wahlalter kräftig herabzusetzen, ist nicht sinnvoll. So war im Nachrichtenmagazin „Spiegel“ vom 16.05.2011 im Artikel „Reif für die Wahlurne“ zu lesen, dass Juniorwähler unter 18 Jahren aus Protest oft extremistische Parteien wählen oder gar nicht zur Wahl gehen, weil sie sich überfordert fühlen. Laut einer Studie der Universität Hohenheim verfügen 16- und 17-Jährige über ein „signifi-

kant geringeres politisches Wissen“ als Volljährige, und zwar unabhängig vom Bildungsgrad. Nach §§ 105 ff BGB tragen Eltern die entscheidenden Pflichten für die Kinder in Staat und Gesellschaft. Die Eltern haben alle weitergehenden Willensentscheidungen bis zum Alter von 18 Jahren für diese zu tragen und nicht die Kinder selbst.

Stimmrecht-Übertragung verfassungswidrig

Auch wenn man die Einbindung der Kinder – z.B. durch Jugendparlamente – sicher noch fördern könnte, sollten verfassungskonforme Möglichkeiten verfolgt werden, um Eltern mit einem Stimmrecht für ihre noch nicht wahlberechtigten Kinder auszustatten. Der falsche

Weg besteht hierbei darin, auf verfassungswidrige und aussichtslose Wege weiterhin zu beharren, z.B. auf dem Stellvertretermodell, wo-

stimmabgaben möglich wären. Eine solche Einigung gegenüber dem Wahlamt ist besser als die grundsätzlich auch mögliche Hal-

Ein verfassungsgemäßer Lösungsweg lässt sich finden, indem man Eltern als Sorgeberechtigte in den Mittelpunkt stellt.

nach die Eltern ein zu schaffendes Kinderwahlrecht übertragen bekommen sollten. Dies verstößt gegen das in Art. 79 Abs. 3 GG unverfügbar gestellte Demokratieprinzip, denn bei solchermaßen angestrebten Änderungen muss nicht nur Art. 38 (2) GG gestrichen werden, sondern auch alle Wahlgrundsätze in Art. 38 (1) GG ließen sich nicht mehr halten, ausgehend von der Unmittelbarkeit, die mit der For-

bildung von Stimmen. Eltern könnten so zeigen, dass sie nach § 107 BGB bereit sind, zum Wohle des Kindes zusammenzuarbeiten. Und ohne diese Einigung müsste dann ein Elternwahlrecht verfallen.

Dieser „höchstpersönliche“ Lösungsansatz widerspricht als Einziges der gegenwärtig praktizierten Wahlgleichheit, wonach „jeder Wähler den gleichen Einfluss auf das Wahlergebnis haben soll“.

Eltern könnten individualrechtlich handeln, sollten sich aber bei der Stimmabgabe einigen, wer von beiden die Stimme abgibt.

derung nach Höchstpersönlichkeit gleichzusetzen ist. Beleg hierzu: Maunz, Art. 38 GG, Rn 137 f.

Sorgeberechtigung muss im Mittelpunkt stehen

Ein verfassungsgemäßer Lösungsweg lässt sich dadurch finden, indem man mehr den Art. 6 GG und das Familienrecht des BGB in den Mittelpunkt stellt, wonach Eltern als Sorgeberechtigte und gesetzliche Vertreter zugunsten des Kindes höchstpersönlich, unmittelbar und in „dienender“ Eigenschaft handelten. Dabei könnten sie individualrechtlich handeln, sollten sich aber bei der Stimmabgabe einigen, wer von beiden die Stimme jeweils abgibt – wobei auch alterna-

Doch ist die Wahlgleichheit einfachgesetzlich durch besonders rechtfertigende Gründe differenzierbar – auch unter Fortführung der Formalisierung, die auf die Interessen des Gesamtvolkes einschließlich Kind ausgeweitet werde –, wozu vor allem „legitime verfassungsrechtliche Gründe“ zählen (BVerfGE 124,118 f; st. Rspr.). In anderen Fällen hat der Gesetzgeber schon nach diesen Überlegungen die Wahlgleichheit einfachgesetzlich durchbrochen – z.B. durch die Einführung der 5%-Klausel.

Insbesondere Art. 1, 3, 6 und 20 GG sprechen für diese Wahlrechtsreform. Auch handelten Eltern bei diesem Modell nicht nach einem verbotenen Pluralwahlrecht; die



Eine ausführliche Darstellung von Gerhart Meixners Überlegungen zu einem grundgesetzkonformen Elternwahlrecht ist in der „Zeitschrift für Parlamentsfragen“, Ausgabe 2/2013, Seite 419–426, erschienen: www.zparl.nomos.de

Stimmwerte sind zu trennen – etwa durch zu unterscheidende Wahlgänge –, wenn der wählende Elternteil einmal in seinem Interesse, einmal in einer andersartigen Entscheidung im Interesse der Person des Kindes abstimme. Dieser neue rechtliche Ansatz kommt hoffentlich dem Ziel eines familiengerechten Wahlrechts endlich näher. ■

Gerhart Meixner, Jahrgang 1942, war Gymnasiallehrer und von 1991 bis 2000 Vorsitzender im Ortsverband Murnau des Deutschen Familien-Verbands. Seine zweimal im Bayerischen Landtag erfolgreiche Petition „Einführung eines höchstpersönlichen Elternwahlrechts zugunsten Kind“ wird vom Bayerischen Innenministerium blockiert.



gerhart.meixner@gmx.de

Kongress des Diagnose-Funk e.V.

Digitale Medien – Faszination mit Nebenwirkungen

Fast jeder Jugendliche besitzt heute ein Smartphone, ein Tablet oder einen PC – und nützt es intensiv. In der breiten Öffentlichkeit sind die negativen Auswirkungen auf die körperliche und seelische Gesundheit zwar noch kein großes Thema, doch ein Kongress in Stuttgart befasste sich damit eingehend.

Der Kongress „Digitale Medien – Faszination mit Nebenwirkungen“ mit über 160 Teilnehmern, Eltern, Lehrern, Pädagogen, Psychotherapeuten und weiteren Interessierten am 12.10.2013 in Stuttgart fand zu einem Zeitpunkt statt, in dem die Rolle der digitalen Medien wie Smartphones, Tablet-PCs, Facebook, Twitter, Internet und E-Mail wie niemals zuvor öffentlich infrage gestellt werden.

Die Technologie wirkt sich in einer Weise negativ auf ihre Nutzer aus, die erst nach und nach begriffen wird. Vier Hauptthemen prägten den Kongress und seine Workshops: die Auswirkungen auf die Sozialisation der Kinder und Jugendlichen, der Konsumismus mit seiner hohen Suchtkomponente, die Auflösung der Privatsphäre, die Gesundheitsschädigung durch die 24-stündige Strahlenbelastung. Die Vorträge der Wissenschaftler aus dem Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (Dr. Bleckmann, Dr. Mößle) sowie der Medienexperten Uwe Buermann und Christoph Hirte (Verein Aktiv gegen Mediensucht) verdeutlichten, dass heute schon Millionen Jugendliche an einem Suchtverhalten leiden. Es wurde aufgezeigt,

dass die Wissenschaft Lösungen anbietet, wie zur „Medienmündigkeit“ erzogen werden kann, wenn man sich nicht Industrie-Interessen unterwirft. „Für den Verbraucherschutz ist es heute notwendig, dass er den ganzen Menschen erfasst, die gesundheitlichen und psycho-

sozialen Aspekte berücksichtigt“, so Peter Hensinger, Vorstandsmitglied von Diagnose-Funk e.V.

„Mit dem Kongress wurde allen Beteiligten die Tragweite der zunehmenden Digitalisierung des Alltags verdeutlicht. Das reale schöpferische Spiel unter Kindern als ent-

Das reale schöpferische Spiel unter Kindern wird zunehmend ersetzt durch das Spiel mit und in einer virtuellen, verkabelten oder funkbasierten Bildschirmrealität.



Foto: cre077/shutterstock.com

Umwelt- und Verbraucherorganisation zum Schutz vor elektromagnetischer Strahlung **diagnose FUNK**

Überarbeitete Neuauflage Ratgeber Heft 1
Elektrosmog im Alltag
Was E-Smog verursacht - Anregungen zur Minimierung

Autoren: Dr. Gerd Oberfeld und Dipl. Ing. Jörn Gutbier

AKTUELLES AUS DER RATGEBERREIHE
22.10.2013

Im Ratgeber „Elektrosmog im Alltag“ erfahren Sie kompakt, wie Sie sich gegen die anwachsende Strahlenbelastung schützen können.

Für die Neuauflage wurde der Ratgeber in Zusammenarbeit mit der Umweltmedizin des Landes Salzburg vollständig überarbeitet und um viele Tipps und Erläuterungen ergänzt.

Zum Inhalt

Künstliche elektromagnetische Felder überlagern die natürlich vorhandenen Felder um teils riesige Größenordnungen. Elektrosmog kann unter anderem das vegetative und zentrale Nervensystem, Hormone, Chromosomen und Zellen beeinflussen und auch stören. Eine zu starke und zu lange Elektrosmogbelastung kann darüber hinaus zu verschiedenen, teils schweren Krankheiten führen.

- Was kann ich gegen den Elektrosmog in den eigenen vier Wänden oder an meinem Arbeitsplatz tun?
- Wie kann ich Elektrosmogquellen selbst erkennen?
- Wie sieht ein bewusster Umgang mit Mobiltelefonen aus?
- Wie schütze ich meine Kinder vor Elektrosmogbelastungen?

In dieser Informationsbroschüre werden die wichtigsten Elektrosmogquellen des Alltags aufgezeigt, laienverständlich erläutert und auf Grundlage des Standards der baubiologischen Messtechnik bewertet.

Viele der Elektrosmogverursacher, besonders in der Wohnung und am Arbeitsplatz sind auch ohne aufwändige Messtechnik erkennbar und können leicht vermieden werden.

Bestellung

Format A5, 44 Seiten, farbig, mit vielen Abbildungen.
2,00 € für Mitglieder, 3,00 € für Nichtmitglieder.

Bestelladresse Deutschland und International:
Diagnose-Funk Versand | Pallestraße 30 | D-65929 Frankfurt
Nutzen Sie unser Bestellformular auf: www.info.diagnose-funk.org
Direkt per Email: bestellung@diagnose-funk.de oder per Fax: +49 (0)69 36 70 42 06

Diagnose-Funk
Umwelt- und Verbraucherorganisation zum Schutz vor elektromagnetischer Strahlung e.V.
Postfach 15 04 48
70076 Stuttgart
www.diagnose-funk.org
kontakt@diagnose-funk.org

Ihr Ansprechpartner
Jörn Gutbier
Tel: +49 (0)7032 944 16-3
verbraucherschutz@diagnose-funk.org

Diagnose-Funk ist eine Umwelt- und Verbraucherorganisation, die sich für den Schutz vor elektromagnetischen Feldern und Strahlung einsetzt. Das Ziel von Diagnose-Funk ist es, über die gesundheits- und umweltschädigenden Wirkungen elektromagnetischer Felder verschiedener Quellen unabhängig von Industrie und Politik aufzuklären, dadurch Verhaltensweisen von Verbrauchern und Politik zu ändern und Lösungen für zukunftsfähige und umweltverträgliche Technologien durchzusetzen.

Tagungsband zum Kongress am 12.10. 2013 in Stuttgart

Digitale Medien – Faszination mit Nebenwirkungen

Veranstalter und Herausgeber: Diagnose-Funk e.V.

Format A4, farbig, mit vielen Abbildungen, Preis: 15,00 Euro
Diagnose-Funk Versand
Pallestraße 30
65929 Frankfurt

Fax: +49 (0)69 36 70 42 06
bestellung@diagnose-funk.de

<http://www.info.diagnose-funk.org/dokumentationen/tagungsband-kongress-2013.php>



scheidendes Erziehungsmittel wird zunehmend ersetzt durch das Spiel mit und in einer virtuellen, verkabelten oder funkbasierten Bildschirmrealität“, führte Hensinger in seiner Einleitungsrede aus. „Nur noch 7,7% der 18- bis 25-Jährigen besitzen in Deutschland kein Smartphone. Wann soll noch Zeit für das reale Spiel sein, wenn das durchschnittliche US-amerikanische Kind zwischen 8 und 18 Jahren 7,5 Stunden am Tag elektronischen Medien

ausgesetzt ist? Welche Chance hat der Umweltschutz, die Achtung vor der Biosphäre, wenn die Jüngsten nur noch an Entertainment-Medien kleben und nicht mehr auf Bäume steigen, wenn ihr Bewegungsradius seit den 1970er-Jahren um 90% abgenommen hat?“

Die Faszination der technologischen Möglichkeiten scheint die Problematiken zu verdrängen. Es wird sich nur etwas ändern, wenn Eltern, Erzieher, Pädagogen,

Wissenschaftler und Umweltverbände weiterhin hartnäckig in differenzierter Auseinandersetzung für die Umsetzung von Alternativen eintreten. Gerade hierzu hat der Kongress den Teilnehmern Mut gemacht.

Die Einleitungsrede als PDF und weitere Informationen unter: www.diagnose-funk.org/ueber-diagnose-funk/veranstaltungen/kongress-2013/einleitungsvortrag.php

Tierquälerei durch perverse Züchtung

Der Mensch bastelt sich ein Wunschtier

Um 9.30 Uhr steht bei Tierarzt Dr. Renato Rafael eine vermeidbare Operation auf dem Terminplan. Vermeidbar, weil seine Patientin aus einer „Qualzucht“ stammt. Eigentlich darf es so eine Zucht nicht geben.

von Kai Horstmann

Laut Paragraf 11a des Tierschutzgesetzes ist es „verboten, Wirbeltiere zu züchten oder durch bio- oder gentechnische Maßnahmen zu verändern, wenn damit gerechnet werden muss, dass bei der Nachzucht (...) Organe für den artgerechten Gebrauch fehlen oder untauglich oder umgestaltet sind und hierdurch Schmerzen, Leiden oder Schäden auftreten“. Trotzdem ist Qualzucht gang und gäbe, wie Dr. Rafael weiß. „Richtig ist, dass die Zucht immer mehr ins Extreme geht und unbewusst anatomische Defekte herangezüchtet werden, weil nur nach ‚Schönheit‘ gezüchtet wird. Die Hunde leiden unter Atemnot, Rückenproblemen und extremer Hitzeanfälligkeit.“

In den vergangenen sieben Jahren nahmen in seiner Praxis die Operationen infolge rassespezifischer Erkrankungen stetig zu. Dieses Jahr sind es um die 50. Jetzt steht die nächste an. Die Französische Bulldogge Bärbel (2) kann nicht richtig atmen.

Die Französische Bulldogge ist nach Ansicht der weltgrößten Tierschutzorganisation Humane Society das extremste Beispiel für Qualzucht. Zur Atemnot, die zum Tod führen kann, kommen Augen- und Ohrenprobleme sowie Hautent-

zündungen, auch Behinderungen im Bewegungsapparat. Die durchschnittliche Lebensdauer der Tiere liegt bei nur sechs Jahren.

Auch das Tierheim Berlin kümmernt sich zunehmend um Hunde, die qualzucht-typische Leiden haben. Zum Beispiel um den Mops: Bei ihm gelten eine flache Nase und eine heraushängende Zunge als Schönheitsmerkmal; durch die Zucht verkleinert sich der Mundraum, aber nicht Weichteile wie die Zunge. „Es gibt Möpfe, da passt die Zunge kaum mehr in den Mund“, beklagt Tierheim-Sprecherin Beate Kaminski. „Einzelne Hundehalter

Shar-Pei Leo (8) wurde abgegeben. Seine Rasse, ursprünglich in China gezüchtet, hat besonders große Falten, in denen sich Bakterien absetzen, die Hautentzündungen und Haarausfall verursachen. Damit nicht genug. „Die Lefzen bei dem Shar-Pei haben teilweise so große Wassereinlagerungen, dass sie sich beim Fressen beißen und vor dem Futternapf Angst haben“, erklärt Dr. Rafael, während er Bulldogge Bärbel die Narkose gibt.

Die meisten Qualzuchten entstehen aus einem ästhetischen Anspruch.

finden die Hechelgeräusche lustig, obwohl der Mops unter Atemnot leidet.“

Die meisten Qualzuchten entstehen aus einem ästhetischen Anspruch. „Der Mensch bastelt sich sein Wunschtier“, sagt Beate Kaminski. „Das hat mit Tierliebe nichts zu tun.“ Und stellen sich dann gesundheitliche Probleme ein, gäben viele Besitzer ihre Tiere ab, um Kosten zu vermeiden.

Dann fixiert er in ihrem Maul eine Spange, damit er Platz zum Operieren hat. Er schiebt ein Endoskop in ihre Nase. Nach wenigen Millimetern ist Schluss. „So kann der Hund nicht atmen – die Nase ist so gut wie zu.“ Er wird die Nasenlöcher erweitern, das Gaumensegel kürzen und Teile der Mandeln entfernen.

Auch Basset Charles (6), ebenfalls im Tierheim Berlin abgegeben, ist ein Zuchttopfer. „Der Basset



Das ist Basset Charles. Tierärztin Xenia Katzurke: „Die Rasse leidet unter Senkrücken und Problemen mit den Augenlidern.“

hat einen zu langen und massigen Körper mit zu kurzen Beinen. Daraus ergeben sich Schwierigkeiten beim Laufen. Die Beine stellen sich schräg“, erklärt Xenia Katzurke, Tierärztin im Heim. „Dazu leidet die Rasse unter Senkrücken und Problemen mit den Augenlidern, die sich nach unten und nach außen rollen.“ Für sie sind an diesen Problemen gewissenlose Züchter schuld. „Qualzucht entsteht dort, wo das Aussehen wichtiger ist als die Gesundheit eines Hundes.“

Uwe Schmidt, Stellvertretender Berliner Landesvorsitzender des Verbandes für das Deutsche Hundewesen (VDH), hält das Wort „Qualzucht“ für ein Schlagwort wie „Kampfhund“. „Der Hundebesitzer muss sich vor dem Kauf erkundigen: Will er einen sportlichen Hund oder einen, der nicht so sehr belastbar ist. Deshalb gibt es ja auch die verschiedenen Hunderassen. Zur Qual wird es erst für den Hund, wenn ich ihn überlaste.“

Überlastung durch maßlose Spaziergänge oder Gendefekt durch gewissenlose Zucht? Darüber streiten vor dem Amtsgericht Ingolstadt

das Frauchen von Mops Emma und eine Züchterin. Die zweijährige Hündin hat Arthrose, die mit Schmerzmitteln und Akupunktur gelindert wird. Die Besitzerin fordert von der Züchterin den Kaufpreis von 700 Euro zurück. Ein Gutachten soll Klarheit bringen.

Bulldogge Bärbel hat den Eingriff hinter sich, Dr. Rafael legt die noch narkotisierte Hündin auf das Ruhekissen. Da kommt schon der nächste Patient. Es ist wieder eine Bulldogge, auch sie bekommt zu wenig Luft. Erst im Frühjahr habe sie den Rücken von einem VDH-Züchter gekauft, sagt Anja Arndt, für fast 2.000 Euro. Dr. Rafael wiederholt die vorherige OP, sagt: „Wir Tierärzte reparieren hier bewusst angezüchtete Mängel.“

Der Basset zum Beispiel. „Jeder Basset hat eine feste Beschreibung der Körperform, den Standard, der von den einzelnen Rassezuchtverbänden festgelegt wird“, erklärt Uwe Schäfer vom VDH. „Auf Ausstellungen kann kein Hund, der wie ein Basset aussieht, aber zum Beispiel nur 15 statt 20 Kilogramm wiegt, als ein Basset anerkannt wer-

den. Somit kann der Besitzer für seinen Hund auch keinen Preis bekommen.“

Schmidt selbst hat einen Belgischen Schäferhund, der seinem deutschen Verwandten den Rang abgelaufen hat – auch als Polizeihund. Der Deutsche Schäferhund sank in der Gunst der Hundehalter wegen einer erblichen Hüftgelenkdysplasie. Auch andere großwüchsige Rassen haben diese schmerzhafte Fehlbildung: Bernhardiner, Boxer, Deutsche Dogge, Leonberger, Mastiff, Neufundländer, Retriever, Rottweiler.

Beim Deutschen Schäferhund habe jetzt „ein klares Umdenken eingesetzt“, versichert Schmidt. „Der Standard-Schäferhund hat jetzt wieder einen geraden Rücken und wird, bevor er in die Zucht geht, auf eine starke Hinterhand untersucht.“

Dr. Rafael gibt dem VDH nicht die Alleinschuld an Qualzuchten. „Mit Beginn der ersten Ausstellungen wurden den Hunden die Leiden angezüchtet, manche Rassen entwickelten sich zur Karikatur. Verantwortlich für die Rassestandards sind die einzelnen Rasseclubs im VDH und diese richten sich nach den Standards des internationalen Zuchtverbandes FCI. Und die bestimmen diese Standards.“

Bärbel erholt sich schnell von ihrer Operation. Schon am Abend frisst sie wieder. Ihr Frauchen Sabine Kilian ist erleichtert: „Bärbel geht es endlich richtig gut: Sie läuft jetzt viel mehr und tobt herum.“ ■

Kai Horstmann,
Jahrgang 1963, lebt als Journalist und
Fotograf in Berlin.

www.kai-horstmann.de

Foto: Kai Horstmann

An alle Mitglieder

von Sebastian Frankenberger

Liebe ÖDP-Mitglieder,

wichtige Wahlen liegen vor uns: Im März finden in Bayern Kommunalwahlen statt. Unser Ziel ist es, die Anzahl unserer Mandatsträgerinnen und Mandatsträger weiter auszubauen und so ökologisch-demokratische Politik in den Kommunen umzusetzen. Im Mai werden dann die kommunalen Vertretungen in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Thüringen gewählt. Auch hier möchten wir unsere Mandate steigern. Ebenfalls im Mai dürfen die Wählerinnen und Wähler über die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments abstimmen. Aller Voraussicht nach wird es bei dieser Europawahl keine 3%-Hürde geben. Deshalb sind wir zuversichtlich, mit zwei oder drei Mandaten

Ein wesentlicher Programmpunkt ist die Kritik am Dogma des Wirtschaftswachstums.

in das Europäische Parlament einzuziehen. Der Bundesparteitag im November in Eichstätt wählte Prof. Dr. Klaus Buchner auf Platz 1 der Europaliste, mich – Sebastian Frankenberger – auf Platz 2 und meine Stellvertreterin im Bundesvorstand, Susann Mai, auf Platz 3.

Das europapolitische Kurzprogramm haben die Delegierten ebenfalls verabschiedet. Ein wesentlicher Programmpunkt darin ist die Kritik am Dogma des Wirtschaftswachstums. Die ÖDP steht für eine Wirtschaftsordnung, die ökologisches, soziales und gemeinwohlorientiertes Handeln fördert. Auf europäischer Ebene herrscht derzeit noch die neoliberale Ideologie vor, die auf Wirtschaftswachstum, hohe Kapitalrenditen und die Selbstregulierungsmechanismen der Märkte setzt. Wohin das führt, kann man



Foto: Biljana Kujjak

an den Umweltzerstörungen ebenso ablesen wie an den wiederkehrenden Finanzmarktkrisen. Daher fordert die ÖDP eine Wirtschaftsform ohne Zwang zu ständigem Wachstum. Sie bekennt sich in wesentlichen Teilen zu der Idee der Postwachstumsökonomie, die vom Grundsatz „Weniger ist mehr!“ geleitet wird. Wir wollen mit weniger materiellem Aufwand mehr Lebensqualität erreichen. Dazu bedarf es eines grundlegenden Wandels der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Das Ziel ist die Reduktion des ökologischen Fußabdrucks von Personen, Unternehmen und Staaten auf ein global nachhaltiges Niveau.

Aber auch viele andere Themen stehen für die ÖDP im Fokus: Die Strukturen in der Europäischen Union müssen demokratischer und die Erneuerbaren Energien ausgebaut werden. Die Bürger müssen mehr Mitsprache erhalten und vor allem muss die Wirtschaftspolitik menschlicher werden. Alles Themen, für die wir uns einsetzen wollen, wenn wir Mitsprache im Parlament haben.

Es grüßt Sie herzlich
Ihr

Sebastian Frankenberger

Neues aus dem Bundesverband

von Dr. Claudius Moseler

Europawahl 2014

Die ÖDP-Bundespartei hat eine Bundesliste für die bevorstehende Europawahl am 25.05.2014 aufgestellt. Dafür wurden 99 Kandidatinnen und Kandidaten nominiert. Auf der Website finden Sie die vollständige Kandidatenliste zur Wahl. Für die Wahlzulassung muss die ÖDP mindestens 4.000 Unterstützungsunterschriften bis Februar 2014 sammeln. Bitte unterstützen Sie unsere Sammlung unter: www.oedp.de

Jede Unterschrift zählt! Bitte tragen Sie Ihre Anschrift, Ihr Geburtsdatum, den Ort und das Datum leserlich ein. Erst durch Ihre Unterschrift wird das Dokument gültig. Danach lassen Sie bitte auf diesem Dokument Ihr Wahlrecht bei Ihrem Einwohnermeldeamt bestätigen. Schicken Sie es dann bitte an die ÖDP, Postfach 2845, 55018 Mainz.

Kurzprogramm beschlossen

Der Bundesparteitag hat auch ein Kurzprogramm für die bevorstehende Europawahl beschlossen. Wichtige Themen sind für die ÖDP die nachhaltige Energiewende und der Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag, der seit 1957 die Atomindustrie subventioniert. Auch muss die Europäische Union demokratischer ausgestaltet werden. Alle Informationen hierzu finden Sie unter:

www.oedp.de/partei/bundesparteitag/bundesparteitag-eichstaett-2013/

Geheime Verhandlungen abgelehnt

Die ÖDP fordert von der EU den Stopp der geheimen Verhandlungen

über das transatlantische Freihandelsabkommen. Der Abschluss eines so weitreichenden Abkommens, das hohe Risiken für den europäischen Umwelt- und Verbraucherschutz in sich birgt, muss öffentlich debattiert und vom EU-Parlament abgesegnet werden. Das hat der ÖDP-Bundesparteitag in Eichstätt in einem Initiativantrag beschlossen.

Klage gegen die 3%-Hürde

Am 18.12.2013 fand die mündliche Verhandlung in Karlsruhe statt. Die Urteilsverkündung wird erst Anfang 2014 erfolgen. Greifbare Ergebnisse lagen bei Redaktionsschluss

noch nicht vor. Weitere aktuelle Informationen finden Sie daher hier: www.oedp.de/aktuelles/aktionen/klage-gegen-die-drei-prozent-huerde

Dr. Claudius Moseler
Generalsekretär,
ÖDP Bundespolitisches und
Kommunalpolitisches Büro,

Neckarstr. 27–29, 55118 Mainz,
Tel. (0 61 31) 67 98 20, Fax (0 61 31)
67 98 15, Mobil (01 60) 87 10 542

politik@oedp.de



Weitere Informationen zu Aktionen der ÖDP finden Sie im Web unter: www.oedp.de.

Aus den Landesverbänden

Landesverband Bremen

ÖDP nun auch in Bremen

Die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) in Bremen hat einen Landesverband gegründet. Somit gibt es die ÖDP nun in 14 Bundesländern. Bei der ersten Vorstandswahl in Bremen wurden alle Funktionsträger einstimmig gewählt.

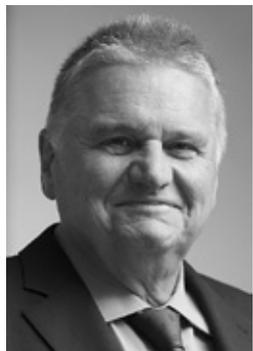
Landesvorsitzender ist Manfred Wemken, 52 Jahre, aus Vegesack. Ihm zur Seite steht als Stellvertretender Vorsitzender, Sascha Schmidt, 30, aus Rablinghausen. Schatzmeisterin ist Kathrin Schmidt, 26, ebenfalls aus Rablinghausen.

Die wichtigste Aufgabe für den Vorstand wird die Vorstellung der Ziele der ÖDP in der Öffentlichkeit sein. Auch das Bemühen um neue Mitglieder ist vorrangig, um im nächsten Frühjahr einen starken Europawahlkampf, auch mit einem Bremer Kandidaten, zu leisten.

Weitere Informationen: www.oedp-bremen.de oder manfred.wemken@web.de (Manfred Wemken)

Landesverband Bayern

Generalkonservator Greipl kandidiert auf der Passauer ÖDP-Stadtratsliste



Prof. Dr. Egon Greipl

Der Chef des Landesamtes für Denkmalpflege, Generalkonservator Prof. Dr. Egon Greipl, kandidiert bei der Stadtratswahl 2014 in Passau als parteifreier Kandidat auf der gemeinsamen Liste ÖDP/Aktive Passauer. „Seit vielen Jahren ist die Bewahrung unseres städtebaulichen Erbes der rote Faden unserer Stadtpolitik. Dass Bayerns oberster Denkmalschützer auf unserer Liste kandidiert, ist für unsere Fraktion die eindrucksvolle Bestätigung unseres Kurses“, freut sich Passaus 2. Bürgermeister Urban Mangold (ÖDP). Prof. Greipl wurde auf Platz 9 der Passauer Liste gewählt.

Prof. Greipl ist es „ein Anliegen, mich am politischen Leben meiner Heimat und Vaterstadt Passau zu betei-

gen. Ich werde mich dabei vor allem für das engagieren, wo ich persönliche Erfahrung einbringen kann, weil ich jahrzehntlang beruflich damit zu tun hatte: für die bedeutende Geschichte, für das kostbare Stadtbild und für die beeindruckende Denkmalüberlieferung meiner Vaterstadt.“ Dabei kann Prof. Greipl auch auf eigene kommunalpolitische Erfahrung zurückblicken: In Regensburg war er sechs Jahre Kulturreferent und berufsmäßiger Stadtrat.

Dass es gerade die Älteren sind, die mit ihrem Rat und mit ihrer Erfahrung dem Gemeinwesen dienen, sei bei allen Kulturvölkern Tradition, meint Prof. Greipl. Mit seiner Kandidatur möchte er auch einen Beitrag leisten, das Interesse der Menschen am politischen Geschehen zu wecken. Er will deshalb dafür werben, dass die Passauer ein für ganz Bayern positives Beispiel bei der Wahlbeteiligung geben. „Jetzt beginnt für mich der Unruhestand“, sagt der Generalkonservator, der am 30. November 2013 als Behördenchef offiziell in den Ruhestand gegangen ist. (Urban Mangold)

ÖDP gratuliert Gegnern der Olympia-Bewerbung



Klaus Mrasek

ÖDP-Landesvorsitzender Klaus Mrasek zeigte sich „zufrieden und hocherfreut“ über den Ausgang der Bürgerentscheide zur Bewerbung um die Olympischen Winterspiele 2022. „Ich gratuliere allen Aktiven der Gegenbewegung, die auch von der ÖDP unterstützt wurde. Das eindeutige Votum in den oberbayerischen Austragungsorten zeigt, dass sich die Bürger trotz einseitiger und manipulativer Bewerbung der Spiele selbst ihre Meinung darüber bilden, was für ihre Heimat gut ist“, sagte Mrasek.

Die bayerische ÖDP hat sich wiederholt und zuletzt auf ihrem kleinen Parteitag am 12. Oktober in Regensburg gegen eine erneute Bewerbung von München, Garmisch-Partenkirchen, Traunstein und Berchtesgaden für die Olympischen Winterspiele ausgesprochen. Angesichts des Klimawandels und begrenzter Ressourcen sei es „eine Verpflichtung, solche Großveranstaltungen kritisch zu betrachten“, argumentierte ÖDP-Landesvorsitzender Klaus Mrasek. Umwelterstörung, unkalkulierbare finanzielle Risiken und Intransparenz

sind nach Ansicht der ÖDP „die verschwiegene Kollateralschäden der Spiele“.

Die ÖDP kritisiert auch die einseitige Beeinflussung der Meinungsbildung durch öffentliche Unternehmen wie die Münchner S-Bahn, in deren Waggons den Fahrgästen aus den Lautsprechern Wahlempfehlungen entgegenschallten. Das sei „ein schäbiger Umgang der Exekutive mit den Instrumenten der direkten Demokratie“, so Mrasek.

Kontakt: www.oedp-bayern.de (Urban Mangold)

Landesverband Nordrhein-Westfalen

Mit voller Kraft voraus

Gestärkt durch den Stimmenzuwachs bei der Bundestagswahl 2013, geht der Landesverband der ÖDP NRW in die Wahlkämpfe zur Kommunalwahl und Europawahl im Mai 2014. Immerhin hatte die ÖDP in Nordrhein-Westfalen bei der Bundestagswahl gegenüber der vorherigen Bundestagswahl 50 % Stimmen hinzugewonnen.

In seinem Blog „Danke für Engagement und Vertrauen“ auf der ÖDP-Webseite www.oedp-nrw.de bedankte sich der Landesvorsitzende Gerd Kersting bei den aktiven Mitgliedern, Interessenten, Kandidatinnen, Kandidaten, Wählern und Wählerinnen der ÖDP in NRW für ihre Devise: „Nicht meckern, sondern wählen gehen“.

„Wir können stolz auf die ÖDP-Arbeit in den Städten und Gemeinden des Landes sowie auf dieses Ergebnis sein, denn welche Partei kann einen Gewinn von 50 % der Wählerstimmen ausmachen?“, fragt Kersting in seinem Beitrag.

Tatsächlich hatte die ÖDP im bevölkerungsreichsten Bundesland so stark zugelegt wie in kaum einem anderen Bundesland. In absoluten Zahlen war das immerhin eine Steigerung von über 4.000 Stimmen; also von ca. 8.900 im Jahr 2009 auf ca. 13.000 Stimmen bei dieser Bundestagswahl.

Der Landesvorstand meint, damit auf dem richtigen Weg zu sein, ehrliche und familienfreundliche Umweltpolitik vor Ort zu gestalten. Offensichtlich

haben die Wähler erkannt, dass die ÖDP auch hier in Westdeutschland in vielen Rathäusern hervorragende Realpolitik auf gesunder finanzieller Basis umsetzt. Das ist mit diesem Wahlergebnis sicherlich honoriert worden und macht Hoffnung auf die Zukunft. Dazu Arno Kohlert, kommissarischer Landesgeschäftsführer: „Die Arbeit der Aktiven in allen Kreisverbänden hat wesentlich mit zu diesem Ergebnis beigetragen. Für die nächste Zukunft sehe ich auch Chancen, neue Kreisverbände aufzubauen oder zurzeit inaktive Kreisverbände wieder zu revitalisieren. Hier gibt es zum Beispiel hoffnungsvolle Ansätze in der Landeshauptstadt Düsseldorf.“

Im Jahr 2014 stehen die EU- und die Kommunalwahl an – und beide ohne 5 %-Hürde. Kersting dazu: „Da sind wir gespannt, wie sich der Erfolg vom letzten Jahr potenziert, denn es geht ja dann keine Stimme mehr verloren.“ Die ÖDP NRW hofft natürlich, dass die Bundespartei mit ihrer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht Erfolg hat und auch keine 3 %-Hürde mehr bei der EU-Wahl im Raume steht.

„Wir wollen selbstverständlich frühzeitig das erforderliche Quorum von Unterstützungsunterschriften in NRW zur EU-Wahl sammeln, um dadurch den Freiraum für den Wahlkampf zur Kommunalwahl in NRW (25.05.2014) zu haben“, erklärt Kersting weiter. „Denn nichts ist uns hier vor Ort wichtiger, als den Menschen zu beweisen, dass es sich lohnt, die ÖDP in ihren Städten und Gemeinden zu wählen. Der Landesverband unterstützt dabei die Kreisverbände im Rahmen seiner Möglichkeiten.“

„Wir nehmen keine Firmenspenden an, um von der Wirtschaft unabhängig zu bleiben, und das ist auch gut so“, ist sich der Landesvorstand einig. „Außerdem leiten wir seit dem Landesparteitag in Bad Driburg einen großen Teil der Einnahmen direkt weiter an die Untergliederungen!“

„Umso mehr gilt für uns das Motto: ‚Mit voller Kraft voraus‘, um das politische Schiff ‚Europa mit Bund und Ländern‘ wieder in das richtige Fahrwasser zu führen.“

Die ersten positiven Zeichen sind dafür schon gesetzt, denn in NRW keimen immer mehr ÖDP-Pflänzchen auf. Es melden sich zunehmend Interessierte bei der



Arno Kohlert



Gerd Kersting

Landesgeschäftsstelle, die aktiv werden wollen, und es wird sich voraussichtlich zum Anfang nächsten Jahres ein neuer „Landesarbeitskreis Soziales NRW“ bilden. Interessierte ÖDP-Mitglieder für diesen Arbeitskreis können sich gerne bei der ÖDP-NRW-Geschäftsstelle unter 02 51/ 2 03 80 79 oder info@oedp-nrw.de melden. (Gerd Kersting)

Landesverband Baden-Württemberg

Professionelles Erscheinungsbild

Die Bundestagswahl ist für die ÖDP in Baden-Württemberg durchwachsen verlaufen. Das prozentuale Ergebnis in Höhe von 0,4 % konnte gehalten werden. Wo die ÖDP aktiv war, hat sie entweder ihr Ergebnis gehalten oder verbessert. Ausnahmen sind die Hochburgen, wo trotz eines engagierten Wahlkampfes die bisher guten Ergebnisse leicht absackten. Die besten Zweitstimmen-Ergebnisse fuhren Ravensburg (1,5 %, -0,1 %), Biberach (1,0 %, -0,4 %), Rottweil – Tuttlingen (0,9 %, -0,2 %), Schwäbisch Hall – Hohenlohe (0,8 %, +0,2 %), Odenwald – Tauber (0,7 %, -0,1 %), Emmendingen – Lahr (0,7 %, +0,4 %) und Bodensee (0,7 %, +0,1 %) ein. Bei den Erststimmen gab es aufgrund der vermehrten Zahl an Direktkandidatinnen und Direktkandidaten einen Stimmzuwachs von 0,3 % auf 0,5 %. Die besten Ergebnisse erzielten Thomas Bergmann (Ravensburg, 2,1 %), Michael Kefer (Emmendingen-Lahr, 2,0 %), Peter Gansky (Schwäbisch Hall – Hohenlohe, 1,8 %), Bernd Richter (Rottweil – Tuttlingen, 1,7 %), Gudrun Diebold (Biberach, 1,6 %), Dr. Walter Frölich (Neckar – Zaber, 1,5 %), Mike Schinkel (Waldshut, 1,4 %), Franz Weber (Bodensee, 1,1 %) und Herbert Alexander Gebhardt (Odenwald – Tauber, 1,0 %). Dabei lagen die Erststimmen-Ergebnisse teilweise deutlich über den Zweitstimmen-Ergebnissen. Engagierte Direktkandidaten trugen zwar zu einer verbesserten Öffentlichkeitsarbeit und Wahrnehmung der ÖDP bei, jedoch schlug sich dies nur in sehr eingeschränktem Maße in den letztendlich entscheidenden Zweitstimmen-Ergebnissen nieder. In Wahlkreisen ohne nennenswerte Wahlkampf-Aktivitäten konnte die ÖDP in keinem Fall ihr Ergebnis steigern. Die Aufstellung einer Direktkandidatin oder eines Direktkandidaten blieb dort weitgehend wirkungslos.

Plakate hatten grundsätzlich nur eine erinnernde und den Wahlkampf unterstützende Funktion, führten aber von sich aus zu keiner Steigerung.

Auf dem jüngsten Landesparteitag in Stuttgart lobten verschiedene Delegierte rückblickend das profes-

sionelle Erscheinungsbild der Plakate, insbesondere auch das große und gut erkennbare Logo. Es wurde jedoch kritisiert, dass der Slogan „Wirksamste Oppositionspartei“ außerhalb Bayerns für Außenstehende völlig unverständlich war. Es wurde daher gefordert, bei kommenden Wahlen wieder Themenplakate anzubieten.



Matthias Dietrich

Derzeit laufen die Vorbereitungen für die Aufstellung der Listen zur Kommunalwahl. Dabei wird die Aufstellung der Listen durch die neue Regelung erschwert, wonach ein Kandidat nur noch in einem einzigen Wahlbezirk antreten darf. Mehrfachkandidaturen, die in der Vergangenheit vollständige Listen erleichterten, sind also nicht mehr möglich. Es ist abzusehen, dass die ÖDP bei der Kommunalwahl weitgehend in denselben Kreisen und Gemeinden antritt, in denen sie bereits Mandate errungen hat (z.B. in den Kreisen Rottweil, Heilbronn, Rems-Murr, Schwäbisch Hall, Biberach und Ravensburg und in den Gemeinden Schramberg, Bad Rappenau, Gerstetten, Dischingen und Friedrichshafen, außerdem im Regionalverband Stuttgart). Diese gilt es nun zu verteidigen. Hoffnungsvolle Neuantritte sind in erster Linie im Kreis Emmendingen zu erwarten, wo die ÖDP bereits mit Markus Hollemann in Denzlingen einen Bürgermeister stellt und gute Aufbauarbeit leistet.

Die von dem Landesvorsitzenden Bernd Richter eingebrachte Mietpetition ist zwar vom Landtag auf Empfehlung des Petitionsausschusses mit fadenscheinigen Argumenten abgelehnt worden, doch ist die Mietpreisbremse damit noch nicht vom Tisch. Die Koalitionsverhandlungen von CDU und SPD auf Bundesebene lassen annehmen, dass es zu einer Regelung kommen wird, wonach bei Wiedervermietungen die Besitzerin oder der Besitzer in Städten mit angespanntem Wohnungsmarkt künftig nur noch eine Miete verlangen darf, die höchstens 10 % über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegt. Dabei kann sich die ÖDP zugute halten, wieder einmal als Vordenkerin aufgetreten zu sein und die Meinungsbildung beeinflusst zu haben.

Kontakt: Landesgeschäftsführer Uli Stein
(Tel. 07 11/ 6 36 46 44, info@oedp-bw.de)

Regionalbeauftragter Matthias Dietrich
(Tel. 0 71 21/ 88 01 04, dietrichmat@web.de)

Foto: iStockphoto.com



Veranstaltung der ÖDP

Die ÖDP präsentiert:

Gemeinwohl & Postwachstum – auf der Suche nach der Zukunftsökonomie

Christian Felber + Nico Paech im Gespräch

Podiumsteilnehmer:

Prof. Dr. Markus Beckmann, Lehrstuhl für Corporate Sustainability Management

Moderation: Sebastian Frankenberger, ÖDP-Bundesvorsitzender

Samstag, 15. Februar
15 – 19 Uhr, Eintritt frei!

Ort: Nürnberg
(genaue Adresse wird auf der ÖDP-Homepage bekannt gegeben)

Organisation und weitere Infos:

Christiane Lüst
christiane.luest@t-online.de
Tel.: 089/ 893 11 054

Foto: Rita Newman



Christian Felber



Nico Paech

Neues aus der ÖDP von Florence von Bodisco

Kreisvorstand Städteregion Aachen neu gewählt



Von links nach rechts: Arno Kohlert (Schatzmeister), Manuel Dekielinski (Kreisvorsitzender), Kurt Rieder (stellv. Kreisvorsitzender)

Menschenrechtsverletzungen durch Agro-Gentechnik erneut beim UN-Menschenrechtsausschuss

Die ÖDP-Mitglieder Karl Heinz Jobst und Christiane Lüst (Aktion GEN-Klage) waren zusammen mit dem freien Journalisten Klaus Faißner aus Wien zur persönlichen Anhörung vor dem Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte der Vereinten Nationen in Genf. Der Hintergrund: Volker Hellendorff (Plattform Ärzte, Bauern und Juristen für gentechnikfreie Nahrung) hat gemeinsam mit Christiane Lüst die zweite Klage gegen Österreich wegen Menschenrechtsverletzungen durch Nutzung der Agro-Gentechnik eingereicht.



Karl Heinz Jobst, Christiane Lüst und Klaus Faißner

Erstes Transition-Towns-Seminar der ÖDP

Zehn begeisterte Teilnehmer waren beim ersten ÖDP-Seminar zu den Themen Transition Towns – Gemeinwohl-Ökonomie – Postwachstums-Ökonomie in Würzburg in der Jugendherberge aktiv.

Den beiden Initiatoren und Gestaltern des Aktiv-Seminars für kommende Akteure des Wandels, Christiane Lüst und Jürgen Osterlänger, ist es wichtig, dass die Energie- und Kulturwende-Bewegung von unten endlich viel schneller politisch umgesetzt wird und auch in der ÖDP mehr aktive Anhänger bekommt. Dazu haben sie sich drei aktuelle Bewegungen herausgesucht und versucht, daraus kommunale Anstöße zu generieren.

In der ersten Hälfte des Seminars galt es zunächst, Impulse zu vermitteln, was sich hinter den Begriffen verbirgt. Den Anfang machte der Transition-Trainer aus Münster, Matthias Wanner, mit einem tollen Einblick in tiefenökologische Zusammenhänge rund um Transition Towns, zu Deutsch „Städte im Wandel“.

Seit 2006 wird in vielen Städten und Gemeinden der Welt der geplante Übergang in eine postfossile, relokalierte Wirtschaft geprobt. Die Bewegung wurde von dem irischen Permakulturisten Rob Hopkins initiiert und verbreitet sich seither weltweit. Sie lässt sich dem vor allem in den USA weit verbreiteten Gedanken des „Eco-Communalism“ zuordnen, einer Umweltphilosophie, die angesichts schwindender Rohstoffe und negativer ökologischer Auswirkungen der Globalisierung die Idee des „einfachen Lebens“, der regionalen bzw. lokalen Wirtschaft sowie der Nachhaltigkeit und der wirtschaftlichen Selbstversorgung propagiert.

Eine wichtige Rolle spielen auch die Gestaltungsprinzipien der Permakultur, die es insbesondere landwirtschaftlichen, aber auch allgemeingesellschaftlichen Systemen ermöglichen sollen, so effizient und energiesparend zu funktionieren wie ein natürliches Ökosystem. Wanner machte auch den Begriff Resilienz deutlich, der ausdrückt, wie krisenfest eine Gesellschaft ist. Eine klein strukturierte und lokal orientierte Wirtschaft mit Energie- wie Ernährungssouveränität schafft z. B. ein hohes Maß an Resilienz. Eine hohe Abhängigkeit von Fremdversorgung führt dagegen zu einer krisenanfälligen Gesellschaft.

Weitere Stichpunkte der Transition-Bewegung sind auch Tiefenökologie, Dragon Dreaming, Regiogeld und Gewaltfreie Kommunikation.

Der Film „In Transition 2.0“ vermittelte der Gruppe einen sehr guten Eindruck über die unendlichen Möglichkeiten der Transformation in reichen wie armen Ländern. Er macht Mut, den Kopf nicht hängen zu lassen und selbst aktiv zu werden. So gibt es im deutschsprachigen Raum mittlerweile gut 100 Initiativen, die von der Graswurzelidee begeistert sind.

Auch die Ideen der Postwachstums-Ökonomie wurden dargestellt. Der Weg dazu fußt auf fünf Entwicklungsschritten, die sich auf einen Wandel von Lebensstilen, Versorgungsmustern, Produktionsweisen und auf institutionelle Innovationen im Bereich des Umgangs mit Geld und Boden beziehen. Dabei geht es um Entrümpelung und Entschleunigung, einer neuen Balance zwischen Selbst- und Fremdversorgung, Regionalökonomie und geschlossenen Stoffkreisläufen. Transition Towns versuchen, die Postwachstums-Ökonomie vor Ort umzusetzen und ergänzen diese.

Zur ebenfalls immer mehr Anhänger findenden Idee der Gemeinwohl-Ökonomie wurde das zentrale Thema „Gemeinwohlbilanz für Betriebe“ als Idee vorgestellt und diskutiert. Ein Video mit einem Interview

Ein anderer Beitrag hatte zum Ziel, guten Nachrichten ihren Raum in den Medien zu verschaffen, statt vorrangig Negatives zu thematisieren.

mit Christian Felber, dem geistigen Vater, rundete diesen Impuls ab. Lokale Initiativen versuchen, diese Ideen vor Ort einzubringen und in der Praxis zu erproben. Die Gemeinwohl-Ökonomie bezeichnet ein alternatives Wirtschaftssystem, das auf gemeinwohl-fördernden Werten aufgebaut ist. Sie ist ein Veränderungshebel auf wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Ebene – eine Brücke von Altem zu Neuem.

In mehreren Aktivelementen wurde versucht, die im Raum stehenden Impulse in lokalisierbare Impulse zu verwandeln. Herausgekommen ist ein Markt der Möglichkeiten, genauso wie einige ganz konkret ausgearbeitete Aktionen oder Antragsmöglichkeiten. So befasste



Foto: Christiane Lüst

Vorträge und Gruppenarbeit standen im Mittelpunkt des Transition-Towns-Seminars.

sich eine Kleingruppe mit der Frage, welche Maßnahmenbündel den Verkehr in Musterstadt um eine messbare Größe bis zu einem festgelegten Zeitpunkt wirksam begrenzen können. Ein anderer Beitrag hatte zum Ziel, guten Nachrichten ihren Raum in den Medien zu verschaffen, statt vorrangig Negatives zu thematisieren. Die Reaktivierung oder Neuanlage von Erdkellern zur Erhöhung lokaler Resilienz und „Community Supported Agriculture“ (CSA), zu Deutsch „Gemeinschafts-gestützte Landwirtschaft“, waren weitere Beispiele.

Eine gedankliche Zeitreise in den eigenen Heimatort im Jahr 2023, zehn Jahre nach erfolgreicher und kulturkreativer Transformationsarbeit, stand auch auf dem Programm. Für viele war es sehr schön dort. Es lohnt sich also, dafür etwas zu tun, damit es auch so kommt. Damit wurde auch verdeutlicht, wie wichtig eine gute Visionsarbeit ist. „Ohne Vision verkommt das Volk“, steht ja schon in der Bibel. Klar wurde auch, dass der innere Wandel genauso notwendig ist wie der äußere Wandel.

Am Ende gab es noch einen ganz persönlichen Vertrag mit sich selbst. Im Zweierteam diktierte man sich gegenseitig anhand von sieben Fragen, was man konkret für den Wandel tun möchte.

Die Teilnehmer fanden alle sehr lobende Worte zum Veranstaltungsformat und zu der Mischung aus Impulsbeiträgen und eigener Kreativarbeit. Das am Ende

für alle im besten Sinn verbrachte Wochenende, bei dem auch das Feiern nicht zu kurz kam, liegt sicher auch an den wirklich tollen Teilnehmern, die selbst eine gute Einstellung und viele gute Ideen mitgebracht hatten.

Die Ergebnisse des Seminars erscheinen in Kürze als ÖDP-Skript, bestellbar in Würzburg (info@oedp.de) unter dem Namen „Auf dem Weg zur Transition Town – Anregungen/Anträge/Umsetzungsansätze für kommunale Akteure und Kommunalpolitiker“ und kann dort gegen einen Unkostenbeitrag erworben werden.

Bei genügend Interessenten können wir eine Veranstaltung dieser Art gerne noch einmal anbieten.

(Christiane Lüst/Jürgen Osterlänger)

ÖDP gegen Monsanto

Im Zuge der weltweiten Aktion „March against Monsanto“, die am 12. Oktober in über 300 Städten weltweit stattfand, demonstrierten auch in München mehrere hundert Menschen gegen die Aktivitäten der Agrarindustrie. Über gentechnisch veränderte Futtermittel, Pestizidrückstände auf Obst und Gemüse und den umstrittenen Lebensmittelzusatzstoff Aspartam kommen wir täglich mit Produkten des weltweit agierenden Konzerns Monsanto in Kontakt. Nachdem auch u. a. die Firmen Bayer und BASF mit Pestiziden und gentechnisch verändertem Saatgut handeln, lag das Augenmerk der meisten Redner bei den Machenschaften der deutschen Firmen.

Knapp ein Drittel aller Agrargifte, die weltweit zum Einsatz kommen, stammen von Bayer und BASF. Jährlich sterben ca. 355.000 Menschen durch Pestizidvergif-



Links ÖDP-Mitglied Thomas Prudlo, rechts Rosi Reindl

tungen. U. a. wurde auch der massive Einsatz von Reserveantibiotika in der Tiermast kritisiert, der vielerorts schon routinemäßig eingesetzt wird. Viele der Redner forderten deshalb ein massives Umdenken in der Landwirtschaft. Der Infostand der ÖDP neben der Bühne fand regen Zulauf und wir konnten viele interessante Gespräche führen.

(Rosi Reindl)

Energiewende retten

Zusammen mit vielen anderen Menschen demonstrierte die ÖDP Ende November in Berlin für eine echte Energiewende.



Foto: Susann Mai

Veranstaltungen der ÖDP München

Mo. 17.02.2014, 19:00 Uhr

Die Gemeinwohlökonomie – der Weg aus der Dauerkrise?

Referent: Christian Felber, Gemeinwohl-Ökonomie Theater „Leo 17“, Leopoldstr. 17, U-Bahn: U3 / U6 „Giselastraße“

Mi. 12.03.2014, 19:00 Uhr

Die gravierenden Risiken und Folgen des Freihandelsabkommens

Referent: Fritz R. Glunk, Die Gazette Evangelisches Forum, Herzog-Wilhelm-Straße 24 U-Bahn: U1 / U2 / U3 / U6 „Sendlinger Tor“

Weitere Infos: www.oedp-muenchen.de
→ Aktuelles → Termine und Vorträge

ÖDP-Bundesparteitag wählt Europaliste

Die ÖDP will ins Europäische Parlament. Auf dem Bundesparteitag in Eichstätt stellte die Partei ihre Kandidatenliste auf. Der Europa-Experte Prof. Dr. Klaus Buchner aus München, bekannt durch die Klage gegen den Vertrag von Lissabon, wurde zum Spitzenkandidaten gewählt. Auf Platz 2 folgt ihm Bundesvorsitzender Sebastian Frankenberger aus Passau, bekannt durch das erfolgreiche Volksbegehren zum Nichtraucherschutz in Bayern. Die Delegierten nominierten Susann Mai aus Worbis in Thüringen, erste stellvertretende Bundesvorsitzende und Gesundheitsexpertin aus den neuen Bundesländern, auf Platz 3. Die Kandidatinnen und Kandidaten verstehen sich als Spitzenteam, das die Kompetenz des Erfahrenen mit der Dynamik der Jugend vereint.

„Ich setze mich für mehr Demokratie und Transparenz in Europa ein“, so Buchner nach seiner Wahl. „Wir werden die Interessen der Bürger wieder mehr in den Vordergrund rücken. Bisher war die Banken- und Finanzkrise fast ausschließlich Thema in der Diskussion.“ „Unser Ziel ist es, dass die ÖDP mit mindestens

drei Mandaten ins Europäische Parlament einzieht“, sagt Sebastian Frankenberger. Zurzeit klagt die ÖDP vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die 3%-Hürde bei der Europawahl. „Wir gehen davon aus, dass die Richter ihren ersten Spruch bei Abschaffung der

Buchner nach seiner Wahl:

„Ich setze mich für mehr Demokratie und Transparenz in Europa ein!“

5%-Hürde bestätigen und keine neue Hürde zulassen“, so Frankenberger weiter. „Wir stehen für nachhaltiges Wirtschaften und für ein faires und soziales Europa“, meint Susann Mai. „Eine Wirtschaftspolitik ohne ständigen Wachstumszwang kann die Lebensqualität der Menschen verbessern, trägt zum Gemeinwohl bei und verringert den ökologischen Fußabdruck.“ Ein wichtiges Thema ist für die ÖDP die nachhaltige Energiewende und der Ausstieg aus dem EURATOM-



Das Spitzenteam: Sebastian Frankenberger, Susann Mai und Prof. Dr. Klaus Buchner

Foto: Karl Heinz Jobst

Vertrag, der seit 1957 die Atomindustrie subventioniert. Auch müsse die Europäische Union demokratischer ausgestaltet werden: „Wir fordern zum einen ein europäisches einheitliches Wahlgesetz und zum anderen, dass die Europäische Kommission parlamentarisch kontrolliert wird“, merkt Frankenberger an. So könne das Vertrauen der Bürger in die EU gestärkt werden. Ebenfalls fordert die ÖDP ein einheitliches Grundrecht auf Asyl und einheitliche Standards für Asylverfahren und den Umgang mit Asylbewerbern. Beispielsweise die Mittelmeerländer dürfen mit den Asylbewerbern nicht alleine gelassen werden. Alle Asylsuchenden haben faire und schnelle Genehmigungsverfahren verdient. Es ist gegen die Menschenwürde, wenn Asylsuchende jahrelang in Lagern leben und auf ein faires Verfahren warten müssen. Die ÖDP erwartet bei der EU-Wahl einen deutlichen Erfolg für diese zukunftsweisende Politik. (sm)

Unser Spitzenteam

1. **Prof. Dr. Klaus Buchner**, Physiker, München (Bayern)
2. **Sebastian Frankenberger**, Fremdenführer/Notfallseelsorger, ÖDP-Bundesvorsitzender, Passau (Bayern)
3. **Susann Mai**, Krankenschwester, Worbis (Thüringen)
4. **Verena Föttinger**, Dipl.-Theologin, Fluorn-Winzeln (Baden-Württemberg)
5. **Volker Behrendt**, Bankkaufmann, Gemeindepädagoge, Dipl.-Finanzwirt, Hamburg-Bergedorf
6. **Johannes Bombeck**, Sozialpädagoge, Landwirt, Stadtrat, Bottrop (NRW)
7. **Johannes Schneider**, Winzer, Verbandsgemeinderat, Maring-Novian (Rheinland-Pfalz)
8. **Lucia Fischer**, selbstständige Wirtschaftsinformatikerin, freiberufliche Dozentin, Memmingen (Bayern)
9. **Gero Sartorius**, Industriemechaniker, Dipl.-Ing. Umwelt-/Verfahrenstechnik, Stadthagen (Niedersachsen)
10. **Dr. Claudius Moseler**, Dipl.-Geograf, Stadtrat, Ortsbeirat, Mainz-Marienborn (Rheinland-Pfalz)

Neu auf dem Bundesparteitag: Fairtrade-Stand

Als Fairtrade-Partei, die wir werden wollen, organisiert Fairtrade-Beauftragte Christiane Lüst jetzt auch auf den Parteitag einen Fairtrade-Stand mit Snacks und fairen Getränken sowie vielen Infos zu Veranstaltungsmöglichkeiten und allem rund um den fairen Handel. Es wird auch in Zukunft darauf geachtet, dass beim Catering die Produkte vornehmlich aus fairem Handel stammen.



Foto: Karl Heinz Jobst

Große Koalition gefährdet Energiewende

Die ÖDP lehnt jede weitere offene oder versteckte Subvention der herkömmlichen Stromerzeugung auf Basis fossiler oder atomarer Energie – insbesondere auf Kosten der Erneuerbaren Energien – strikt ab. Insbesondere der Plan, den Erneuerbaren Energien (Windkraft und Photovoltaik) eine Besteuerung voraussichtlich von 4 bzw. 6 Cent/kWh zugunsten der Stromkonzerne aufzuerlegen, mobilisiert den entschiedenen Widerstand aller Mitglieder der ÖDP. Alle Mitglieder und insbesondere die Delegierten des Bundesparteitags sind aufgefordert, die Ablehnung dieser Pläne gegenüber ihrem Bundestagsabgeordneten vor Ort zu thematisieren.

Persönliche Analyse der Wahlen 2013

In konstruktiver Diskussion aus Fehlern lernen

Diese Analyse habe ich aufgrund vieler Gespräche im Bundesvorstand, in der Wahlkampfkommission, mit der Wahlkampfmanagerin und durch Rückmeldungen von Mitgliedern erstellt.

von Sebastian Frankenberger

Somit ist dieser Text eine persönliche Sicht auf die Wahlergebnisse und Planungen sowie auf die Durchführung des Wahlkampfes. Um bei zukünftigen Wahlen aus Fehlern zu lernen und um unseren eigenen Ansprüchen zu genügen, sollte solch eine transparente Darstellung die Grundlage jeder Wahlkampfanalyse sein.

Wahlergebnis Bundestagswahl

Der Schwerpunkt des Wahlkampfes lag von vornherein nicht auf der Bundestagswahl. Eine signifikante Verbesserung des Ergebnisses von 2009 wäre nur durch einen Antritt in mehr als acht Bundesländern geschafft worden oder wenn die starken ÖDP-Landesverbände Bayern und Baden-Württemberg ihr Ergebnis verdoppelt hätten.

Im Vergleich zu 2009 konnten wir den zusätzlichen Antritt in Sachsen-Anhalt schaffen. Leider ist dafür der Antritt in Niedersachsen nicht mehr erreicht worden. Positiv hervorzuheben sind die Steigerungen der Ergebnisse in Thüringen und Nordrhein-Westfalen. Gerade in NRW hat statt einer Plakatierung eine intensive Facebook-Kampagne stattgefunden. In Baden-Württemberg schafften wir mehr Antritte mit Direktkandidaten als 2009, was

sich sofort auf das Ergebnis auswirkte.

Wahlergebnis Landtagswahl Bayern

Das Wahlergebnis von 2 % ist natürlich sehr enttäuschend, verglichen mit den ambitionierten Erwartungen. Wir rechneten mit mindestens 3 %. Gerade nach der erhöhten Medienaufmerksamkeit durch das gewonnene Nichtraucherschutz-Volksbegehren. Auch von der neuen Radtour-Kampagne hatten wir uns mehr erhofft. Eine genauere Analyse des Konzepts erfolgt weiter unten.

Wir konnten zwar die absoluten Wählerstimmen steigern. Diese

machten sich aber nicht im Wahlergebnis bemerkbar, da auch die Wahlbeteiligung stieg. Trotzdem profitiert der bayerische Landesverband dadurch, indem er pro Jahr ca. 5.000–10.000 Euro mehr an Stimmengeldern zugewiesen bekommt.

Eine genaue Analyse der Ergebnisse, was zu einer Steigerung bzw. zu einem Verlust geführt hat, ist sehr schwierig. Es stellen sich viele Fragen: Wie bekannt war der ÖDP-Bewerber im Vergleich zum letztmaligen? Wie stark seine Konkurrenten? Gab es Themen, die die Bevölkerung beim letzten Mal polarisierten? usw. Daher ist es fast unmöglich zu beurteilen, ob eine Streuung von Faltblättern oder eine



Lagebesprechung am Chiemsee

Foto: ÖDP-Filmteam



Foto: ÖDP-Filmteam
Rosenheimer ÖDP-Politiker unterschreiben Ehrenkodex

erhöhte Plakanzahl für die Steigerung verantwortlich ist oder nicht.

Es lassen sich jedoch einige Tendenzen ableiten. Die ÖDP hat in den Hochburgen mit 3–5% zumindest bei überregionalen Wahlen eine gewisse Grenze erreicht.

Gerade in Niederbayern könnte das Umschwenken der CSU beim Donauausbau für Stimmenverluste der ÖDP gesorgt haben. Die Wähler können nun wieder wie in vielen anderen Bereichen beruhigt CSU wählen und brauchen die ÖDP dann nur zwischen den Wahlen für Einzelsachthemen-Korrekturen.

Erfreulich ist die Verbesserung des Wahlergebnisses in Oberbayern, was v.a. auch einem engagierten Wahlkampf in München zu verdanken ist. Könnte es sein, dass die Wahlergebnisse in Oberbayern aber auch mit mir als Listenführer und meiner Bekanntheit zu tun haben, da in fast ganz Oberbayern Stimmenzuwächse zu verzeichnen sind? Leider sind diese aber natürlich nicht so hoch wie erwartet ausgefallen und noch weit weg von 5%.

Generell ist zu beobachten, dass Parteien, die hauptsächlich auf The-

men gesetzt haben (Linke, Grüne) an Stimmen verloren haben. Nur Protestparteien wie die Bayernpartei haben durch provokante Plakate Stimmen hinzugewonnen. Themen spielten in diesem Wahlkampf keine Rolle. Die Versäumnisse der CSU (Landesbankaffäre, Verwandtenaffäre) haben manche Wähler innerhalb kürzester Zeit vergessen.

Wahlergebnis Bezirkstagswahl Bayern

Erfreulich ist die Steigerung von bisher zwei auf nun sechs Mandate. Bei genauer Betrachtung ist dies aber nicht auf ein verbessertes Wahlergebnis zurückzuführen, denn die Gewinne und Verluste sind analog zu den Ergebnissen der Landtagswahl, sondern auf die Umstellung des Auszählverfahrens von D'Hondt auf das fairere Hare-Niemeyer. Trotzdem ist das Gesamtergebnis der Bezirkstagswahl, bei der es keine 5%-Hürde gibt, 30% besser als das der Landtagswahl. Dies ist für eventuelle Klagen gegen die 3%-Hürde bei der Europawahl und nun auch bei der 5%-Hürde auf Bundesebene interessant.

Wahlkampf: Planungsphase

Zum ersten Mal in der ÖDP wurde eine gemeinsame Wahlkampfkommission für ALLE anstehenden Wahlen (Landtagswahlen, Bundestagswahl, Kommunalwahlen, Europawahl) beschlossen. Die Idee entstammt einem Landesvorstandstreffen, bei dem die vorläufige Besetzung, bestehend aus drei Bundesvorstandsmitgliedern und drei bayerischen Landesvorstandsmitgliedern sowie beratend die anderen Landesverbände, beschlossen wurde. Auf der Klausurtagung zwischen bayerischem Landesvorstand und Bundesvorstand wurde das Vorhaben konkretisiert.

Die Wahlkampfkommission (WKK) war ein ambitioniertes Projekt, da es bisher in der Partei noch keine derart institutionalisierte Form der Zusammenarbeit zwischen dem Bundesverband und dem bayerischen Landesverband bei dessen Landtagswahl gegeben hat. Dies bot aber die Chance, dass auf diese Art und Weise Synergieeffekte geschaffen werden können und gemeinsam kreativ die Wahlen angegangen werden. Der Grund ist die zeitliche Nähe der besagten Wahlen.

Doch dieses sehr komplexe Vorhaben wurde von allen Beteiligten unterschätzt, sodass u.a. keine Geschäftsordnung geschaffen wurde. Die daraus fehlende Kompetenzzuschreibung und genaue Definition führten zu diffusen Prozessen und dazu, dass es eine sehr lange Findungsphase gab. Von Oktober 2012 bis Februar 2013 waren noch keine konkreten Ergebnisse vorhanden. Daraus resultierten ein Zeitdruck und ein Entscheidungsdruck in den kommenden Monaten. Weiterhin existierten Kommunikationsprobleme, die Sitzungshäufigkeit nahm entweder so stark zu, dass

die Sitzungsteilnahme sehr unterschiedlich war und ständig neue Leute integriert werden mussten, oder es gab über längere Zeiträume keine Sitzungen mehr, v. a. nicht mehr während des Wahlkampfs. Trotzdem ist es gelungen, ein kreatives Wahlkampfkonzept aufzulegen und die Werbemittel früher als bei sämtlichen bisherigen Wahlen zu präsentieren.

Durchführungsphase: Konzept

Das originelle Konzept der Radtour hat leider nur bedingt funktioniert. Die Medienberichterstattung in den Lokalteilen war zwar hervorragend, dennoch schafften wir es nur bedingt in überregionale Bereiche. Zwar mehr als bei vorherigen Wahlen, aber nicht in dem Maße, wie wir gehofft hatten.

Dennoch kann die Radeltour als sehr großer Erfolg gewertet werden. Insbesondere für die innerparteil-

gesetzten werden sollten. Jedoch hat sich gezeigt, dass nicht ganz auf Themen verzichtet werden sollte. Es darf aber jetzt nicht der Fehler gemacht werden und wieder alles genau ins Gegenteil umgedreht werden. Bei zukünftigen Wahlen muss eine Mischung aus guten und bekannten Köpfen plakatiert werden, aber auch Themen, die die Alleinstellungsmerkmale der ÖDP darstellen. Dennoch hat die ÖDP massiv an einem positiven Image gewonnen, was nicht durch zu radikales Auftreten und zu engstirnige Themen und Kleinparteien- oder NGO-Auftreten kaputt gemacht werden darf. Diese richtige Mischung zu finden, ist ein sehr schmaler Grat.

Die ÖDP ist aber immer noch viel zu unbekannt. Hier haben wir es gerade in Bayern versäumt, nach dem gewonnenen Volksentscheid von 2010 die Bekanntheit bis zur

*Dennoch kann die Radeltour
als sehr großer Erfolg gewertet werden.*

che Motivation hat sie einen enormen Schub gebracht. Die Radler, die dabei waren, und auch die besuchten Unternehmen und Initiativen oder alle, die uns im Internet gefolgt sind, waren begeistert, was sich auch an der motivierenden Stimmung bei der Abschlussetappe mit über 150 Mitradlern durch München zeigte.

Das Konzept des Wahlkampfs mit dem Schwerpunkt auf das Herausstellen von Köpfen ist nur bedingt umgesetzt worden. Hier lohnt es sich nochmals, das genaue Konzept im internen Teil der ÖDP-Homepage durchzulesen. Auch war gewünscht, dass örtliche Themen sehr wohl plakatiert und in Szene

Wahl 2013 mitzunehmen. Der Effekt ist mehr oder weniger beim Wähler verpufft.

In der heutigen Medienwelt ist es umso wichtiger, den Medien zu vermitteln, dass wir wirklich eine Chance haben und nicht nur selbst an uns glauben. Auch müssen wir den Willen vermitteln, dass wir wirklich gewinnen und in die Parlamente hineinwollen.

In den Großstädten wurde leider nur bedingt das Konzept der intensiven Bewerbung der Radeltour und der Spitzenkandidaten umgesetzt.

München hat hier wirklich eine tolle Arbeit geleistet. Gerade das zeitige Plakatiert ab Januar 2013 mit vielen Veranstaltungen hat nicht

nur den Bekanntheitsgrad der ÖDP in München gesteigert, sondern vor allem viele neue Interessenten und Mitglieder gebracht, mit denen eine gute Basis für die Kommunalwahl und die Zukunft geschaffen wurde. Ein weiterer Mangel war die zu geringe Einbindung der nicht bayerischen Landesverbände und das nicht verständliche FAZ-Plakat außerhalb Bayerns. Auch wenn es vielleicht marketingtechnisch außerhalb Bayerns sinnvoll gewesen wäre, so müssen Plakate gleichsam den „Aufhängern“ und unseren Mitgliedern gefallen.



Foto: ÖDP-Filmteam
Start der Radtour

Werbemittel: Plakate

Das neue Layout der Plakate ist im Allgemeinen sehr gut angenommen worden und auch von den Medien sind die Plakate in zwei Berichten als beste Plakate prämiert worden.

Die Qualität der Plakate war sehr gut, auch die der Plastikplakate. Der Preis war jedoch sehr hoch, was aber aufgrund der Sonderfarbe Orange und der Mineralölfarbenfreiheit sowie der Mindestlohnga-

rantie für die Mitarbeiter der Druckerei einfach nicht günstiger zu organisieren war.

Die Plastikplakate sind gut angenommen worden, deren Haltbarkeit war auch akzeptabel.

Bei der Druckfreigabe hat es leider bei der Druckerei öfter Verzögerungen gegeben, da die Besteller auf Freigabe-Mails nicht mehr reagiert haben. Eine genauere Beschreibung der Abwicklung im Werbemittelshop ist hier nötig.

Überkleber sind von der Wahlkampfkommission zum Schluss aufgrund der Finanzlage abgelehnt worden. Gerade ein Hinweis auf die nichtvorhandene 5%-Hürde bei der Bezirkstagswahl wäre noch gut gewesen.

Pressearbeit

Die Presseresonanz war besser als bei allen bisherigen Wahlen. Leider war das überregionale Presseecho auf die Fahrradtour nicht so groß wie erwartet. Die Presseberichte hatten aber fast alle einen sehr positiven Grundtenor in Bezug auf die Aktion und die ÖDP. Gerade auch in den TV-Berichten kam die ÖDP durch die Radtour im Vergleich zu den anderen Parteien sehr sympathisch rüber. Darüber hinaus konnten wir ein großes Archiv für zukünftige TV-Anfragen anlegen.

Social Media

Die Social-Media-Kampagne konzentrierte sich v.a. auf die Radeltour. Die Website wurde von vielen Seiten sehr gelobt, gerade der Aspekt, dass auch Facebook und Twitter für Nichtmitglieder zugänglich waren. Leider wurde die Seite trotz einer Googleads-Kampagne und begleitender Facebook-Werbung zu wenig besucht. Auch die Videos auf YouTube hatten viel zu wenige Besucher. Im Vergleich

zu anderen Parteien hinkt die ÖDP hier definitiv hinterher. Insbesondere die ÖDP-Mitglieder bewegen sich nur sehr wenig im Internet und konnten daher die ÖDP-Aktivitäten nicht verfolgen.

Innerparteiliche Kommunikation

Die Schulungen kamen innerparteilich sehr gut an und wurden zum Teil auch sehr gut besucht. Wir hätten uns aber gewünscht, dass dieses motivierende Erlebnis noch viel mehr ÖDP-Aktive mitgemacht hätten. Immer wieder haben wir festgestellt, dass weder der interne Bereich, der Werbemittelshop oder das Wahlkampfkonzept bekannt waren, trotz mehrfacher Rundmails. Sehr traurig stimmt mich, wie teilweise innerparteilich kommuniziert wurde, ob mit Mitarbeitern, Praktikums-Studenten oder Dienstleistern. Wir sollten miteinander und auf allen Ebenen daran arbeiten,

Die Presseresonanz war besser als bei allen bisherigen Wahlen.

wie wir zukünftig konstruktive Kritik üben bzw. annehmen können – hier gibt es noch einiges zu tun ...

Konsequenzen

Momentan ist noch nicht geklärt, wie mit der Wahlkampfkommission weiter verfahren wird. Zum einen ist sie beim letzten Treffen von einigen abgelehnt worden, von fast allen kam aber trotzdem der Wunsch, dass gemeinsame Bereiche (Werbemittelshop, Druck) zentral organisiert werden. Wichtig ist jedenfalls, dass die Kommission anders zusammengesetzt wird und alle Landesverbände daran beteiligt werden. Hierzu wird es so schnell

wie möglich ein gemeinsames Landesvorstandstreffen geben, um das weitere Vorgehen zu klären.

Um in Zukunft Versandkosten zu sparen, wird der Versand von Werbematerialien wieder von den Geschäftsstellen organisiert. Nur die ad hoc zu druckenden Materialien werden noch von der Druckerei verschickt. Auch wird es innerhalb der Geschäftsstellen wieder einen hauptverantwortlichen Mitarbeiter für Werbematerial geben.

Fazit für die nächsten Wahlen

Allgemein

Die begonnene Strategie der Professionalisierung sollte unbedingt weiter beschritten werden. Hierzu zählen v.a. der einheitliche Auftritt und das weitere Nutzen von Synergieeffekten. Gerade was die gemeinsamen

Bereiche (Werbemittelshop, Druck usw.) betrifft, sollte intensiver zwischen allen Gremien und Geschäftsstellen zusammengearbeitet werden. Hier braucht es weiterhin ein gemeinsames Gremium. Nur der gemeinsame Wille wird nicht reichen.

Das vom Herbstparteitag 2012 beschlossene Vorgehen gegen eine Wahlberichterstattung, die kleine Parteien bei den Umfragen im Vorfeld und am Wahlabend nicht einzeln berücksichtigt, sollte weiterhin verfolgt werden. Juristische Vorarbeiten hierzu sind bereits während des Wahlkampfes erfolgt. Momentan erfolgen weitere Recherchen. Sobald



Gute Stimmung unter den Teilnehmern der Radtour

die 3 %-Klage und die Fraktionsgelder-Klage abgeschlossen sind, wird der Bundesvorstand dem Parteitag einen Beschluss über das weitere Vorgehen vorlegen.

Strategie

Das Image als „WÄHLBARE“ Partei muss weiter in der Öffentlichkeit verankert werden. Die Strategie, Köpfe zu bewerben, ist nicht wirklich gescheitert, muss aber um passende ÖDP-Alleinstellungsthemen zu den Köpfen erweitert werden. Dabei darf die ÖDP allerdings nicht zu radikal auftreten und muss ihre teils unbequemen Themen sympathisch verkaufen.

Das Wichtigste wird sein, in den Medien besser wahrgenommen zu werden. Die ÖDP muss dabei ihre Alleinstellungsmerkmale stärker in der Öffentlichkeit präsentieren. Nur durch Pressemitteilungen oder Veranstaltungen wird das aber nicht gelingen. Mitmachaktionen wie z.B. ein Volksbegehren zum Erziehungsgehalt (notfalls über die Hintertür Volksbegehren als Bundesratsinitiative), Klagen zu wichtigen Demokratie-Themen und weitere öffent-

lichkeitswirksame Aktionen sind noch öfter notwendig als bisher.

Kommunalwahlen

Bei den Kommunalwahlen sollte die Dachorganisation gemeinsam erfolgen, also welche Werbemittel zur Verfügung gestellt werden, wie die Produktion erfolgt usw. Die Themen entscheiden natürlich die Kreisverbände vor Ort ohne Einmischung von übergeordneten Verbänden.

Europawahl

Der Einzug in das Europaparlament ist greifbar. Jedoch ist auch das Scheitern an der 0,5%-Hürde möglich, da 2009 diese Hürde mit nur 2.500 Stimmen übersprungen wurde. Die Ausgangslage durch europakritische Parteien wie die AfD oder die FW ist auch nicht viel besser als 2009.

Daher wurde als erster wichtiger Schritt die Klage gegen die 3 %-Hürde eingereicht. Bezüglich der Strategie ist es umso wichtiger, die bekanntesten Köpfe und Stimmenzieher auf den vorderen zehn Plätzen zu platzieren und generell

Kandidaten auf der Liste zu haben, die vor Ort bekannt sind. In einem Kopfwahlkampf müssen diese den Leuten vor Ort bekannt gemacht werden. Idealerweise können hierfür die Plakate aus der Kommunalwahl und den diesjährigen Wahlen wiederverwendet werden. Natürlich muss auf den Wegfall der 5 %-Hürde aufmerksam gemacht werden. Neben den Köpfen muss die ÖDP aber auch relevante Themen spielen und plakatieren. Das Problem wird hier sein, EU-kritisch, aber nicht EU-feindlich aufzutreten und die EU als Staatenbund und nicht als Bundesstaat zu thematisieren. Themen sind gerade auch für die eigenen Mitglieder und die Stammwähler wichtig.

Abschluss

Zum Schluss bleibt mir nur noch, allen zu danken, die sich im Wahlkampf engagiert haben: den Mitarbeitern, den Dienstleistern, den vielen Kandidaten und natürlich allen Mitgliedern und Interessenten. Wir haben uns trotz z.T. enttäuschender Ergebnisse eine gute Ausgangslage für die anstehenden Kommunalwahlen und die Europawahl geschaffen und in manchen Bereichen nachhaltige Strukturen für die Wahlkampforganisation entwickelt. Jetzt gilt es, in einer konstruktiven Diskussion aus den Fehlern zu lernen und gemeinsam in einem produktiven Prozess die nächsten Wahlen zu planen und Erfolge einzufahren.

Sebastian Frankenberger ist seit 2010 Bundesvorsitzender der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP).

www.oedp.de

Zusammengestellt von Florence von Bodisco



ÖDP: Keine Steuergelder für Bankenrettung

„Dass die künftige Koalition marode Banken direkt mit Steuergeldern retten will, ist ein Skandal.“ Diese Aussage trifft Prof. Dr. Klaus Buchner, Spitzenkandidat der ÖDP, zur Europawahl. Der Hintergrund: Im Koalitionsvertrag von Schwarz-Rot ist festgeschrieben, dass Pleite-Banken direkt Steuergelder erhalten können und nicht wie bisher über Umwege durch den betroffenen Staat.



Klaus Buchner

„Die Folge dieser Pläne ist, dass Banken gefahrlos riskante Geschäfte machen können und das Risiko auf die Bürger abwälzen“, analysiert Buchner. Dieses Gebaren sei im heutigen Neoliberalismus typisch für den Umgang der Wirtschaft mit den Staaten. „Während Gewinne privatisiert werden, werden Verluste sozialisiert“, so Buchner.

ÖDP-Politiker Buchner erläutert, was bisher im sog. ESM-Vertrag zur Rettung insolventer Staaten vereinbart wurde: Der Vertrag besagt ausdrücklich, dass Banken, die in Zahlungsschwierigkeiten kommen, nicht direkt vom ESM Geld erhalten dürfen. Das wird nur an die

betroffenen Staaten ausgezahlt, die dann dafür haften und strenge Auflagen erfüllen müssen. (...)

ÖDP zum Welternährungstag: Fairen Handel unterstützen

Anlässlich des Welternährungstages am 16. Oktober rief die ÖDP die Konsumenten auf, bei der Einkaufsentscheidung auf Produkte aus fairem Handel zu achten.

„Damit kann man direkt einen Beitrag leisten für eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in den Entwicklungsländern“, sagt Christiane Lüst, die Fairtrade-Beauftragte der ÖDP.

Der Kauf von Fairtrade-Produkten bringe den Erzeugern bessere Einkommen bei gesicherten Mindestlöhnen, sie hätten feste Arbeitsverträge und seien sozial abgesichert. Statt Kinderarbeit sei gewährleistet, dass die Kinder zur Schule gingen. Viele Produkte würden auch schon in Bioqualität hergestellt. Der Gesundheitsschutz beim Umgang mit Pestiziden, die beim Fairen Handel immer mehr reduziert würden, sei ebenfalls gegeben. Das heißt z.B. Schutzanzüge für die Ausbringer von Pestiziden, ein Verbot der schlimmsten Gifte, die auch in der EU verboten sind, die Gewächshäuser dürfen ein paar Stunden nach der Ausbringung nicht betreten werden etc. „Viele Studien weisen mittlerweile nach, dass der Einkauf von Fairtrade-Produkten nachweislich zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen in den Dritte-Welt-Ländern führt“, begründet Lüst. (...)



Christiane Lüst

Energiewende: ÖDP will neue ordnungspolitische Rahmensetzung

„Um die Erneuerbaren Energien weiter auszubauen, brauchen wir ordnungspolitische Rahmensetzungen und nicht immer weitere Eingriffe in den Marktmechanismus.“ Diese Aussage trifft Ulrich Brehme, Ingenieur und wirtschaftspolitischer Experte der ÖDP. Der Hintergrund: Nach den Bundestagswahlen hat die Energiewirtschaft eine Kampagne gegen das Gesetz zur Förderung Erneuerbarer Energien (EEG) gestartet, die bis heute die Medien beherrscht.

Brehme ist der Meinung, dass Subventionen für Reservekapazitäten nicht akzeptabel sind. Atomkraftwerke und Braunkohlekraftwerke sind nicht in der Lage, die nötige Regelleistung bereitzustellen. Sie müssen deshalb nach einer Übergangszeit abgeschaltet werden. Stattdessen werden flexible Gaskraftwerke und ein verbessertes Energienetz benötigt. Dort, wo der Energiemarkt diese Investitionen nicht durchführt, sollte der Staat



Ulrich Brehme

auch selber in die Energie-Infrastruktur investieren. Später können diese Anlagen verkauft werden.

Eine Erhöhung der Preise für Emissionszertifikate im Emissionshandel würde den Strompreis an der Börse erhöhen. Damit hätten Gaskraftwerke Vorteile gegenüber Kohlekraftwerken und die EEG-Umlage würde sinken.

An der Strombörse hat der Ausbau der Erneuerbaren Energien zu einem Sinken der Strompreise geführt. Diese Preissenkungen werden nicht an die Endverbraucher vollständig weitergegeben. Stattdessen erhöhen die Energieversorger immer weiter die Versorgungspreise und begründen dies mit der gestiegenen EEG-Umlage. Die Energiekonzerne müssen dazu gezwungen werden, die Börsenpreise als Abrechnungsgrundlage zu übernehmen. (...)

ÖDP fordert Abschaffung der Drittstaatenregelung

„Wer Menschen im Mittelmeer ertrinken lässt oder ihre Retter bestraft, missachtet das oberste Prinzip jeglichen menschlichen Zusammenlebens.“ Diese Aussage trifft Helmut Kauer, Sprecher des Bun-

desarbeitskreises Demokratie, Außenpolitik und Europa in der ÖDP.

Der Hintergrund: Die jüngste Katastrophe vor der italienischen Insel Lampedusa, bei der mehr als 350 Bootsflüchtlinge ums Leben kamen. ÖDP-Politiker Kauer erinnert daran, dass das Grundgesetz mit den Worten beginnt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ „Diese Verpflichtung ist nicht nur in Deutschland der höchste Rechtswert, sondern auch die Basis der Europäischen Union“, sagt Kauer.

Er kritisiert die Argumentation von Innenminister Friedrich scharf, wonach es sich bei den Asylsuchenden um Wirtschaftsflüchtlinge handle. „Diese Aussage ist schon pervers, denn wir beuten die Herkunftsländer der Flüchtlinge aus und wollen dann die Konsequenzen nicht tragen“, so Kauer.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat im Januar 2011 festgestellt, dass die Überstellung eines Beschwerdeführers von Belgien nach Griechenland aufgrund der Mängel im dortigen Asylsystem als erniedrigende und unmenschliche Behandlung im Sinne von Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) ist. „Für uns ist klar, dass in einigen Fällen die sog. Drittstaatenregelung gegen Artikel 1 des Grundgesetzes verstößt“, sagt Kauer. „Deshalb fordern wir die Abschaffung der Drittstaatenregelung in der EU!“ (...)

Frankenberger zur Pisa-Studie: „Bildung muss Werte vermitteln“

Anlässlich der heute veröffentlichten neuen Pisa-Studie weist der Bundesvorsitzende der ÖDP, Se-

bastian Frankenberger, darauf hin, dass wirkliche Bildung mehr als das bloße Ansammeln von Wissen und technischem Know-how umfasst. „Die Pisa-Prüfungsinhalte basieren auf den Bedürfnissen der Wirtschaft und nicht darauf, was für ein gelungenes, selbstbestimm-



Sebastian Frankenberger

tes Leben wichtig ist“, erläutert Frankenberger seine Kritik. So sei es nicht verwunderlich, wenn in erster Linie mathematische bzw. naturwissenschaftliche Kenntnisse abgefragt würden. Der ÖDP-Chef weiter: „Bildung muss den ganzen Menschen umfassen und neben Verstand und Vernunft auch die emotionale, ästhetische, ethische und lebenspraktische Seite berücksichtigen. Bildung muss Werte vermitteln.“

Frankenberger kritisiert zudem, dass beim Pisa-Test verschiedene Bildungsmodelle zusammengefasst würden und dann ein Ranking erstellt würde. „Aus meiner Sicht kann man z.B. das Bildungssystem in Südkorea nicht mit dem deutschen Bildungssystem vergleichen. Erstens weil ein anderer kultureller Hintergrund vorhanden ist und zweitens weil in Südkorea oftmals ein großer Druck auf die Schüler ausgeübt wird.“ (...)

ÖDP und FDP zur Debatte um die Schule

Kritik an CDU-Plan und den Kosten

Welche Form soll die Sekundarschule haben. Diese Debatte bestimmt derzeit die Lokalpolitik. Nachdem am Freitag die CDU angekündigt hat, sich an dieser Abstimmung nicht zu beteiligen, reagiert die FDP Fraktionschefin Ruth Becker fragt, warum die CDU in dieser so wichtigen schulpolitischen Frage das Feld räumt. Was die Frage nach der Aufhebung des Ratsbeschlusses aus dem Juli angeht, verweist sie Geschäftsordnung. Demnach sei es möglich einen entsprechenden Antrag zu stellen, wenn ein Viertel des Rats den Antrag unterstützt. Zumindest also der Antragstellung stünde zunächst einmal nichts im Wege, so die FDP, die der CDU anbietet, hier mitzustimmen. Ob der Antrag dann in einer weiteren Abstimmung angenommen wird, das stehe auf einem anderen Blatt.

Die ÖDP dagegen hat es auf die Verwaltung abgesehen. Mit Unverständnis reagiert sie auf die Weigerung im September eine Elternbefragung zur Form der in Kirchhellen geplanten Sekundarschule durchzuführen. Die ÖDP ist überzeugt, dass den betroffenen Familien das Thema genügend am Herzen liege, um zwei Befragungen zu verkraften. Zeitlich wäre es auf jeden Fall machbar, bis zu der Ratssitzung am 24. September ein Votum für die Form der Sekundarschule einzuholen, so dass die Fraktionen den Elternwillen in ihre Entscheidung mit einfließen lassen könnten. Marianne Dominas: „Ein ganz anderes Problem, das durch die Diskussion um die Form fast untergeht, sind die für alle doch überraschenden Kosten der möglichen Umwandlung der Haupt- in eine Sekundarschule. Hier sehen wir auf jeden Fall noch Diskussionsbedarf.“

Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Lokalteil/Bortrop, 27.08.2013

ÖDP kritisiert Straßenplanungen im Landkreis

Kreisrat Peter Borel will Projekte genauer unter die Lupe nehmen

LINDAU (Lz) - Die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) wehrt sich gegen überzogene Straßenplanungen im Landkreis Lindau. Wie Parteivertreter in einer Pressemitteilung schreiben, würden im Herbst jedes Jahres die Wunschlisten für die Straßenbaumaßnahmen der kommenden Jahre aktualisiert.

Diese Fortschreibungen, die meist aus den Wünschen der Bürgermeister der einzelnen Gemeinden resultieren, sehe die ÖDP sehr kritisch, da sie in den vergangenen Jahren zu überzogenen Ausbaumaßnahmen führten, die viel Geld verschlangen. Hier müsse nach Einschätzung von ÖDP-Kreisrat Peter Borel rechtzeitig Einhalt geboten werden. „Sind die Prioritätenlisten für die Kreisstraßeninvestitionen fortgeschrieben, sehe ich meist schon die Bagger und Raupen im Einsatz, egal wie sinnvoll die Maßnahme ist. Änderungen erfolgen bei den Haushaltsberatungen kaum mehr“, kritisiert Borel.

Straßen müssten befahrbar sein, deshalb sei der Straßenunterhalt wichtig. Ausbaumaßnahmen hingegen dienten dazu, den Verkehr unnötig zu beschleunigen, und die Straßenplaner gefielen sich in aufwendigen Projekten, die meist viel Geld verschlingen, das woanders fehle, heißt es von der Partei. Nicht jede Kurve müsse begradigt werden, damit übermotorisierte Autos oder zunehmender Schwerlastverkehr angeht.

Mit angepasster oder begrenzter Geschwindigkeit, auch mit Überholverbieten lasse sich manche Gefahrenstelle ohne Ausbau entschärfen. Als Negativbeispiele der vergangenen Jahre führt der ÖDP-Kreisrat den Ausbau des Hahnenschenkels zwischen Simmerberg und Genhofen und der LI 10 zwischen Scheidegg und Weiler an. Der zunehmende Flächenverbrauch und der rück-sichtslose Umgang mit unserer Natur



ÖDP-Kreisrat Peter Borel denkt, dass beim Straßenbau viel Geld verschwendet wird. FOTO: OWI/ARC

seien dabei die bitteren Pillen, die zu schlucken seien.

Aktuell stehe der geplante Brückenneubau für bis zu 80 Tonnen der LI 12 über die Obere Argen vor der Entscheidung, den die ÖDP als völlig überzogenes Projekt ablehne. „Wem dienen denn eine Brücke mit einer Tragfähigkeit von 80 Tonnen und eine Straße, die zum Rasen einlädt? Sofort kommen Ausbaupläne und Zerstörung wertvoller Natur hinterher“, ist sich Borel sicher. Schon in Sichtweite seien Pläne, die in Schlachters die Bahnschranken durch eine aufwendige Unterführung ersetzen sollen. In den Augen der ÖDP sei dies eine skandalöse Verschwendung von Steuergeldern, wenn es soweit kommen sollte.

Ebenso seien die Wünsche nach Überholspuren auf der B 31 zwischen Lindau und Kressbronn unsinnig. Sie zerstörten schützenswerte Natur und seien für den Verkehrsfluss auf der vielbefahrenen Straße völlig wirkungslos. Ein durchgängiges Überholverbot koste nichts und sei viel effektiver, um schwere Unfälle zu vermeiden. In dieser Frage müsse nach Ansicht der ÖDP Landrat Elmar Stegmann noch lernfähiger werden.

Lindauer Zeitung, 10.10.2013

„Einfluss der Industrie eindämmen“

Im Kampf gegen Gentechnik und Pestizide setzt die ÖDP auf bundesweite Volksentscheide

Bergedorf. In Bayern und Baden-Württemberg sitzen Politiker der Ökologisch Demokratischen Partei in vielen Ratsversammlungen und Kreistagen. Im Norden fristet die 1982 gegründete 6000-Mitglieder-Partei ein Nischendasein. Im Bundeswahlkreis Berge-dorf/Harburg tritt der ÖDP-Landesvorsitzende Volker Behrendt an. Der zweifache Vater ist als Betriebsprüfer des Finanzamtes Steuersünden auf der Spur, lebt in Neulammerode. Mit ihm sprach „bz“-Lokalchef André Herbst.

„bz“-Herr Behrendt, warum treten Sie für die ÖDP an und nicht für die Grünen? Behrendt: Wir haben zwar gemeinsame Wurzeln, doch die Grünen streichen heute viele Themen einfach nur grün an. Wenn Abgeordnete als Vielflieger auffallen, oder Harburg bei der Elbvertiefung einknickt, obwohl diese ökologisch abzulehnen ist und wirtschaftlich keinen Sinn macht, macht sich die Partei ungläubig. Dazu zählt auch, dass die Grünen Spenden von der Wirtschaft annehmen. Die ÖDP schließt dies für sich aus.

Wochenblatt, Bergedorf, 09.09.2013

In vielen Bereichen gibt es aber doch Berührungspunkte, so beim Nein zu Gentechnik. Wir sagen, der Einfluss der Industrie geht inzwischen viel zu weit. Viele Gesetze werden so gefasst, dass es immer schwieriger wird, die Umwelt zu bewahren. Die im Bundes-tag vertretenen Parteien haben Gesetze beschlossen, dass Chemiefirmen gegen das Verbot ihrer Pestizide auf Schadensersatz klagen können. Während ihre Gifte die Bienen vergiften und damit die Grundlage aller Existenz, den Pflanzenanbau, gefährden.

Außerdem in Deutschland oder Europa werden sich Pestizide und Gentechnik aber nicht aufhalten lassen. Gespräche über ein Freihandelsabkommen mit den USA müssen daher sofort gestoppt werden, sonst öffnen wir der Gentechnik alle Türen. Es muss massiv gegengesteuert werden.

Wie soll dies funktionieren, wenn die Politik längst von der Wirtschaft bestimmt und kontrolliert wird, wie Sie sagen? Wir wollen Volksgesetzgebung nicht nur in Kommunen und einigen Ländern, sondern

auch auf Bundesebene. Wenn die Volksvertreter ihren Aufgaben immer weniger gerecht werden, sollen die Bürger die Chance erhalten, in grundlegenden Fragen zu entscheiden. Und zwar mit der gleichen Gesetzgebungskompetenz wie die Parlamente.



Volker Behrendt (46) tritt für die ÖDP in Bergedorf an.

Fürchten Sie keine Überforderung der Bürger? Und was sagen Sie Menschen, die fürchten, darüber könnten Populisten zu viel Einfluss gewinnen? Das Grundgesetz gibt den Rahmen vor, schließt etwa die Einführung der Todesstrafe aus. Um die Überforderung der Wähler auszuschließen, sind eine gute Informationspolitik und Abläufe wichtig.

Der Bergedorfer Bürgerentscheid zur Windkraft ist für mich ein Paradebeispiel, wie es nicht laufen sollte.

Sie bedauern das Ergebnis gegen Megawindräder? Darum geht es nicht. Umweltschutz darf nicht gegen Gesundheitsschutz aufgerechnet werden. Was gefehlt hat, ist ein vernünftiger Bürgerdialog im Vorfeld. Etwa zur Frage, an welchen Standorten welche Höhen vernünftig sind. Und ein Konsens, wie der benötigte Strom erzeugt werden soll. Es macht doch keinen Sinn, darauf zu setzen, dass die Bürgerschaft im Nachhinein ein Bürgerwortumsetzt, das sie nicht bindet.

Auch in der Sozialpolitik gibt es Unterschiede zwischen ÖDP und Grünen. Während diese sich für die umgehende Abschaffung der Heroplämie aussprechen, scheinen Sie in dem Punkt dichter bei Horst Seehofer und der CSU. Die Diskussionen um die Familienförderung werden immer abstruser. Richtig ist, wir wollen, dass die Familien selbst entscheiden dürfen, ob Kinder in Krippen oder Kitas gegeben werden, oder ein El-

ternteil zu Hause bleibt. Diejenigen, die nichts daran finden, das Elterngeld für die ersten 12 bis 14 Monate nach der jeweiligen Einkommenshöhe zu berechnen, sind teils die gleichen Politiker, die danach Eltern unter Rechtfertigungsdruck setzen, ja verunglimpfen, nur weil sie die Kinder weiter selbst erziehen wollen.

Das von der ÖDP geforderte Erziehungsgehalt von 1000 Euro stößt auf Vorbehalte. Krippen- und Kita-Plätze kosten auch Geld. Wir wollen nicht Geschenke verteilen, die Summe soll nach der Zahl der Kinder gestaffelt werden. Wir wollen Familien ermutigen, ihre Kinder gut zu erziehen.

Ginge dies nicht auf Kosten der Mütter und ihrer späteren Renten? Im Gegenteil, die Zahlungen sollen voll sozialversicherungspflichtig sein. Wir wollen grundsätzlich einen finanziellen Ausgleich zwischen Kinderlosen und Eltern, die dafür Sorge tragen, dass unsere Sozialkassen auch in Zukunft funktionieren. Menschen, die Kinder erziehen, dürfen in der Rente nicht länger benachteiligt werden.

Stadt öffnet Stimmlokale für Bürgerentscheide

Parteien-Bündnis strebt Abstimmung über die Deckung der Flugplatz-Verluste am Wahltag an. Dann können in allen Wahllokalen Anwohner auch ihre Stimme für den Bürgerentscheid abgeben

Von Norbert Jäncke

Bei dem nächsten Bürgerentscheid können die Bürger erstmals auch in Stimmlokalen mit Ja oder Nein abstimmen. Die Stadt wird ihnen dann pro Kommunalwahlbezirk je ein Stimmlokal einrichten. Nach heutigem Stand sind es 27. Dieser Neureglung wird der Rat in seiner Sitzung in gut zwei Wochen zustimmen. Bis Februar 2014 will die Stadtverwaltung die neue Satzung für Bürgerentscheide vorlegen.

Damit zeichnet sich ab, dass die wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger auch schon beim Bürgerentscheid über den Flugplatz Schwarze Heide, den Grüne, ÖDP, DKP und Linke anstreben, zusätzlich zur Abstimmung per Brief auch in Stimmlokalen ihre Stimme abgeben können. Nach heutigem Stand werden ihnen dafür sogar fast 90 Wahllokale bereit stehen. Denn das Parteien-Bündnis plant, dass der Bürgerentscheid zum Flugplatz am Tag der Europa- und Kommunalwahlen im Mai 2014 durchgeführt wird.

Findet ein Bürgerentscheid aber an einem Wahltag statt, können die Anwohner nach den neuen Regeln der Stadt dann in jedem Wahllokal eines Stimmbezirks auch ihre Stimme für den Bürgerentscheid abge-



„Damit wird ein großer Fortschritt erzielt.“

Johannes Bombeck, ÖDP-Ratschherr über die Öffnung von Stimmlokalen für zukünftige Bürgerentscheide

ben. Dazu stehen ihnen nach jetzigem Stand 89 Stimmlokale zur Verfügung.

Mit der Neuregelung zieht der Rat die Konsequenzen aus der Kritik am Bürgerentscheid, das Stenkhoffbad trotz seiner Kosten weiterhin zu öffnen. Bei diesem Bürgerentscheid hätten die Anwohner nur per Brief abstimmen können. „Das hätte offensichtlich nicht den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprochen“, meinte CDU-Fraktionsvorsitzender Hermann Hirschfelder. Der Vorschlag der Verwaltung zu dem neuen Verfahren, dem der Hauptschuss des Rates jetzt zustimmt, deckt sich weitgehend mit der Forderung der ÖDP. „Damit wird ein großer Fortschritt erzielt. Wir sind sehr zufrieden“, sagte ihr Fraktionsvorsitzender Johannes Bombeck. Der Ratschherr drängte mit Blick auf das zu erwartende Bürgerbegehren in



Eine Abstimmungsstelle zum Bürgerentscheid „Rettet das Stenkhoffbad“ gab es im Rathaus, eine in der Bezirksverwaltungsstelle in Kirchhellen, bei künftigen Bürgerentscheiden sollen es mindestens 27 werden.

Foto: BREGT SCHWEIKER

Sachen Flugplatz Schwarze Heide Bürgerbeteiligung bei einem Bürgerentscheid zukünftig pro Wahlbezirk ein Stimmlokal öffnet. Auf die Stadt kommen damit 20 000 Euro an Aufwendungen für jeden neuen Bürgerentscheid mehr zu. Für die Abstimmungen per Brief zugelassen auch weiterhin mögliche Abstimm-

frundung per Brief fallen zusätzlich 10 000 Euro an Kosten an. Die Stadt war neben Siegen die einzige Großstadt in NRW, die bei Bürgerentscheiden bisher ausschließlich Abstimmungen per Brief zugelassen hatte.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Lokalteil Bottrop, 13.11.2013

Wachstum darf kein Dogma sein

Bergedorf (ts). „Abschied vom Wachstumsdogma“ hat die Ökologisch Demokratische Partei einen Politik-Talk benannt, zu dem Hamburgs ÖDP-Landesvorsitzender Volker Behrendt für heute in die Gaststätte „Zum Gewerkschaftshaus bei Toni“ einlädt. Von 19 Uhr an spricht Am Pool 41 Prof. Niko Paech. Der Volkswirt setzt sich an der Uni Oldenburg kritisch mit dem Glauben an stetiges Wachstum auseinander. Er ist als Dozent am Lehrstuhl für Produktion und Umwelt tätig, forscht schwerpunktmäßig in den Bereichen Umweltökonomie und Nachhaltigkeit. Moderatoren Volker Behrendt ist Direktkandidat der ÖDP im Bundeswahlkreis Bergedorf/Hamburg/Wilhelmsburg.



Prof. Niko Paech

Wochenblatt, Bergedorf, 09.09.2013

Nürnberger Nachrichten 25/10/2013

ÖDP will kräftig zulegen

Partei stellt ihre Kandidaten für den Stadtrat vor

Mit den Themen ökologische Stadtentwicklung, Verkehr und Bildung will die ÖDP in den Wahlkampf ziehen. Unter ihren Kandidaten ist auch der frühere Chef des Bund Naturschutz (BN), Günther Raß.



Thomas Schrollinger

Er habe bei der ÖDP eine neue politische Heimat gefunden, so Raß, der von seinem Amt beim BN zurücktrat, nachdem er mit seiner These, Deutschland sei „unter Naturschutzgesichtspunkten überbevölkert“, massiv in die Kritik geraten war. Er hatte auch die Frage gestellt, wie viele Migranten das Land verkraften (wir berichteten).

Er sei für Integration, „alle Bürger sollen sich wohlfühlen“, betonte Raß jetzt bei der Vorstellung der Stadtratskandidaten der ÖDP. Naturschutzthemen wolle er zu mehr Gewicht verhelfen und „gegen Flächenfraß und weitere Zersiedelungskämpfen“. Es sei wichtig, ländliche Strukturen zu fördern, damit sich „die Ballungsräume nicht aufblähen“. Nürnberg dürfe

nicht zur Millionenmetropole ausufern. Raß steht auf Platz 9 der Liste. Spitzenkandidat ist Stadtrat Thomas Schrollinger, der sich auch um das Amt des Oberbürgermeisters bewirbt. Auch er stellt die Frage nach den Grenzen des Wachstums. „Sollen wir unser letztes Grün auch noch opfern?“

Mit dem Ziel, dass seine Partei künftig Fraktionsstärke im Stadtrat vertreten ist, zieht Schrollinger in den Wahlkampf. „Wir wollen gewaltig zulegen.“ Eine Neuauflage der Listenverbindung mit der FDP strebt die ÖDP derzeit nicht an. Schrollinger: „Wir trauen uns zu, es alleine zu schaffen.“

Auf dem zweiten Platz kandidiert Jan Gehrke, Ausbilder in der beruflichen Reha, der sich vor allem um die Integration von Flüchtlingen und Behinderten und um die Familienpolitik kümmern will. Ihm folgen Maximilian Gruber, Heinrich Ott, Eilm Herrmann, Barbara Gruber, Ronald Lau, Manuela Forster und Rainer Edelmann. roe



Ex-BN-Chef geht zur ÖDP

Beim Bund Naturschutz war er wegen seiner umstrittenen Thesen zur Überbevölkerung nicht mehr erwünscht, jetzt engagiert sich Günther Raß (Foto) bei der ÖDP. Die Partei stellte gestern ihre Kandidaten für den Stadtrat vor.

Liebe ÖDPlern und ÖDPlern!

Bitte beachten Sie bei Zusendungen für den Pressespiegel die folgenden Punkte:

1. Am besten geeignet sind immer Originalausschnitte!
2. Wenn Sie Ihre Originale nicht schicken möchten, machen Sie bitte gute Kopien auf weißem Papier!
3. Vermerken Sie den vollen Namen und Erscheinungsort der Zeitung, nicht die Abkürzung. Geben Sie außerdem an, ob der Beitrag im Lokal-, Landes- oder im überregionalen Teil stand.

4. Bitte unterstreichen Sie nicht. Schreiben Sie auch den Namen der Zeitung nicht quer über den Text.
5. Keine Artikel faxen, sie werden unleserlich und sind nicht reprofähig.
6. Möchten Sie einen Artikel per E-Mail verschicken, dann bitte in einer Auflösung von 600 dpi in zu erwartender gedruckter Größe.

Sie ersparen uns viel Arbeit, wenn Sie die Hinweise beachten. Vielen Dank!

Nürnberger Nachrichten, 25.10.2013

Nürnberger Nachrichten, 25.10.2013

Seite 1

Beitrittsantrag

... für eine Politik mit Zukunft!



Ökologisch-Demokratische Partei

Ich beantrage die Mitgliedschaft in der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) und bin mindestens 14 Jahre alt.

Ich verstehe mich eher als

- Aktives Mitglied
- Schnuppermitglied
- Förderndes Mitglied

X Pflichtfeld, bitte ausfüllen!

X
Name

X
Vorname

X
Straße / Hausnr.

.....
Kreis

X
PLZ / Ort

.....
Tel. / Fax

.....
Handy

.....
E-Mail

.....
Beruf

X
Gebustag

.....
Der Beitritt wurde mir empfohlen von

Schnuppermitglieder sind im ersten Jahr beitragsfrei, danach werden Sie automatisch zahlendes Mitglied, solange Sie nicht kündigen. Kurz vor dem Ende der Schnuppermitgliedschaft erhalten Sie eine schriftliche Benachrichtigung. Eine Schnuppermitgliedschaft ist nur bei Neueintritten möglich und kann nicht verlängert werden.

Ich zahle (als Schnuppermitglied nach dem ersten Jahr) den satzungsgemäßen

- Regelbeitrag von 7,00 Euro pro Monat
- Familienbeitrag von 7,00 pro Monat (bitte Familienmitglieder auf der Rückseite eintragen)
- ermäßigten Beitrag von 1 Euro pro Monat (gilt für Schüler, Studenten, ALG-II-Empfänger)
- Ich zahle freiwillig 12 Euro / Jahr für die Mitgliederzeitschrift „ÖkologiePolitik“.
- Ich zahle außerdem einen zusätzlichen jährlichen Förderbeitrag (Zuwendung) in Höhe von Euro.
- Ich ermächtige die ÖDP bis auf Widerruf, meinen Beitrag von meinem Konto einzuziehen:
 - jährliche
 - halbjährliche Abbuchung

.....
Kontoinhaber(in)

.....
Name der Bank

.....
Konto-Nr. BLZ

.....
BIC

.....
IBAN

Zuwendungen und Mitgliedsbeiträge an politische Parteien sind steuerlich absetzbar. Mit Ihrem Steuerausgleich bekommen Sie unabhängig von Ihrem persönlichen Steuersatz 50 Prozent des jeweiligen Betrages vom Finanzamt zurückerstattet (§34g EStG).

Ich verpflichte mich, die Satzung der ÖDP einzuhalten und mich für ihre Ziele einzusetzen, wie sie im Grundsatzprogramm festgelegt sind. Unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der ÖDP ist die gleichzeitige Mitgliedschaft bei anderen Parteien, Scientology und ein Eintreten für die „Neue Germanische Medizin“.

- Ich möchte **nicht** automatisch Mitglied der „Bundesvereinigung Junge Ökologen“ sein (nur Personen unter 32 Jahren).

X
Datum, Unterschrift

Bitte senden Sie diesen Antrag an:

ÖDP-Bundesgeschäftsstelle
Pommerngasse 197070 Würzburg
Tel. 09 31 / 4 04 86 - 0 | Fax 09 31 / 4 04 86 - 29
info@oedp.de | www.oedp.de

Da wir keine Firmenspenden annehmen, sind für uns Privatspenden besonders wichtig. Wir freuen uns über Ihre finanzielle Zuwendung. Unsere Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft
Kto-Nr.: 981 52 00 | BLZ: 700 205 00

Allgemeine Zuschriften

Mitdenk-Service

Ein wahres Glanzstück der ÖDP ist für mich die „ÖkologiePolitik“. Welches Mitgliedermagazin anderer Parteien, angefangen von „Union“ über „Vorwärts“, „Schrägstrich“, „Bayernkurier“, sicherlich auch „Disput“, liefert so viel Hintergrund-Reflexion (z.B. zur Finanzkrise, zu Europa) und so viel aktuelle Information (z.B. zu Atomausstieg, Fracking, Europa), mit einschlägigen Buchtipps, Pro und Contra-Diskussion (z.B. zum Beschneidungsverbot) und anderen Beweisen der ständigen thematischen Auseinandersetzung?

Als Instrument, um mein Selbstverständnis als Mitglied der ÖDP kritisch zu überprüfen, ist die „ÖP“ für mich in all den Jahren unverzichtbar geworden.

Etlche Artikel in der „ÖP“ suchen, die Augen zu öffnen, was die demokratische Funktionsfähigkeit der europäischen Union anbelangt, z.B. in den Ausgaben 2/2009, 11/2010, 5/2012, 8/2012. Lassen sie sich gezielt über Suchbegriffe zur Europawahl im Internet zugänglich machen?

Durch den kritisch-innovativen Mitdenk-Service der „ÖkologiePolitik“ würde sogar, noch vor der Europawahl, die intellektuelle und ethische Bedeutung und Hilfestellung der ÖDP, für mich schon fast ein Alleinstellungsmerkmal, besser sichtbar werden.

Gertraud Hofmann, 84307 Eggenfelden

Zum Bundesparteitag in Eichstätt

Verantwortung vor Gott?

Beim Bundesparteitag in Eichstätt wurde zum europapolitischen Kurzprogramm der Passus „Verantwortung vor Gott und den Menschen“ abgestimmt. Weil die Gegenargumente m. E. auf einer zu eingeschränkten Basis beruhen und weil ich es für sehr wichtig halte, dass die ÖDP einen weiten Horizont pflegt, möchte ich meinen Beitrag dazu hier noch einmal darstellen.

1. Wird durch den Gottesbezug die wachsende – und in den östlichen Bundesländern überwiegende – Fraktion der Nichtchristen oder Religionsfernen ausgegrenzt oder vergewaltigt?

Zunächst ist es eine Frage der Toleranz und der Weitherzigkeit, die Tradition eines „christlichen Abendlands“ anzuerkennen. Weder Missbrauch noch Unkenntnis dieser Tradition rechtfertigen es, sie zu ig-

norieren, und sie ist im Übrigen keineswegs nur negativ. Moderne Errungenschaften wie die Menschenrechte sind von ihr nicht loszulösen. Des Weiteren sollten wir – wenn die ÖDP keine Provinzpartei sein will – nicht übersehen, dass für Menschen aus anderen Kulturkreisen (v. a. muslimische Wähler) ein Gottesbezug weitaus selbstverständlicher als für säkularisierte Westler ist, und das hat nichts mit Fundamentalismus oder Islamismus zu tun. Das Wort Gott ist auch nicht speziell christlich, so wie Allah kein islamisches, sondern ein arabisches Wort ist.

2. Ist ein Gottesbezug ein Einfallstor für kirchliche oder klerikale Einflussnahme?

Nein, ganz klar nicht. Diese Befürchtung – wohl das simplifizierendste Missverständnis – ist mit Blick auf die Dominanz und gleichzeitig meist üble politische Rolle der Kirchen in früheren Jahrhunderten (und ebenso heute des politischen Islams) zwar durchaus verständlich. Anstatt aber das Kind mit dem Bade auszuschütten und ängstlich (oder aggressiv) jede religiöse Grundlegung komplett aus der Politik zu verbannen, sollten wir den religiösen Antrieb zu einer guten Politik positiv nutzen. Wie, das hat uns Gandhi vorgemacht, der ohne seinen Glaubenshintergrund undenkbar ist (dies sollten sich die Gegner eines Gottesbezugs klar machen).

Eine Festlegung auf bestimmte Gottesbilder der christlichen Tradition oder anderer Religionen ist damit ebenso wenig gegeben wie eine Verpflichtung gegenüber religiösen Patentinhabern.

3. Hat ein Gottesbezug denn überhaupt einen Wert?

„Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen.“ Dieser ebenso auf die Bibel wie auf Sokrates zurückgehende Satz garantiert die notwendige Freiheit eines Abgeordneten (was gerade ÖDP-Mitglieder verstehen sollten). Er (er)fordert die Rückbindung an irgendeine Transzendenz. Eine als dazu alternativ verstandene Berufung auf das Gewissen ist entweder ein Synonym für diese Rückbindung oder sie ist ein Zirkelschluss.

Statt der traditionellen Sprechweise „Rückbindung an eine Transzendenz“ könnte man freilich heute auch vom Bewusstsein der Einheit aller Dinge, vom Eingebundensein in ein Ganzes sprechen – beide Sprechweisen bedeuten wirklich das Gleiche, man muss sich nur freimachen von den unter 1. und 2. diskutierten Missverständnissen und Verzeichnungen. In diesem Ganzen haben die klassischen Aufspaltungen in Mensch : Natur, in Geist : Materie, in belebt : unbelebt keinen Sinn mehr. Das ist für eine Partei, die sich nicht nur im tech-

nokratischen Sinn als ökologisch versteht, unverzichtbar. Und es gibt dafür keine prägnantere Ausdrucksweise als die „Verantwortung vor Gott“, in dem wir alle sind. Ich hielt es für fatal, aufgrund gesellschaftlicher Tagesbefindlichkeiten das Wort „Gott“ aufzugeben; es hält eine – nochmals – unverzichtbare Tür offen, und das haben wohl auch die Väter des Grundgesetzes gesehen.

Dr. Peter Hiltner, 95145 Autengrün

Zeitintensive Mammutaufgabe

Auch ihren 46. Bundesparteitag in Eichstätt hat die ÖDP erfolgreich und satzungskonform abgehalten. Die Aufstellung einer Kandidatenliste zur Europawahl – eine zeitintensive Mammutaufgabe – wurde noch im gesetzten Zeitrahmen bewältigt.

Während der umfangreichen Wahlprozeduren kam es zur deutlichen Kritik an einer bestimmten Vorgehensweise des Parteitags. In einer ausgewogenen, aussagekräftigen Berichterstattung sollte auch diese Parteitagsepisode nicht ausgeklammert werden:

Bei der Festlegung der endgültigen Tagesordnung wurde beantragt, die Wahl von Kandidaten zur Europawahl vom Sonntag auf den Samstag vorzuziehen.

Zur Begründung hieß es, die Zahl der Bewerber sei größer als ursprünglich angenommen. Der Parteitag folgte dem Antrag; und schon am ersten Abend hatte man den Spitzenkandidaten gekürt.

Am nächsten Morgen kamen einige erwartungsfrohe Parteimitglieder neu in den Tagungssaal und sahen sich hinsichtlich der Tagesordnung vor eine unabänderliche Tatsache gestellt. Kurz gesagt: Der eine oder andere Parteifreund hatte sich Chancen ausgerechnet, Europa-Spitzenkandidat der ÖDP zu werden. Es überrascht nicht, dass nur persönlich anwesende Kandidaten eine reelle Chance hatten, diesen Spitzenplatz auch zu erreichen.

So kam es am Sonntag en passant am Rednerpult zur Kritik: Das Vorziehen der Wahlprozedur gleich um einen ganzen Tag sei undemokratisch. Was wohl als Nebenbemerkung gedacht war, führte zu einem ganz besonderen Parteitags-Leckerbissen:

Kaum war die Nebenbemerkung ausgesprochen, schon antwortete der Versammlungsleiter mit einer scharfen Klarstellung, im Ton einer Rüge: Der Parteitag sei hinsichtlich der Tagesordnung der Souverän und die tags zuvor gefällte Entscheidung zur Änderung der TO sei absolut demokratisch zustande gekommen.

Man könnte meinen: Eine kleine Parteitagsepisode, die man getrost wieder vergessen darf, denn: Wer den Europa-Wahlkampf der ÖDP anführen möchte, sollte schon zwei volle Tage in Eichstätt präsent sein. Außerdem: Ein wirklich cleverer Bewerber hätte erkannt, dass der Sonntag allein kaum ausreichen würde, um eine sachgerechte Auswahl unter den vielen Bewerbern zu treffen.

Genau dies aber macht nachdenklich. Obwohl die ÖDP eine jahrzehntelange Erfahrung im Aufstellen verschiedenster Bewerberlisten sammeln konnte, wurde den Delegierten für Eichstätt ein Tagesordnungsentwurf präsentiert, der auf unhaltbar optimistischen Zeitannahmen beruht haben muss.

Als die Delegierten am Samstag vor der Entscheidung standen, den sozusagen uncleveren Tagesordnungsentwurf zu korrigieren, hatten sie im Grunde keine echte Alternative. Um das Parteitagziel zu retten, musste man die Wahl so weit wie möglich nach vorne ziehen.

Der Parteitag handelte in dieser Abstimmung selbstverständlich als demokratischer Souverän. Ob diese unter Sachzwang getroffene Entscheidung auch einen souveränen Eindruck macht, darf jeder selbst beurteilen.

Helmut Gellermann, Delegierter, NRW, 59329 Wadersloh

Zum Artikel „Windkraftanlagen aus Holz – doppelt gut“

Unsere Kinder werden fragen

Es ist zum Haare-Ausraufen: Ausgerechnet die Befürworter der Erneuerbaren müssen sich ständig gegenseitig bekämpfen – in diese Falle ist auch Günther Hartmann getappt. Prima, dass er über Windräder aus Holz berichtet – muss es jedoch sein, dass er deswegen Photovoltaik als doppelt so teuer herausstellt? Der Bioenergie schreibt er gar die Eigenschaft zu, dass sie CO₂-Emissionen auf Höhe der Fossilen habe. Für nachhaltig angebaute Biomasse bzw. Abfallbiomasse stimmt das eindeutig nicht. (Wind ist zwar die günstigste Erneuerbare Form – aber auch die chaotischste.)

Längst ist es an der Zeit, dass die Befürworter der Erneuerbaren und die ÖDP-Mitglieder ausreichend Kenntnis über die jeweiligen verschiedenen Vor- und Nachteile haben. Das selektive Herausheben von Nachteilen dient einzig der etablierten Stromwirtschaft, die zurzeit ohnehin wieder Oberwasser gewinnt.

Worum geht es? Wind und Sonne sind vergleichsweise preiswert, brauchen keine Brennstoffe und sind sehr flächeneffizient. Daher gehört ihnen der Vorrang. Der Rest ist aufzufüllen – die Wissenschaftler sagen dazu Residuallast. Aufgefüllt wird mit den Steuerbaren: Bioenergie, in Grenzen Wasserkraft und vielleicht Geothermie. Was zunächst nicht reicht, wird mit etwas Erdgas gemacht. Und bitte: Damit sind wir erst einmal bis 2020 beschäftigt! Wenn gleichzeitig Atom wie geplant und Kohle (noch nicht geplant) vom Netz gehen, gibt es keine merklichen Überschüsse! Insbesondere Verteil- und Mittelspannungsnetze sind zu ertüchtigen, mit Akkus zu versehen oder umzubauen.

In zehn Jahren ist es dann soweit, dass substanzielle Überschüsse anderweitig verwertet (in Wärmepumpen, Warmwasserboilern, Elektroautos) oder gespeichert (Power to gas oder was auch immer) werden müssen. Diese Zeit brauchen die Speichertechniken auch noch, bis sie fertig entwickelt sind! Pumpspeicherkraftwerke wird man wohl nicht zum Speichern, sondern für die Netzstabilität aufheben.

Und unsere Kinder werden uns in zehn Jahren fragen, warum wir denn so lange dumm mit Atom und Kohle rumgemacht haben, wo doch die Erneuerbaren viel einfacher sind.

Robert Wagner, 93090 Bach

IMPRESSUM

ÖkologiePolitik erscheint viermal im Jahr: Februar, Mai, August, November. Die Print- und die Online-Ausgabe sind im Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können das Journal für 12,- Euro im Jahr abonnieren. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der **1. März 2014**.

Herausgeber

Ökologisch-Demokratische Partei
Pommerngasse 1, 97070 Würzburg
Tel. (09 31) 4 04 86-0, Fax (09 31) 4 04 86-29
www.oedp.de

Verantwortliche Redakteure

Günther Hartmann (gh)
Caroline-Herschel-Straße 23, 81829 München
guenther.hartmann@oedp.de
Florence von Bodisco (fb)
Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin
florence.bodisco@oedp.de

Mitarbeiter dieser Ausgabe

Ulrich Brehme, Prof. Dr. Klaus Buchner,
Matthias Dietrich, Philipp Dull, Sebastian Frankenberger,
Edgar Guhde, Gerd Kerstin, Dr. Klaus Klumpers,
Arno Kohlert, Christiane Lüst, Susann Mai (sm),
Urban Mangold, Robbert Maris, Jürgen Osterlänger,
Hermann Striedl, Manfred Wemken

Gastautoren

Kai Horstmann, Gerhart Meixner,
Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim, Gerd Zeitler

Interviewpartner

Prof. Dr. Christian Kreiß

Satz

Grafikstudio Art und Weise, Heike Brückner
Drosselweg 15, 93138 Lappersdorf

Anschrift der Redaktion

ÖkologiePolitik
Ökologisch-Demokratische Partei
Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin
Tel. (0 30) 49 85 40 50
florence.bodisco@oedp.de

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft,
BLZ: 700 205 00, Kto.-Nr.: 981 52 00

Hinweis der Redaktion

Die Meinung der Autoren und Interviewpartner ist nicht automatisch die Meinung der ÖkologiePolitik oder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Die Veröffentlichung dient der innerparteilichen Information und politischen Willensbildung.

ÖkologiePolitik wird auf
100% Recycling-Papier gedruckt.

Liebe Leserinnen und Leser,

die Leserbrief-Seiten sind Ihr Forum in ÖkologiePolitik. Wir freuen uns über Ihre Zuschriften! Aber bitte bedenken Sie: In der Kürze liegt die Würzel! Abdruck und Kürzungen behält sich die Redaktion vor. Bitte senden Sie Ihre Zuschriften bis zum **1. März 2014** an:

ÖkologiePolitik, Erich-Weinert-Str. 134, 10409 Berlin
Fax (0 30) 49 85 40 50, florence.bodisco@oedp.de



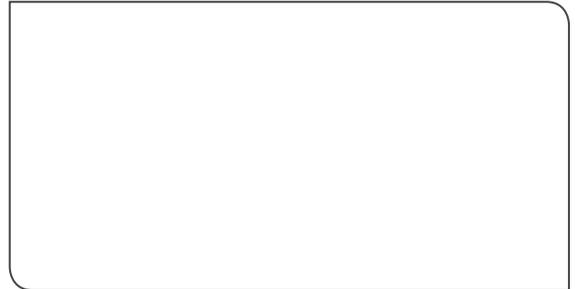
VORSCHAU

ÖkologiePolitik im Mai 2014

Europa und der Euro – Teil 2

Am 25. Mai finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt – zum achten Mal seit ihrer Einführung im Jahr 1979. Deshalb widmet sich auch unsere nächste Ausgabe dem Thema „Europa“. Sie geht der Frage nach, welche Bedeutung das Europäische Parlament in Straßburg eigentlich hat – und welche die EU-Kommission in Brüssel. Und welchen Einfluss international agierende Konzerne und finanzstarke Branchenverbände auf die europäische Gesetzgebung haben. Darüber hinaus widmet sich die kommende Ausgabe natürlich auch wieder dem inzwischen zentralen Problem der Europäer, das eine Krise nach der anderen hervorbringt und deshalb mehr Zwietracht als Eintracht erzeugt: dem Euro. Und der Politik, die angeblich zu seiner „Rettung“ durchgeführt wird.

Bei Unzustellbarkeit, Mängeln in der Anschrift und Umzug, Anschriftenberichtigungskarte!



TERMINE

Fr. 24.01.2014	Sitzung des ÖDP-Bundesvorstands (in Würzburg)	Sa. 10.05.2014	Landeshauptausschuss der ÖDP Bayern (in Regensburg)
Sa. 25.01.2014	Treffen der ÖDP-Landesvorstände (in Würzburg)	So. 25.05.2014	Wahl zum Europäischen Parlament
Fr. – So. 31.01. – 02.02.2014	ÖDP-Vorbereitungsseminar zur Europawahl (in Kallmünz/Oberpfalz)	So. 25.05.2014	Kommunalwahlen in Baden-Württemberg
Sa. 15.02.2014	ÖDP-Presseseminar (in Bremen)	So. 25.05.2014	Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz
Sa. 15.02.2014	Podiumsdiskussion „Gemeinwohl & Postwachstum“	So. 25.05.2014	Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen
Mi. 05.03.2014	Aschermittwoch der ÖDP Bayern (in Landshut)	So. 25.05.2014	Kommunalwahlen in Hamburg
Sa. 15.03.2014	Landesparteitag der ÖDP Rheinland-Pfalz (in Mainz)	So. 25.05.2014	Kommunalwahlen in Sachsen
So. 16.03.2014	Kommunalwahlen in Bayern	So. 25.05.2014	Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt
Sa. – So. 22. – 23.03.2014	Landesparteitag der ÖDP Baden-Württemberg (in Heidenheim)	So. 25.05.2014	Kommunalwahlen in Thüringen
Sa. – So. 05. – 06.04.2014	ÖDP-Bundesparteitag (in Heilbronn)	So. 25.05.2014	Kommunalwahlen in Brandenburg
		So. 25.05.2014	Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern
		So. 25.05.2014	Kommunalwahlen im Saarland
		So. 31.08.2014	Landtagswahl in Sachsen
		So. 14.09.2014	Landtagswahl in Brandenburg
		Sa. 27.09.2014	Landesparteitag der ÖDP Bayern (in Straubing)